



# Plenarprotokoll

## 96. Sitzung

Donnerstag, 9. Oktober 2008

<b>Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres in Schleswig-Holstein.....</b>	<b>7074</b>	Wolfgang Kubicki [FDP].....	7089
		Tobias Koch [CDU].....	7091
Mündlicher Bericht der Landesregierung		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7092
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	7074	Anke Spoorendonk [SSW].....	7093
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	7077	Astrid Höfs [SPD].....	7094
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7079, 7090	Heike Franzen [CDU].....	7094
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7082		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7084	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	7095
Lars Harms [SSW].....	7087		

<b>Betreuungsassistentinnen und Betreuungsassistenten für Demenz gemäß § 87 b SGB XI</b> .....	7095	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7123
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2265		Anke Spoorendonk [SSW].....	7124
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7095, 7101	Manfred Ritzek [CDU].....	7125
Ursula Sassen [CDU].....	7096	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	7126
Jutta Schümann [SPD].....	7097, 7101	Beschluss: Annahme.....	7127
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7098	<b>Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie</b> .....	7127
Lars Harms [SSW].....	7100	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2185	
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	7102	Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	7127
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss.....	7103	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7128
<b>Konzept zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung</b> ....	7103	Herlich Marie Todsens-Reese [CDU].....	7130
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2249		Konrad Nabel [SPD].....	7131
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7103, 7116	Günther Hildebrand [FDP].....	7133
Hans-Jörn Arp [CDU].....	7105	Lars Harms [SSW].....	7134
Bernd Schröder [SPD].....	7108	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung.....	7135
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7110	<b>Berichterstattung zur Praxisausführung des Gesundheitsdienstgesetzes</b> .....	7135
Lars Harms [SSW].....	7113	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2227	
Thomas Stritzl [CDU].....	7116	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	7135
Johannes Callsen [CDU].....	7117	Ursula Sassen [CDU].....	7137
Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	7117	Jutta Schümann [SPD].....	7138, 7143
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	7119	Dr. Heiner Garg [FDP].....	7139
<b>Umsetzung der Resolution der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz</b>	7119	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7140
Bekanntmachung des Landtagspräsidenten Drucksache 16/2225		Lars Harms [SSW].....	7141
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2256		Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	7143
Hartmut Hamerich [CDU].....	7119	<b>Internationaler Jugendaustausch/Jugendbegegnung</b> .....	7143
Astrid Höfs [SPD].....	7121	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2236	
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7123		

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	7143	* * * *
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7145	<b>Regierungsbank:</b>
Niclas Herbst [CDU].....	7145	
Sandra Redmann [SPD].....	7146	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7147	
Lars Harms [SSW].....	7148	Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	7149	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa
<b>Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen.....</b>	7149	Lothar Hay, Innenminister
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/2263		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Antrag der Volksinitiative Drucksache 16/2267		Rainer Wiegard, Finanzminister
Peter Eichstädt [SPD], Berichterstatter.....	7150	Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Beschluss: 1. Annahme der Drucksache 16/2263 2. Überweisung des Antrags Drucksache 16/2267 an den Bildungsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Petitionsausschuss.....	7150	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
		* * * *
<b>Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....</b>	7150	
Drucksache 16/2266		
Beschluss: Annahme.....	7150	

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung und begrüße auf der Besuchertribüne Vertreter des Bundeswehrverbandes, der Kameradschaft Schleswig sowie Schülerinnen und Schüler der Karl-Sörensen-Realschule aus Pinneberg und die sie begleitenden Lehrkräfte und Mitglieder der Jungen Union aus dem Herzogtum Lauenburg. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Erkrankt sind von der SPD-Fraktion die Abgeordneten Regina Poersch und Olaf Schulze und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Karl-Martin Hentschel. Ihnen gelten nach wie vor unsere besten Wünsche.

Beurlaubt sind von der SPD-Fraktion die Abgeordneten Ulrike Rodust und Hans Müller.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

**Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres in Schleswig-Holstein**

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Ich erteile der Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist ein kleines, aber sehr vielfältiges Land. Das ist nicht immer nur von Vorteil. Wer in Kiel wohnt, zahlt für einen **Kindergartenplatz** rund 150 €, in Lübeck sind es zwischen 130 € und 174 €, in Steinburg zwischen 105 € und 122 € und so weiter. Zugleich sind die Versorgungsquoten, ist der Anteil der unter Sechsjährigen, die eine Kita besuchen, unterschiedlich hoch. Die Unterschiede sind bei den Dreijährigen, im ersten Jahr, am höchsten; aber auch im letzten Jahr vor der Schule besuchen beispielsweise in Dithmarschen nur 88 %, in Ostholstein sogar nur 85 % der Kinder eine Kita. In Steinburg sind es fast 100 %. In unterschiedlicher Weise investieren übrigens auch Gemeinden und Kreise in Sozialstaffeln oder in eigene Zuschüsse.

Wie auch immer diese **Ungleichheiten** entstanden und gewachsen sind, sie müssen beseitigt und abge-

löst werden durch eine schrittweise Beitragsfreiheit für die Eltern von Lauenbug bis Flensburg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber es geht eben nicht nur um regionale Ungleichheiten und unterschiedliche Beiträge, sondern es geht um Bildungschancen, um Weichenstellungen für einen erfolgreichen Bildungs- und Lebensweg von Anfang an. Auch diese **Chancen** sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Diese Ungleichheit nimmt zu, und niemand darf das bestreiten oder kleinreden, meine Damen und Herren.

Alle Daten und alle Erkenntnisse sprächen also dafür, so intensiv und so umfassend wie möglich möglichst viele, am besten alle **Kinder** bereits im Alter von **drei Jahren** zu erreichen. Alles spräche also dafür, von Anfang an jede Hürde, vor allem jede finanzielle Hürde, zu beseitigen und den Besuch einer Kita wie den Besuch der Schule von Anfang an kostenfrei zu machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Zum anderen muss man sagen: Es ist weder bildungspolitisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll, wenn teure und unzureichende Kinderbetreuung junge Frauen von der Erwerbsarbeit abhält oder - noch schlimmer - sie daran hindert, überhaupt Kinder in die Welt zu setzen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Meine Damen und Herren, ich habe es hier schon einmal gesagt, aber ich wiederhole es: Jeder Euro, der in **frühkindliche Bildung** investiert wird, zahlt sich in jeder Hinsicht und vielfach wieder aus; die OECD sagt: mindestens sechsfach.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben uns angewöhnt, im Zusammenhang mit zurückgehenden Kinder- und Schülerzahlen und Finanzen von einer demografischen Rendite zu sprechen. Das klingt nach Gewinn und Vorteil. In Wahrheit ist es aber doch so, dass wir mehr tun müssen, wenn wir weniger Kinder haben, und dass jeder Bildungs-Euro eine volkswirtschaftliche Rendite abwirft. Nur bildet sich diese Rendite bedauerlicherweise nicht unmittelbar im Haushalt ab.

Damit bin ich bei dem Problem und der Frage, die uns hier in den letzten Tagen beschäftigt hat und die kontrovers diskutiert wurde. Dieses Land ist reich und vielfältig, habe ich gesagt, aber es ist arm

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

an finanziellen Mitteln. Auch wenn es unbequem und oft schwer zu vermitteln ist: Wir müssen immer, ob bei Lehrerstellen oder bei anderen finanziellen Aufwendungen, zwischen dem, was richtig wäre, dem, was wir wollen, und dem, was machbar ist, einen Weg finden.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Dabei setzen uns unsere Verschuldung und unser **Haushalt** eben Grenzen. Deshalb akzeptieren wir und tragen gemeinsam, dass wir nicht innerhalb kürzester Frist alle drei Kita-Jahre nacheinander und von unten aufwachsend beitragsfrei stellen, sondern dass wir mit dem letzten Jahr vor der Schule beginnen und zugleich klar und unmissverständlich die **Stufen** benennen, mit denen wir dort ankommen wollen, wo der bildungspolitische und der Gesamtnutzen am höchsten wäre. Das heißt konkret: Im **Kindergartenjahr 2013** soll der gesamte **Besuch einer Kindertagesstätte** kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Soll oder wird?)

Das haben wir vereinbart, und dazu stehen wir. Das werden wir Schritt für Schritt auch gesetzlich umsetzen. Im Beschluss des Koalitionsausschusses heißt es dazu: „... die Koalition verständigt sich auf einen Stufenplan zur Regelung der für Eltern gebührenfreien Kita-Plätze für ihre Kinder im dritten Kindergartenjahr ab 2009, für das zweite Kindergartenjahr ab 2011, für die Kinder im ersten Kindergartenjahr ab 2013.“ Für den Mai haben wir auch das Gesetz für die zweite und dritte Stufe vereinbart.

Aber, meine Damen und Herren, die Haushaltslage ist uns natürlich nicht gleichgültig, auch nicht bei diesen Beschlüssen. Darüber haben wir diskutiert. Jedermann weiß, in welcher Lage wir in den nächsten Jahren angesichts der Finanzkrise, angesichts von möglicherweise sinkendem Wirtschaftswachstum und sinkenden Steuereinnahmen unter Umständen sein werden. Aber ich sage auch: Die Große Koalition in Berlin hat gerade vor zwei Tagen angesichts all dieser Fragen eine milliarden schwere Erhöhung des Kindergeldes beschlossen. Dazu haben auch alle gestanden. Ich glaube, es war gerade der Bildungsausschuss der CDU, der gesagt hat, die Bildungsausgaben müssten sich in der Bundesrepublik bis 2015 mindestens weiter verdoppeln. Recht hat er, kann ich nur sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bildet sich natürlich nicht nur im Bundeshaushalt ab, sondern das muss auch in den Landeshaushalten seinen Niederschlag finden. Weil wir uns all dessen bewusst waren, haben wir im Koalitionsbeschluss auch festgehalten: „Die Koalition bekräftigt dabei das Ziel **verfassungsgemäßer Haushalte** und bis 2015 **ausgeglichener Haushalte**.“

Meine Damen und Herren, wollen wir jetzt wirklich - das frage ich uns alle miteinander - semantische Übungen darüber anstellen, was mit diesem Wörtchen „dabei“ gemeint ist? Das kann und soll doch heißen: Wir werden die Priorität noch klarer und noch stärker auf Bildung und Betreuung setzen müssen und auf anderes verzichten, wenn die Haushaltslage dies erfordert.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Worauf denn? - Günther Hildebrand [FDP]: Das sagen wir schon seit Jahren!)

- Darauf wiederhole ich gern, was ich gestern hier gesagt habe. Ich kenne die eine und die andere FDP: die eine, die immer auf das Sparen drückt, und die andere, die dann, wenn es passt, immer mehr Geld ausgeben will. Das nehme ich nicht mehr ernst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage hier auch in vollem Ernst: Herr Wadephul, ich habe große Zweifel, ob man diesen **Haushaltsvorbehalt** in einem Gesetz normieren kann. Aber eines ist doch klar, und das kann man festhalten und auch erklären, wenn es so weit ist: In einer Haushaltsnotlage, in einer Situation, die wir möglicherweise noch nicht absehen können, kann jede Regierung, kann jede Koalition ein Gesetz aussetzen, verschieben oder auch ändern.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

- Selbstverständlich. Wir haben auch in der Vergangenheit schon **Leistungsgesetze** ausgesetzt oder haben sie verschoben. Niemand weiß natürlich, wenn wir im Mai 2009 ein Gesetz beschließen, ob wir im Jahr 2015 ausgeglichene Haushalte haben werden. Das ist doch klar. Dieser Vorbehalt gilt immer. Wenn Sie eines fernen Tages wieder einmal in einer Koalition landen sollten, dann werden Sie die harte Realität solcher Dinge schon erleben.

(Beifall bei der SPD)

Unser Etatentwurf sieht im ersten Schritt 14,6 Millionen € für 2009 und 35 Millionen € für 2010 vor. Die notwendigen **gesetzlichen Regelungen** für den ersten Schritt sollen im Rahmen des **Haushalts-**

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

strukturgesetzes getroffen werden, und dann soll entsprechend dem prozentualen Anteil der in den Kitas betreuten Kindern auf die **Kreise und kreisfreien Städte** verteilt werden.

Auf der kommunalen Seite werden dabei Mittel frei, nämlich durch den Wegfall der Sozialstaffelermäßigung samt deren Verwaltungskosten.

Mit diesem Einstieg in die beitragsfreie Kita wollen wir den Kommunen zu einem gemeinsamen Pakt für Kinder und Familien die Hand reichen, und wir treten in Vorleistung - das will ich hier deutlich sagen - für ein Projekt, das Schleswig-Holstein ein großes Stück familienfreundlicher machen wird. Damit wird auch die Attraktivität der Städte und Gemeinden erhöht - in jedem Dorf, in jeder Stadt, in jedem Ort.

(Beifall bei der SPD)

Wer junge Familien heute an sich binden will, wer als Wohnort oder als Wirtschaftsstandort im Wettbewerb mit anderen Kommunen in Deutschland bestehen will, der hat mit der kostenfreien Kita ein gewichtiges Argument auf seiner Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum machen wir es dann nicht von Anfang an?)

Wir wollen Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Kommunen voranbringen, und die Landesregierung sieht es als ihre Aufgabe an, hier Pflöcke einzuschlagen. Das hat der Koalitionsausschuss in der vergangenen Woche getan. Pflöcke einschlagen heißt übrigens nicht, dass wir bestellen und andere bezahlen. Das will ich sehr deutlich an die Adresse der **Kommunen** sagen. Das heißt, wir bringen das in Bewegung, was im gemeinsamen Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kinder unseres Landes ist, und dies wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Auf diese Weise ist es übrigens in den letzten 20 Jahren gelungen, für die Kinder im Vorschulalter zu großen Fortschritten zu kommen: durch die Steigerung des Landesanteils auf 60 Millionen €, durch den U3-Ausbau, den wir versprochen haben und auch finanzieren werden, sowie durch die vorschulische Sprachförderung. Darüber hinaus hat die Sozialministerin den Kinder- und JugendAktionsplan weiterentwickelt und das Bündnis gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Alles in allem ist dies eine große Erfolgsgeschichte, und ich kenne niemanden, der daran ernsthaft rütteln wollte. Inso-

fern ist der **Stufenplan für die Beitragsfreiheit von Kitas** die konsequente Fortsetzung dieses Weges.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vor der Einigung im Koalitionsausschuss haben die **kommunalen Vertreter** gefordert, dass damit keine **Kostensteigerungen** auf ihrer Seite verbunden sind. Ich sage dazu: Mit dem Wegfall der **Sozialstaffel** dürfen auch keine **Einsparungen** verbunden sein. Es soll - das ist klar - bei der Umsetzung der zweiten Stufe der Beitragsfreiheit die kommunale Seite ihre Einsparung, die sie durch den Wegfall der Sozialstaffelermäßigung samt Verwaltungskosten erzielt, in den **Pakt** für Kinder und Familien einbringen. Es soll die Devise gelten: Geld, das bisher für Kinder ausgegeben worden ist, wird auch in Zukunft zum Wohl der Kinder verwendet.

(Beifall bei der SPD)

Wie sehr dies im Interesse der Gemeinden und Städte selbst ist, zeigen Beispiele im ganzen Land. Ich nenne als Beispiel die **Gemeinde Schenefeld**, die auf eigene Faust beschlossen hat, die Beitragsfreiheit eines Kita-Jahres anzustreben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Klasse! Weiter so!)

Dieses Beispiel zeigt auch sehr deutlich, wie notwendig eine einheitliche Lösung für das Land ist. Denn wir dürfen nicht zulassen oder gar erwägen, dass die Kita in den Gemeinden beitragsfrei wird, die es sich leisten können oder leisten wollen. Dann entstünde erst recht eine Schieflage im Land.

Wir sind allerdings auch der Meinung, dass der **Bund** in Sachen Bildung nicht nur Forderungen an die Länder stellen darf, sondern auch selbst mit dabei sein muss. Darüber werden wir mit dem Bund reden, und die beste Gelegenheit dazu ist meiner Meinung der anstehende Bildungsgipfel.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, schon die Summe, auf die sich die Regierung in ihrem Etatentwurf geeinigt hat, zeigt, dass wir nicht nach dem Prinzip „Wünsch dir was“ verfahren. Eine kostenlose Mahlzeit für jedes Kita-Kind bleibt vorerst leider - das betone ich - unbezahlbar. Wir sehen, dass die **Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“** mit bislang über 2.000 Anträgen auf sehr viel Nachfrage stößt. Die Fortführung soll in den beiden kommenden Jahren abgesichert werden, und die Sozialministerin wird dafür mit dem Finanzminister einen Vorschlag erarbeiten.

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist in den letzten Tagen viel von Vertrauen und Vertrauensbildung die Rede. Ich finde, dass die Große Koalition in Berlin - übrigens von fast allen Seiten - zu Recht dafür gelobt wird, dass sie dieses Vertrauen bildet.

(Lachen bei der FDP)

- Ich finde es peinlich, dass Sie darüber lachen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gilt wohl nur für die Finanzmärkte!)

- Die Märkte sind ein besonderes Kapitel, mein Lieber, aber es geht um die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Ganz im Ernst: Ich meine, dass wir als Große Koalition und vielleicht sogar als Landtag allen Grund dazu hätten und heute die Gelegenheit nutzen sollten, unseren Teil zur Vertrauensbildung bei den Bürgerinnen und Bürgern in die Politik beizutragen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Gegenteil ist der Fall!)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Ministerin und eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul, das Wort. - Die Redezeit je Fraktion beträgt zwölf Minuten.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke der Frau Ministerin für einen ersten guten Überblick über die Diskussionslage, die wir nach dem Koalitionsausschuss haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oje!)

Ich will durchaus sagen, dass es den CDU-Fraktionsvorsitzenden mit Stolz erfüllt, dass eine Initiative seiner Fraktion, nämlich in die Elternbeitragsfreiheit einzusteigen, in diesem Landtag von der Landesregierung geteilt wird; übrigens hat dies das ganze Haus beschlossen. Insofern möchte ich aufnehmen, was die Ministerin gesagt hat: Wir sollten diesen Bereich nicht zerreden. Denn es ist eine gute Initiative, hier einzusteigen. Das Geld ist gut angelegt, und die Eltern haben das Geld meiner Meinung nach auch verdient.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir wissen auch - das hat die Ministerin völlig zu Recht gesagt -, dass es gute Begründungen dafür gibt, das zu machen: Wir haben veränderte **soziale Strukturen**. Wir haben zum Teil auseinanderbrechende Familien. Wir haben Scheidungsraten, wie wir sie vor 20, 30 oder 40 Jahren nicht kannten. Wir haben nach wie vor ungelöste Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und wir haben einen Bildungsauftrag, der Kindertagesstätten beinhaltet. Ich sehe es als einen Meilenstein in der Bildungspolitik von Schleswig-Holstein an zu sagen: Bildung fängt im Kindergarten an. Das setzen wir an dieser Stelle fort.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich darf nur darauf hinweisen, dass wir die Sprachausbildung fortsetzen. Sonst würden genau die Kinder aus den Familien fehlen, die finanziell schwach gestellt sind. Diese Kinder - und das ist Sinn und Zweck dieser Veranstaltung - wollen wir in den Kindergarten holen. Auch deswegen sage ich: Es ist ein Projekt für mehr **Integration von Kindern mit Migrationshintergrund**. Und es ist ein Projekt, mit dem wir Menschen aus schwierigen **sozialen Verhältnissen** in die Kindertagesstätten bekommen. Deswegen ist das Geld wirklich gut angelegt.

Natürlich bewegen wir uns in einem Spannungsverhältnis, und natürlich müssen wir - der Präsident des Landesrechnungshofs hat mich gemahnt, das auch zu sagen - an der Stelle auch über den Haushalt reden. Das kostet nämlich Geld, und es ist ein neues **Leistungsgesetz**, das wir verabschieden.

Zur Ehrlichkeit gehört allerdings auch dazu, dass wir es derzeit nur über **neue Schulden** finanzieren können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sollten wir auch offen sagen. Das stellt das Projekt nicht infrage. Ich empfinde es jedoch als ein Zeichen der Ehrlichkeit, hier und heute zu sagen: Unsere Neuverschuldung liegt immer noch bei über 500 Millionen €, und darin sind auch die 35 Millionen € für das eine Jahr und die Hälfte davon für das andere Jahr enthalten. Das heißt, hier sind wir ehrlich.

Dieses Geld ist gut angelegt, weil wir uns gemeinsam vorgenommen haben, einen **verfassungsgemäßen Haushalt** für die Jahre 2009 und 2010 zu verabschieden. An diesem Ziel halten wir fest, und auch das wird ein Meilenstein in der Landespolitik Schleswig-Holsteins sein, dass wir nach vielen Jah-

(Dr. Johann Wadephul)

ren erstmalig wieder einen Haushalt verabschieden, der der Verfassung entspricht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das schulden wir auch künftigen Generationen, und das ist eine richtige und gute Maßnahme.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen wir sorgsam abwägen, welche neuen Maßnahmen wir treffen. Denn die Erreichung dieses Ziels ist nicht einfacher geworden; die Ministerin hat es angedeutet.

In anderen Debatten haben wir darüber gesprochen, und in der übernächsten Debatte werden wir wieder über den Haushalt miteinander sprechen. Die **HSH Nordbank** ist ein Stichwort. **Dividendenzahlungen** sind nach Auskunft des Finanzministers mehr als ungewiss. Das Wirtschaftswachstum ist schon jetzt spürbar beeinträchtigt. Wir müssen davon ausgehen, dass die **Annahmen**, die wir bis jetzt noch hatten und die eine Steuermehreinnahme in Höhe von 300 Millionen Euro für 2010 prognostiziert haben, möglicherweise nicht eintreffen werden.

Was passiert eigentlich, wenn die Bankenkrise sich fortsetzt - sich auch in Deutschland und in Hessen fortsetzt - und dazu führt, dass das Bundesland Hessen, das im Länderfinanzausgleich mit 3 Milliarden € größter Geber ist, nicht mehr als solcher auftreten kann und diese 3 Milliarden € zurückgeführt werden? - Auch dessen muss man sich heute, wenn man über neue Leistungsgesetze diskutiert und Versprechungen in die Welt setzt, bewusst sein und diese Lage mit einkalkulieren.

Zu Recht hat Frau Erdsiek-Rave darauf hingewiesen, dass die Große Koalition in **Berlin** hier auch neue Maßnahmen verkündet hat. Die sind in der Sache auch alle richtig. Ich bin sehr dafür - das habe ich gestern auch gesagt -, diese Maßnahmen beim **Kindergeld** zu treffen. Man kann auch vorhersagen, dass es noch weitere Ausgaben geben wird, etwa bei der **Pendlerpauschale**. Auch das sind Steuermindereinnahmen, die uns treffen. Die Steuerfreistellung der **Krankenversicherungsbeiträge** ist ebenfalls beschlossen. Das ist alles Geld, das nicht nur den Bundeshaushalt betrifft, sondern das auch den Landeshaushalt Schleswig-Holstein betreffen wird.

Für die CDU ist an dieser Stelle wichtig, dass wir die **Risiken** sehen und sie bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen, die wir in dieser Legislaturperiode eingehen und die künftige Landtage binden würden, berücksichtigen. Diese Verantwortung werden wir an dieser Stelle wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir auch unsere neuen Ziele im Blick. Ich bin sehr dankbar für die Aussage - Herr Kollege Stegner hat das gestern erfreulicherweise auch noch einmal festgehalten; Frau Erdsiek-Rave hat das in dem Sinn gerade auch gesagt -, dass man neue Sachen nur machen kann, wenn man an anderer Stelle spart. Das wird dann auch genau zu diskutieren sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Kollege Garg, da lassen wir uns von der FDP-Fraktion gern auch noch Vorschläge unterbreiten. Wir in der Koalition haben verabredet: 2015 wollen wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, keine neue Schulden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie wollten auch eine Verwaltungsstrukturreform!)

Auch das ist eine politische Entscheidung dieser Großen Koalition, über die ich mich freue, auf die ich stolz bin und die wir miteinander erfüllen müssen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Im Übrigen kommen auch die Anforderungen aus der **Föderalismusreform II** auf uns zu. Auch dort wird über ein Verschuldungsverbot geredet. Dort wird darüber geredet, dass uns dies möglicherweise durch Zinsbeihilfen anderer Länder erleichtert werden soll.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die freuen sich schon drauf!)

Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir darauf achten, was wir anderen reichen Ländern zumuten, von denen wir jetzt erwarten, dass sie uns Zinszuschüsse geben. Einen **Altschuldenfonds**, den wir gewollt hätten, der auch von der Landesregierung konzipiert worden ist, wird wahrscheinlich nicht kommen. Wir müssen aber schon auch reichen Bundesländern, die uns einige 100 Millionen € an Zinsbeiträgen zahlen sollen - wohl auch wollen -, erklären, dass sie das für elternfreie Kindergartenbeiträge für alle drei Jahre bei uns machen sollen, während bei ihnen nicht einmal ein Jahr frei ist. Das ist nicht ganz einfach. Deshalb muss man als ein Land, das in dieser Situation ein Nehmerland ist, auch mit einer gewissen finanzpolitischen Bescheidenheit auftreten, die es überhaupt erst ermöglicht, reiche Länder zu veranlassen, an dieser Stelle für uns Geld zu



(Dr. Johann Wadephul)

geben. Das kann ich unserem Haus insgesamt nur anempfehlen.

(Beifall bei der CDU)

Letzter Aspekt: Wir sind uns völlig einig darin, dass das eine Aufgabe aller ist. Möglicherweise wird sich sogar der Bund beteiligen. Ich halte es nicht an allen Stellen für richtig, dass der **Bund** auch bei Kultur- und Bildungsfragen jedes Mal mitentscheidet; aber natürlich freut man sich auch über das Geld. Letztlich macht das aber die **Finanzverflechtungen** wieder undeutlich. Aber die **Kommunen** sind auch in der Pflicht. Ich sage allen Kommunalpolitikern, die zum Teil an dieser Stelle sehr störrisch und ablehnend reagiert haben, dass es eine gemeinsame Aufgabe auch für die Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein ist, hier etwas für die Kindergärten zu tun und auch einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir in einer Schrittfolge zu einer völligen **Beitragsfreistellung** - die unstrittig ist - kommen.

Deshalb ist es eine völlige Selbstverständlichkeit, dass die Kommunen das, was sie jetzt bei den **Sozialstaffeln** aufwenden und was sie dort an Verwaltungskosten haben, mit einzubringen haben.

(Beifall bei der CDU, vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine Erwartung, die wir eindeutig haben. Natürlich muss man als Landtag, der den Kommunen schon einmal 120 Millionen € weggenommen hat, sehr sorgfältig sein und überlegen, ob man ihnen weitere Millionen wegnimmt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, natürlich pro Haushaltsjahr, das ist unstrittig, Frau Kollegin Heinold. Sie haben es erfreulicherweise auch für notwendig und richtig gehalten, das zu machen.

Natürlich muss man sehen, ob man an der Stelle neue Belastungen formuliert. Aber das, was es schon jetzt an Aufwendungen gibt, ist auch an kommunalem Geld gut angelegt. Das, was es an Renditen aus der Funktionalreform gibt, sollte man sich fair teilen, wahrscheinlich hälftig zwischen Land und kommunaler Ebene. Insofern werden wir die Kommunen an dieser Stelle - das sage ich in aller kommunalpolitischen Freundschaft - auch nicht aus der Verpflichtung entlassen. Denn gute Bildungspolitik, gute Politik für Kinder und Jugendliche, ist eine Aufgabe für alle, der wir uns in aller Ernsthaftigkeit stellen müssen. Wenn wir diese Debatte in

dieser Sachlichkeit, wie sie heute Morgen von der Frau Ministerin begonnen wurde, fortsetzen können, dann bin ich zuversichtlich, dass wir einen Beitrag dazu leisten können, dass sich nicht nur Eltern freuen, sondern auch die Kinder sich freuen werden, die morgen und in den nächsten Jahren in den Kindergarten gehen und die natürlich ganz automatisch für die Schulden aufzukommen haben, die wir ihnen hinterlassen werden.

Ich glaube, es geht jetzt darum, dass wir gemeinschaftlich und seriös miteinander diskutieren und dann mit Augenmaß die notwendigen Entscheidungen treffen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Vorsitzender und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! „Wer etwas schaffen will, muss fröhlich sein“, sagt Theodor Fontane. Der 1. Oktober diesen Jahres war ein guter Tag, um fröhlich zu sein. Denn wir haben etwas beschlossen, was für die Kinder und Familien in Schleswig-Holstein ein Meilenstein ist und was uns voranbringen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns auf einen verbindlichen **Stufenplan** verständigt, nach dem im Jahr 2009 das dritte Jahr, im Jahr 2011 das zweite Jahr und im Jahr 2013 das erste Kindergartenjahr kostenfrei sein wird. Ich bedanke mich ausdrücklich bei unseren Koalitionskollegen, für die das ein schwieriger Schritt war, sich den Ruck zu geben, sodass wir das gemeinsam verbindlich vereinbaren konnten.

(Beifall bei der SPD)

Die deutsche Sprache ist so schön, man kann die Dinge, die man klarmachen möchte, auch klar verabreden. Wir haben dies verabredet und haben gleichzeitig gesagt, dass wir das Ziel bekräftigen, **verfassungsgemäße Haushalte** zu verabschieden, um **2015** bei einem ausgeglichenen Haushalt zu landen. Ich möchte mich ausdrücklich bei der Frau Bildungsministerin für die exzellente Rede bedanken. Sie hat das nämlich zum Ausdruck gebracht,

(Dr. Ralf Stegner)

was wir miteinander besprochen und beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Was bedeutet das? - Das bedeutet, dass Aufstieg durch Bildung - ich füge das als Vorsitzender einer Fraktion hinzu, die einer 145 Jahre alten Partei angehört die das als Gründungsmotiv hatte - stattfinden kann, dass die **Bildungsbarrieren** aufhören und dass wir aus finanziellen Gründen Kinder nicht mehr fördern. Das fängt an im Kindergarten, das geht über vernünftige Schülerbeförderung, die die Eltern nicht zahlen müssen, das geht über längeres gemeinsames Lernen bis hin zum kostenfreien Studium. Das ist ein Meilenstein für die **soziale Gerechtigkeit** in Deutschland und in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Was die Eltern davon halten, das können wir sehen, wenn man einmal schaut, wie sie das Thema längeres gemeinsames Lernen betrachten oder wie sie sich letztlich gefreut haben, dass es uns gelungen ist, die Mehrbelastung gerade im ländlichen Raum im Zusammenhang mit der Schülerbeförderung zu vermeiden.

Wenn wir dies machen, ist das aber auch eine riesige Entlastung für die Familien. Es kann überhaupt keine Steuerreform geben, die den ganz normalen Familien, denen, die arbeiten, denen, die Mühe haben, mit den höheren Energiekosten zurechtzukommen, denen, die Angst haben, selbst wenn sie jetzt in einem gut verdienenden Unternehmen arbeiten, ob nicht Arbeitsplätze abgebaut werden, eine größere **Entlastung** bietet. Sie bekommen mit der Gebührenfreiheit für die Kinder eine Entlastung, wie sie größer nicht sein könnte. Insofern ist das auch ein Riesenschritt zu familienpolitischer Vernunft in diesem Land, über den sich die Eltern und Bürger richtig freuen können, übrigens auch die Großeltern, die selbst noch wissen, wie das war, als sie selbst das haben bezahlen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wadephul, ich freue mich sehr darüber, dass Sie das richtig finden, was Günther Jansen 1991 eingeführt hat, nämlich dass Kindertagesstätten einen Bildungsauftrag haben. Warum sind die Gebühren in Schleswig-Holstein so hoch? - Sie sind deshalb die höchsten in der Republik, weil wir 1988 - vor 20 Jahren - als Schlusslicht der Republik mit der schlechtesten Kindergartenversorgung angefangen haben. Liebe Kollege Neugebauer, damals waren im Landeshaushalt 700.000 DM für die

Kita-Förderung vorgesehen. Heute sind es 60 Millionen €, und die reichen nicht. Wenn man sich das anguckt, dann kann man nur sagen: Es war eine Großtat, uns von dem Tabellenschlusslicht in der Kita-Förderung wegzuführen. Das war ein Kraftakt des Landes, der Kommunen und der Eltern, die sehr hohe Beiträge bezahlen mussten. In Schleswig-Holstein müssen sie ganz hohe Beiträge bezahlen. Davon müssen wir sie befreien, und davon werden wir sie befreien.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge gern hinzu: In Koalitionen ist es so, dass man dann, wenn man sich verständigt und Kompromisse macht, einen Preis für solche Einigungen bezahlen muss. Der Preis für diese Einigung war, dass wir uns unter anderem auf eine **Stufung** nach dem dritten, dem zweiten und dem ersten Jahr eingelassen haben, obwohl die Fachleute sagen, es wäre vernünftiger, mit dem ersten Jahr zu beginnen, weil in diesem Jahr weniger Kinder in der Förderung sind. Wir wollen ja möglichst die erreichen, die nicht in der Förderung sind. Natürlich wäre eine Folge nach dem ersten, dem zweiten und dem dritten Jahr auch schneller gekommen. Hier gilt aber das, was Frau Erdsiek-Rave völlig zu Recht gesagt hat. Man muss das mit Augenmaß und mit dem Blick auf das, was erreichbar ist, machen. Ich füge hinzu: Die SPD hat zugestimmt, mit dem falschen Jahr anzufangen, weil wir den Stufenplan verbindlich verabredet haben. Sonst hätten wir das nicht getan. Das war die inhaltliche Begründung dafür, warum wir das miteinander so vereinbart haben.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Kollege Wadephul, ich bin Historiker. Es ist unter anderem richtig, dass die CDU-Fraktion den ersten Gesetzentwurf eingebracht hat. Das ist wahr, den haben wir um Ostern herum durch die Presse von Ihnen bekommen. Entscheidend ist aber nicht, wer den ersten Gesetzentwurf gemacht hat. Darin stand: Wir wollen die Kommunen fördern, die das anbieten. Das ist nicht unsere Vorstellung. Wir wollen für die Kinder in Schleswig-Holstein die Beitragsfreiheit in den Kindergärten gesetzlich verankern. Das werden wir jetzt gemeinsam tun. Ich beglückwünsche Sie also zu dem ersten Entwurf, aber wir machen gemeinsam etwas Vernünftiges, indem wir das umsetzen, was wir jetzt im Koalitionsausschuss besprochen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Zu Ihnen komme ich gleich noch. Herr Oppositionsführer, haben Sie ein bisschen Geduld, so wich-

(Dr. Ralf Stegner)

tig sind Sie nicht, aber ich kümmere mich nachher noch um Sie.

Die zweite Stufe dieses **Kompromisses** bestand darin, dass wir die **Verwaltungsstrukturreform**, die ich nach wie vor für richtig und notwendig halte, mit Blick auf die finanzielle Vernunft und auf die Föderalismuskommission beerdigen mussten. Auch das räume ich gern ein. Das war der Preis dafür, um sich mit Ihnen darauf zu verständigen. Ich finde das schade und schwierig.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Ich muss aber akzeptieren, dass es dafür keine parlamentarische Mehrheit gab. Deshalb müssen wir das verschieben. Wir haben nur gesagt, wir machen keine Scheinreform. Wir machen keine Reform, die nichts taugt, das Land für 30 Jahre bindet und in die Sackgasse führt. Deshalb hielten wir den Kompromiss für vertretbar.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich komme zu einem weiteren Aspekt, der deutlich macht, warum das ein Kompromiss war. Wir hätten uns gewünscht, die Tatsache, dass es in Schleswig-Holstein **Kinder** gibt, die keine **warme Mahlzeit** haben, durch eine strukturelle Lösung zu verändern und nicht mit einer karitativen Lösung, wie wir sie im Moment haben. Das werden wir in der nächsten Legislaturperiode machen müssen. Wir haben hier nur vereinbaren können, dass wir den **Fonds** bis Ende des Jahres absichern. Aber immerhin, das ist auch etwas. Wir werden das anzupacken haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt gibt es die interessante Frage, ob wir uns das leisten können. Ich bin der Bildungsministerin sehr dankbar dafür, dass sie hier noch einmal etwas dazu gesagt hat. Wer die Meinung der Fachleute dazu gehört hat, der weiß, dass die Frage nicht lautet, ob wir uns das leisten können. Wir müssen uns das leisten. Wenn wir nämlich in die **Kinderbetreuung** investieren, dann vermeiden wir an anderer Stelle **Kosten**, nämlich bei der Jugendhilfe, bei denen, die keinen Ausbildungsplatz kriegen, bei denen, die niemals einen Arbeitsplatz kriegen, durch den sie Steuern und Beiträge bezahlen. All das wird durch vernünftige und frühzeitige Förderung von Kindern vermieden. Es ist volkswirtschaftlich vernünftig, es ist richtig, und wir können uns das auch leisten. John F. Kennedy hat völlig zu Recht gesagt: Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auch dies zur Finanzkrise sagen; jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Oppositionsführer. Auch die **Finanzkrise** ist kein Grund, das nicht zu machen. Im Gegenteil, wir lernen jetzt, dass es wieder Sinn macht, über Gemeinsinn zu reden und nicht über Eigennutz. Wenn wir Ihren Ratschlägen zur Kapitaldeckung gefolgt wären, dann hätten wir keine Finanzkrise, sondern wir hätten in diesem Land eine Staatskrise.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der etwas für die Bildung tut und der Gemeinsinn und nicht Eigennutz in den Vordergrund stellt. Den Bürgern zu erzählen, dass wir das Versagen von Bankmanagern mit Steuermitteln ausgleichen müssen - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was ist mit dem Versagen von Finanzministern?)

- In den Vereinigten Staaten waren es 700 Milliarden \$. In Amerika wird dieser Betrag aus Steuergeldern gedeckt. Wir haben im Augenblick Bürgschaften gegeben. Ich will deutlich sagen: Den Bürgern zu sagen, wir haben kein Geld für Bildung, aber wir gleichen aus, was andere verursacht haben, wird von ihnen nicht akzeptiert werden. Deshalb finde ich sehr wohl, dass man diesen Zusammenhang ansprechen muss.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge hinzu: Die Bürger sind auch keine Dorfbürger, Kreisbürger, Landesbürger, Bundesbürger oder Europabürger, sondern sie sind Bürger, die Steuern zahlen. Sie erwarten, dass der Staat ihnen für diese Steuern ein Bildungssystem gibt, das gerecht ist, das sie nicht benachteiligt und das ihren Kindern Chancen für ihre Zukunft und für die Zukunft des Landes gewährt.

(Beifall bei der SPD)

Insofern stellt sich die Frage, was mit den **Kommunen** ist. Wir wollen eigentlich nur, dass die Kommunen nicht an den Kindern sparen. Wir wollen, dass sie das, was sie momentan für **Sozialstaffeln** und für **Bürokratie** ausgeben, für die Kinderförderung einsetzen. Hier gibt es nämlich viel Bürokratie. Wir wollen, dass sie etwas tun. Verehrter Herr Kollege Kalinka, die Kommunen werden mit ihrer Freiwilligkeit enorm viel einsparen. Sie haben also die Chance, dieses Geld in diesem Bereich einzusetzen. Ich setze übrigens auch auf die **Gemeinden**. Auch das hat Frau Erdsiek-Rave zu Recht gesagt. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen, das ist so. Die Gemeinden wissen, dass es ein Standort-

**(Dr. Ralf Stegner)**

vorteil ist, wenn man gute Bildung und eine vernünftige Kinderbetreuung anbieten kann. Ich bin sicher, dass wir mit ihnen partnerschaftlich darüber reden können.

(Beifall bei der SPD)

Auch der **Bund** wird sich beteiligen, denn ich höre, dass Frau Merkel unterwegs ist, um Kindertagesstätten zu besuchen. Das ist gut. Am Ende wird hoffentlich herauskommen, dass sich der Bund an den Kosten beteiligen wird, denn das ist vernünftig, auch wenn die Föderalismuskommission I dies leider nicht geregelt hat.

Sehr verehrter Herr Carstensen, was die Turbulenzen der letzten Tage angeht, so muss ich sagen, es ist sehr praktisch, wenn Fraktionsvorsitzende und Parteivorsitzende an einem Strick in die gleiche Richtung ziehen. Diese Erfahrung haben wir gemacht. Das ist sehr nützlich, damit hat die SPD gute Erfahrungen gemacht. In diesem Sinne könnten wir - so glaube ich - versuchen, der Opposition und anderen heute kein Spektakel zu bieten, sondern einen Teil von Handlungsfähigkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wie geht es weiter? - Es geht so weiter, dass wir im Dezember einen verfassungskonformen Haushalt beschließen werden, in dem geregelt wird - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gucken wir uns an! - Unruhe)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Einen Augenblick bitte! Die FDP ist nicht dran; weder einstimmig noch vierstimmig.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Wir werden dann Gespräche mit den Kommunen führen. Wir werden im Mai - wie vereinbart - das Gesetz verabschieden. Ich sage Ihnen: Nach der Landtagswahl, wenn die Bürger wieder das Wort haben, wird sich zeigen, wer in der Verantwortung sein wird, das zu regeln.

Für die SPD füge ich glasklar hinzu: Wenn wir in die Situation geraten sollten, dass die **Verfassungskonformität des Haushalts** an der Frage der Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten im zweiten oder im ersten Jahr scheitern würde, dann sage ich, dass wir diesen Betrag an anderer Stelle einsparen würden. Wir würden die **Priorität** bei den Kindern und den Eltern in Schleswig-Holstein setzen. Ein Beispiel wäre eine konsequente **Verwaltungsre-**

**form**, die die SPD im Gegensatz zu anderen durchsetzen würde.

(Beifall bei der SPD)

Als Fazit will ich sagen: Wir mögen uns aufregen, streiten und über dieses oder jenes miteinander debattieren, aber ich sage Ihnen voraus: Im Jahr 2015 wird es in der Bundesrepublik nirgendwo mehr Gebühren für Kindertagesstätten geben. Dort, wo Sozialdemokraten mitregieren, wird es auch keine **Studiengebühren** geben, weil wir wissen: Wir wollen nicht mit Österreich in der Frage um die rote Laterne wetteifern, wer das schlechteste Bildungssystem hat. Wir wollen einen Aufstieg durch Bildung, wir wollen weg von den Bildungsbarrieren. Das ist unsere Zukunft, das ist unser Wohlstand, und das ist soziale Gerechtigkeit. Die SPD wird dies durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Stegner. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt die Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres. Die damit verbundene **Entlastung der Eltern** ist ein großer Vorteil. Darüber hinaus bringt die Beitragsfreiheit des Kita-Besuchs auch bildungs- und gesellschaftspolitisch einen hohen Nutzen. Dieser **Nutzen** wäre allerdings am höchsten, wenn man zunächst das **erste Kindergartenjahr** - also den Kita-Besuch der dreijährigen Kinder - beitragsfrei gestalten würde.

(Beifall bei der FDP)

Dann würden nämlich wesentlich mehr Kinder als bisher bereits vom dritten Lebensjahr an einen Kindergarten besuchen. Dies aber erhöht die Bildungschancen vieler Kinder weitaus stärker als eine Kostenübernahme, die zunächst nur die Eltern der **Fünfjährigen** erreicht.

Eigentlich wäre diese Landtagsdebatte dazu da, über solche inhaltlichen Alternativen zur bisherigen Planung der Landesregierung zu diskutieren, in aller Sachlichkeit Argumente auszutauschen und die Frage zu stellen, wie denn am besten eine möglichst höhere **Qualität der Vorschulbildung** erreicht werden kann. Es ist in der Tat einfach sinnvoll, den Anreiz zum Kindergartenbesuch für die fehlenden

(Dr. Ekkehard Klug)

circa 35 % durch die Einführung der Beitragsfreiheit zu erhöhen, was dem Effekt bei der Einführung für das erste Kindergartenjahr entspräche, anstatt einen Anreiz für die fehlenden 5 %, die es ja beim letzten Kindergartenjahr sind, mit der Beitragsfreiheit einzuführen.

Meine Damen und Herren, wenn das Land in diesem Bereich schon zweistellige Millionenbeträge in die Hand nimmt, dann sollte das doch mit der größtmöglichen Wirkung verbunden sein.

(Beifall bei der FDP)

Solche Fragen werden aber durch den Koalitionsstreit der letzten Tage völlig in den Hintergrund gedrängt, und das ist schade.

Die Große Koalition weiß nicht, was sie will. Sie weiß nicht, worauf sie sich geeinigt hat, und sie weiß auch nicht, wie sie aus der selbst geschaffenen, ziemlich verworrenen Lage wieder herauskommen will.

Kurz gesagt: Die Politik der Großen Koalition stellt sich so solide dar wie die Offerten der Gebrüder Lehman am Tag des Insolvenzantrags. Wie wir ja wissen, gab es an diesem Tag in Deutschland sogar noch ein paar Dussel, die einen dreistelligen Millionenbetrag an die New Yorker Bank überwiesen haben.

Das landespolitische Äquivalent zu diesem Beispiel für blindes Vertrauen bieten heute unsere lieben Sozialdemokraten. Sie setzen auf eine politische Spekulationsblase. Sie sagen zu den Wählern: Investiert in den Hedge-Fonds Stegner 2011.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Irgendwoher wird die SPD in der nächsten Wahlperiode das Geld für die zweite und dritte Stufe der Beitragsfreiheit schon nehmen und allfällige Fehlbeträge anderswo sparen - Originalzitat von Herrn Stegner.

(Beifall bei der FDP)

Nun sagt uns Herr Stegner leider nicht, wo. Vielleicht bei den Schulen, bei der Polizei, bei der Justiz, bei den Hochschulen?

Unser sozialdemokratischer Dagobert Duck öffnet die Tür zu seinem Geldspeicher und stellt fest: Der ist leer. Die Panzerknacker haben ihn ausgeräumt. Die Panzerknacker - das wären in diesem Falle doch jene, die unser Land in den letzten beiden Jahrzehnten in eine beispiellose Finanzmisere hineinmanövriert haben. Wer war das eigentlich?

(Beifall bei FDP und CDU)

Da setzt jemand ganz offenkundig auf die Vergesslichkeit der Bürger. Sicher: Eine volle Beitragsfreiheit für alle Kindergartenjahre ist sehr wünschenswert. Sie für kommende Jahre ohne jede **finanzielle Basis** zu versprechen, ist aber ein offensichtliches politisches Betrugsmanöver.

(Beifall bei der FDP)

Jeder weiß inzwischen, dass unser Land - nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch Deutschland insgesamt und die Europäische Union - vor schweren wirtschaftlichen Jahren steht. Der **Haushaltsestwurf** der Großen Koalition geht aber noch davon aus, dass die **Einnahmen aus der Lohnsteuer** für dieses Jahr auf 1,7 Milliarden € veranschlagt sind, im kommenden Jahr sogar auf 2 Milliarden € und 2011 dann auf 2,1 Milliarden € steigen werden. Das ist eine sensationelle Aufwärtsentwicklung, was angesichts der wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Jahre auch unglaublich überzeugend ist. Wohin man blickt: Die Große Koalition baut ihre Politik auf Luftschlösser. Ich frage Sie: Was unterscheidet diese Politik von den Finanzmärkten, auf denen man auch auf Luftschlösser gebaut hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gute Frage!)

Dabei bestehen nicht einmal die **Berechnungen** für das **erste Kindergartenjahr**, die die Sozialdemokraten selbst anstellen, einen Härte-test. Der Schleswig-Holsteinische Gemeindegtag sagt: Ein monatlicher Betrag von 120 € pro Kind, wie ihn die Landesregierung zugrunde legt, reicht für beitragsfreie Kita-Jahre bei Weitem nicht aus. - Pressemitteilung des Gemeindegtages vom 2. Oktober.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Lübeck, Bernd Saxe, erklärt als Vorsitzender des Städtetages - ich zitiere aus der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 7. Oktober -: Der Beschluss der Großen Koalition gehe zulasten der Kommunen, die durch den Griff in den kommunalen Finanzausgleich bereits erheblich geschwächt worden seien und auf die noch unabsehbare Kosten, unter anderem durch die Schulreform, zukämen. Saxe: „Wir können nicht auch noch zusätzliche Mittel für die Beitragsfreiheit der Kita-Plätze schultern.“

Fazit: Die Landesregierung hat nicht einmal für eine solide finanzielle Absicherung eines einzigen beitragsfreien Kindergartenjahres gesorgt. In der Landtagsdebatte vom 23. April 2008 - man kann das im Plenarprotokoll nachzulesen - hat die Kollegin der SPD, Frau Höfs, Folgendes erklärt - ich zitiere -:

(Dr. Ekkehard Klug)

„Wenn wir ab August 2009 für das letzte Kita-Jahr keine Beiträge erheben, würde das Land für das restliche Jahr 2009 eine Belastung von über 19 Millionen € zu tragen haben, wenn wir unterstellen, dass alle Kinder von diesem Angebot Gebrauch machen. Im Jahr 2010 würden zusätzlich 44 Millionen € benötigt.“

So weit das Zitat der Kollegin Frau Höfs im Landtagsplenum Ende April.

Blickt man in die Antworten der Landesregierung auf die Fragen meiner Fraktion zum Haushaltsentwurf, so liest man Folgendes: Die Regierung kalkuliert bei ihren Ansätzen zunächst mit einer **Versorgungsquote** von 94 %. Gemessen an den von Frau Höfs im April genannten Zahlen würde ein Anteil von 94 % für das Jahr 2009 die Summe von knapp 18 Millionen € und für 2010 die Summe von rund 41,5 Millionen € ausmachen. Man kann jedoch im Haushaltsentwurf der Landesregierung nachlesen, dass im Einzelplan der Bildungsministerin nur Beiträge von 14,6 Millionen € für das Jahr 2009 beziehungsweise 35 Millionen € für das Jahr 2010 eingeplant sind.

Selbst die eigenen Berechnungen der Sozialdemokraten, wie sie hier von den Vertretern der SPD vorgetragen worden sind, weisen - wenn man das abgleicht mit dem, was die Landesregierung tatsächlich einstellt - einen **Fehlbetrag** von rund 10 Millionen € für beide Haushaltsjahre auf,

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ohne dass man berücksichtigt, ob da nicht der Anreiz einer Beitragsfreiheit zu einer wesentlich höheren Inanspruchnahme führt, und ohne zu berücksichtigen, ob die Berechnungsbasis - die famosen 120 € pro Kind und pro Monat - die **realen Kosten** eines **Kindergartenplatzes** widerspiegeln.

Wenn die Landesregierung nun sagt, all diese ungedeckten Schecks, die CDU und SPD im Land ausstellen, sollen von den **Kommunen** bezahlt werden, dann möchte ich auf das verweisen, was die Landesregierung selber im Entwurf für das **Haushaltsstrukturgesetz** für 2009/2010 feststellt. Es ist immer schön, wenn man als Zeugen den Verursacher selbst anführen kann. Ich zitiere aus der Begründung zu Artikel 3, der die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes betrifft. Auf Seite 54 heißt es:

„Bis Ende 2006 sind bei den Kommunen in Schleswig-Holstein Defizite in einer Größenordnung von etwa 600 Millionen € aufgelaufen.

Vorbehaltlich noch ausstehender Rechnungsergebnisse ist für Ende 2007 nicht mit einer Verminderung der aufgelaufenen Defizite zu rechnen. Von dieser Situation sind - in unterschiedlicher Intensität - letztlich alle Kommunalgruppen betroffen.“

So weit zur kommunalen Finanzlage. Wie soll das Land vor diesem Hintergrund - angesichts der für die kommenden Jahre drohenden wirtschaftlichen Entwicklung mit den finanziellen Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte - begründen, dass es ungedeckte Schecks für die Kita-Finanzierung an Städte und Gemeinden weiterreicht?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, eine Große Koalition, die derart unsolid vorgeht, hat jeden politischen Kredit verspielt. Diese Große Koalition betreibt nur noch Casino-Politik. Aus der Ebene verantwortlichen politischen Handelns haben sich CDU und SPD in Schleswig-Holstein komplett abgemeldet. Insoweit ist die Strategie der Sozialdemokraten - mit einer gewissen Anerkennung an die Adresse des Vorsitzenden gesagt -, die politische Spekulationsblase mit dem Hedge-Fonds Stegner 2011 anzuhetzen, nur folgerichtig. Wem eh schon keiner mehr glaubt, der kann auch va banque spielen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Grüne freuen uns, dass es in Schleswig-Holstein nun endlich den Einstieg in die beitragsfreie Kindertagesstätte gibt. Damit wird eine Forderung meiner Fraktion aus dem Jahr 2002 umgesetzt. Eine Forderung, für die wir sehr gescholten wurden, weil sie angeblich nicht bezahlbar war. So warf uns die Bildungsministerin, Frau Ute Erdsiek-Rave, damals einen populistischen Schnellschuss vor, die FDP sprach sogar von Wolkenkuckucksheimpolitik. Auch in den Koalitionsverhandlungen von 2005 ist es meiner Fraktion und meiner Partei nicht gelungen, ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr zu beschließen. Die SPD war strikt dagegen, weil angeblich nicht finanzierbar. Damaliger Finanzminister war Herr Stegner, der jetzt als Fraktionsvorsitzen-

(Monika Heinold)

der ein glühender Verfechter von sogar drei beitragsfreien Jahren ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Alles völlig egal!)

Noch im März 2006 - vor zwei Jahren - antwortete die Bildungsministerin auf eine Kleine Anfrage von mir: Die Gewährung der **Beitragsfreiheit** ist keine Aufgabe des Landes. Sie war - so die Kleine Anfrage - nicht einmal bereit, Gespräche mit den Kommunen darüber aufzunehmen, ob und wie man dieses Ziel vielleicht gemeinsam erreichen könnte. Nun - zwei Jahre später - hat das lebenslange Lernen dazu geführt, dass auch die Bildungsministerin weiß: Die beitragsfreie Kindertagesstätte kann durchaus eine Landesaufgabe sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Reden von gestern sind ihre Reden von heute, denn volkswirtschaftlich - die Bildungsministerin hat es begründet - rechnet es sich allemal, alle Kinder von klein auf optimal zu fördern. Der **Zugang zu Bildung** ist die beste Prävention gegen Armut, gegen Arbeitslosigkeit und gegen soziale Ausgrenzung. Deshalb beinhaltet unser ursprüngliches Konzept nicht nur die Beitragsfreiheit, sondern wir wollten den Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor der Schule für alle Kinder verpflichtend machen. Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes hat aber gezeigt, dass es kaum möglich ist, eine **Verpflichtung** in der Kindertagesstätte einzuführen, ohne zu stark in das **Elternrecht** einzugreifen. Deshalb ist es richtig, nun erst einmal mit dem freiwilligen und kostenfreien Angebot zu versuchen, alle Kinder zumindest im **letzten Jahr vor der Schule** in die Kindertagesstätte zu bekommen. Zurzeit nehmen nur 93 % aller Kinder dieses Angebot wahr. Ich sage nur, weil es heißt, dass 7 % unserer Kinder im letzten Jahr vor der Schule nicht in die Kindertagesstätte gehen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Sie profitieren nicht von den wertvollen sozialen Erfahrungen einer Kindertagesstätte, ihnen bleibt das Bildungsangebot und die individuelle Förderung versagt. Mit der Einführung der **Kostenfreiheit** müssen wir also auch massiv dafür werben, dass zukünftig alle Kinder, alle Eltern diese **Chance** auch nutzen - alle Kinder, auch die aus **bildungsfernen Schichten**, auch Kinder mit **Migrationshintergrund**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wer über die Arbeit und über den Alltag von Kindertagesstätten redet, darf aber nicht nur über die Abschaffung der Gebühren reden, sondern es ist absolut dringend notwendig, auch eine Debatte über die **Qualität** unserer Kindertagesstätten zu führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Kindertagesstätten wollen den **Bildungsauftrag** umsetzen. Sie wollen Elterngespräche führen, sie wollen die Kinder individuell fördern. Aber die Rahmenbedingungen sind äußerst schwierig dafür. Die Kitas fordern zu Recht mehr Geld, um fachlich gut zu arbeiten, um mehr und besser qualifiziertes Personal einzustellen, um sich fort- und weiterbilden zu können, um den Kindern eine gesunde Ernährung anbieten zu können und um sich zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

Während es in anderen europäischen Ländern üblich ist, im vorschulischen Bereich mit studierten Fachkräften zu arbeiten, verdient bei uns eine 25-jährige Sozialpädagogische Assistentin in der Kindertagesstätte circa 1.800 € brutto im Monat, vorausgesetzt, sie ist überhaupt vollzeitangestellt. Oft sind es nur Teilzeitarbeitsplätze.

Das ist viel zu wenig Geld für eine Tätigkeit, an die wir alle die höchsten Ansprüche stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Wunder, dass sich nur äußerst selten Männer in dieses Berufsfeld verirren, was wir dann auch wieder beklagen.

Aber für die Debatte über die Qualität der Kindertagesstätten, über Ausbildung und Bezahlung von **Fachkräften**, für diese notwendige Debatte ist im Koalitionsgeizäck kein Platz. Es geht nur noch darum, wer den besten Wahlkampfschlager hat. Einigkeit gibt es bei CDU und SPD nicht einmal mehr darüber, worauf man sich eigentlich geeinigt hat. So verkündet die Große Koalition zwar großspurig, man habe sich auf drei beitragsfreie Jahre geeinigt, aber beschließen will man das jetzt lieber noch nicht. Wirklich beschlossen werden soll im Dezember nur das **erste beitragsfreie Jahr**, ein Jahr vor der Schule, so, wie die CDU es wollte. Die SPD wird auf das nächste Jahr vertröstet, und ich sage Ihnen schon jetzt: Wie bei der Kreisgebietsreform wird die CDU ihre Zusagen Stück für Stück aufkündigen. Wer die beitragsfreie Kindertagesstätte in einer Situation der internationalen Finanzkrise an die Frage von verfassungskonformen Haushalten bindet und dann auch noch auf die Mitfinanzierung

(Monika Heinold)

durch die Kommunen setzt, der macht klar: So ernst ist die Sache gar nicht gemeint.

Und die Bildungsministerin hat ja auch eben gesagt: Na ja, wir können es im nächsten Jahr beschließen, und wenn die Konjunktur dann schlecht läuft, dann kann man ein Gesetz ja wieder außer Kraft setzen.

(Zurufe)

Vor der Wahl Dinge zu versprechen, um sie nach der Wahl wieder einzukassieren, damit ist schon unser Ministerpräsident auf die Nase gefallen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, schenken Sie den Eltern reinen Wein ein! Wenn Sie sich tatsächlich auf drei Jahre beitragsfrei verständigt haben, dann können Sie dies im Dezember auch beschließen. Wer hindert sie denn daran? Wozu zwei Gesetzesverfahren? Fakten statt Wahlkampflyrik - die Eltern würden es Ihnen danken!

Aber anstatt zu handeln haben CDU und SPD erst einmal die **Verwaltungsreform** beerdigt, wohl wissend, dass Land und Kommunen damit jährlich Einsparungen in Höhe von über 100 Millionen € verloren gehen - Geld, das wir dringend für die Bildung unserer Kinder brauchen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Andere Vorschläge, wie Sie die beitragsfreie Kindertagesstätte finanzieren wollen, haben Sie nicht gemacht.

Im Frühjahr hieß es noch großspurig von CDU und SPD, man solle Finanzierungskonzepte vorlegen. Diese wurden klammheimlich einkassiert und - der Fraktionsvorsitzende der CDU hat es heute offen verkündet - alles zulasten neuer Verschuldung. Dass ist verantwortungslose Politik zulasten zukünftiger Generationen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wer in den nächsten Jahren jährlich über 105 Millionen € strukturell zusätzlich für die Kindertagesstätten ausgeben will, muss doch zwei Fragen beantworten: Wo ist der vordringliche Bedarf, und wie kann man die neuen Aufgaben finanzieren?

Wir Grüne haben dazu im April dieses Jahres einen Landtagsantrag eingebracht. Wir haben gefordert, ab 2009 ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr umzusetzen und mittelfristig alle drei Jahre bei-

tragsfrei zu stellen, zuvor aber mit dem **Doppelhaushalt** 2009/2010 deutlich mehr **Geld** für die **qualitative Verbesserung** der Arbeit in den **Kindertagesstätten** zur Verfügung zu stellen und das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ dauerhaft finanziell abzusichern. Und wir haben dazu **Finanzierungsvorschläge** gemacht. Ich erinnere noch einmal daran. Dabei hatten wir sehr konservativ gerechnet, weil wir davon ausgegangen waren, dass bei einer **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** ein Großteil der Einnahmen im Länderfinanzausgleich verschwindet. Nun wissen wir aber, das ist nicht so. Würden wir die Grunderwerbssteuer von 3,5 % auf 4,5 % erhöhen, blieben die zusätzlichen Einnahmen von jährlich über 60 Millionen € voll beim **Land**, beziehungsweise ein Teil würde an die Kommunen weitergegeben werden, die es auch brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Ja, wer alles nur über **Verschuldung** macht, kann sich natürlich hier hinstellen und sagen: Ihr Finanzierungskonzept ist schlecht!

(Zurufe von der CDU)

- Machen Sie doch mal Konzepte! Ihr Fraktionsvorsitzender hat selbst gesagt, das geht voll in die Verschuldung. Glauben Sie Herrn Wadehul, oder glauben Sie ihm nicht?

60 Millionen € sind viel Geld, um es Bildung zu investieren. Für den einzelnen Häuslebauer wäre die Belastung hingegen eher gering.

(Zurufe)

- Ich kann ja verstehen, dass Sie sich aufregen, weil Sie in der Debatte schlecht aussehen, aber dafür kann ich auch nichts.

Bei einem Kaufpreis von 200.000 € müssten statt 7.000 € dann 9.000 € **Grunderwerbsteuer** gezahlt werden. An diesen 2.000 € würde die Finanzierung einer Immobilie in dieser Größenordnung mit Sicherheit nicht scheitern.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Wer jetzt sagt - ich lese das in der Zeitung, und Herr Stegner hat es wiederholt -, wir können doch nicht das Versagen von Bankmanagern mit Steuermitteln ausgleichen, und gleichzeitig sagt, für die Kinder haben wir das Geld nicht, der öffnet tatsächlich allem Tür und Tor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])



(Monika Heinold)

Damit können wir zusätzliche Lehrerstellen bezahlen, damit können wir die Jugendpolitik - wir haben gestern darüber diskutiert - großzügig ausstatten. Wer dieses Argument benutzt, wird es zukünftig sehr sehr schwer haben - ich sage das in allem Ernst -, überhaupt noch für eine sparsame Haushaltspolitik zu werben.

(Beifall beim SSW)

Noch eines: Noch handelt es sich um staatliche Garantien, Garantien, die wir aus meiner Sicht dringend geben müssen, damit unser Wirtschaftssystem nicht zusammenbricht. Es handelt sich noch nicht um Steuermittel, die real ausgegeben werden. Das kann kommen - das weiß heute niemand -, aber noch sind es Garantien. Hier sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern nichts Falsches erzählen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eltern in unserem Land haben zwei Anliegen: Sie wollen von den überproportional hohen Beiträgen entlastet werden, und sie erwarten eine hohe Qualität sowie bedarfsgerechte Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten. Lassen Sie uns endlich ernsthaft darüber diskutieren, wie wir Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserung hinbekommen können. Lassen Sie uns Finanzierungskonzepte erarbeiten und Prioritäten festlegen für die 105 Millionen €, am besten gemeinsam mit der Landeselternvertretung der Kindertagesstätten. Die könnten wir ja auch einmal fragen, wo denn die Priorität gesetzt werden soll.

Deutschland gibt zu wenig Geld für die Bildung, Betreuung und Erziehung seiner Kinder aus. Das muss sich ändern. Dazu brauchen wir konkrete Vorschläge. Wir haben unseren Antrag vorgelegt. Folgen Sie uns!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Monika Heinold. - Das Wort für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus unterschiedlichen Berichten der Landesregierung wissen wir, dass die weit überwiegender Zahl der Eltern das Angebot einer Kindertagesstätte nutzt. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten und stagnierender Löhne überlegen sich al-

lerdings immer mehr Eltern, ob sie sich nicht den Kindergarten im wahrsten Sinne des Wortes sparen. Eben nicht die sozial schwachen Eltern, die Anspruch auf Unterstützung haben und für die nur eine vergleichsweise geringe Summe anfällt, sondern die nach außen gut situierten **Mittelstandsfamilien** spitzen den Rechenstift und melden ihr Kind im Zweifelsfall nicht in der Kita an. Diese Kinder können wir auf jeden Fall durch ein **beitragsfreies Kindergartenjahr** erreichen. Eltern, die vor der Wahl stehen, 100 oder mehr Euro im Monat an den Kindergarten zu überweisen oder das Kind selbst zu betreuen, würden so wirklich die Hilfestellung bekommen, die sie benötigen, wenn das letzte Jahr beitragsfrei werden würde. Für die Kinder ist die qualifizierte Bildung im Kindergarten auf jeden Fall ein Gewinn.

Auch die Träger stehen der Idee eines beitragsfreien Jahres aufgeschlossen gegenüber, bemerken sie doch gerade das, was ich eben beschrieben habe. Die familienfreundlichen Kampagnen einiger Kommunen wie Handewitt, die das letzte Jahr im Kindergarten vor Schuleintritt aus ihrem Haushalt finanzieren, ist für manche Familie ein gewichtiges Argument bei der Wahl des Wohnortes. Es bestehen also überhaupt keine Zweifel, dass ein beitragsfreies Jahr einen positiven Effekt und eben nicht nur einen Mitnahmeeffekt bei Eltern, die ihr Kind auf jeden Fall in den Kindergarten anmelden, zur Folge haben wird.

14 Millionen € im ersten Jahr und 35 Millionen € im zweiten Jahr hat die Große Koalition, bei einem durchschnittlichen Elternbeitrag von 120 € im Monat für fünf Kita-Stunden berechnet. Wir haben hier aber zwei grundsätzliche Szenarien, die zeigen, dass die **Umsetzung** nicht so einfach ist, wie wir es uns wünschen. Wenn das **Geld pauschal** pro Kind ausgezahlt wird, erhalten wir folgendes Szenario: Es wird Kindergärten mit geringeren Elternbeiträgen geben, die dann sozusagen einen Gewinn machen, und andere, die einen Verlust machen werden, weil ihr Beitrag höher ist. Wer soll nun für diesen Verlust aufkommen? Die Kommune oder der Träger? - Wir wissen es nicht, aber wir wissen manchmal schon, wie teuer dies einem Träger zu stehen kommen kann; schließlich soll ja die Beitragsfreiheit gesetzlich verankert werden.

Die Kalkulation mit 120 € führt rechnerisch zu einem Verlust bei den **Kindergärten des Dänischen Schulvereins**. Aufgrund des Auftrags der Sprach- und Kulturvermittlung sind die **Öffnungszeiten** dieser Kindergärten länger als bei den meisten deutschen Einrichtungen; der Elternbeitrag ist dement-

(Lars Harms)

sprechend höher. Mit 120 € Ausgleichzahlung im Monat geriete der Schulverein im Handumdrehen in die roten Zahlen. Erste Überschlagsrechnungen gehen von **Ausfällen** von bis zu 170.000 € aus, sollte die Summe nicht erhöht werden. Bereits dieses Beispiel zeigt, dass die Koalitionäre dringend nacharbeiten müssen.

Nicht nur hier zeigen sich die Fallstricke einer unübersichtlichen Finanzstruktur, die sicherlich kein einziger Experte völlig aufzulösen weiß. Im **schleswig-holsteinischen Kita-System** gibt es unterschiedliche Einrichtungs-, Träger- und Finanzierungstypen. Es muss vermieden werden, dass sich Kommunen oder Träger an den neuen Zuschüssen bereichern oder an den Unterschüssen zugrunde gehen. Darum bedarf es einer gründlichen Diskussion und eines ordentlichen Verfahrens. Von daher glaube ich auch, dass der Weg richtig ist, jetzt ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten und sich Zeit zu nehmen, denn diese Zeit brauchen wir auch, um mit den Trägern und den Kommunen darüber zu reden.

Sehen wir uns jetzt das Szenario zwei an. Würde man nun die Summe von 120 € nur als Rechengröße ansehen und davon ausgehen, dass jeder **Elternbeitrag** in seiner **tatsächlichen Höhe** abgerechnet wird, so würde eine Kindertagesstätte mit niedrigen Beiträgen vergleichsweise wenig und eine mit derzeit hohen Beiträgen eine hohe Erstattung erhalten. Das heißt zweierlei: Erstens würden die Kitas mit geringen Beiträgen natürlich ihre Finanzierungsstruktur dahin gehend ändern wollen, dass die Elterngebühren und damit die Erstattungen durch das Land steigen. Zweitens würden auch alle anderen keinen Anreiz mehr haben, die Gebühren zu senken. Wir hätten eine **Preisspirale** nach oben.

Dies waren erst einmal nur grobe Darstellungen dessen, wie verworren hier die Interessenbeziehungen sind, und zwar aufgrund der Basis des derzeit geltenden Systems.

Wenn wir dann noch die **Sozialstaffeln** der Kreise und kreisfreien Städte einbeziehen und uns vor Augen halten, dass die **Gemeinden**, sofern sie nicht schon selber Träger der Einrichtungen sind, die finanziellen **Defizite** der Kindergärten mit abdecken, wird es erst richtig kompliziert. Die Verbandsvertreter der Kreise, Städte und Gemeinden haben schon deutlich gemacht, dass sie nicht gewillt sind, hier die Lasten zu schultern. Dabei geht es nicht so sehr um die Finanzierung des letzten Kindergartenjahres. Vielmehr stellt sich die kommunale Ebene die Frage, wer die anderen Kindergartenjahre in Zukunft bezahlen soll. Die Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres soll ja erst der Einstieg in

eine vollständige Beitragsfreiheit sein. Wie das finanziert werden soll, weiß derzeit niemand. Und da bauen die kommunalen Vertreter schon einmal vor. Sie wollen die Zeche nicht bezahlen, zumal sie schon mit erheblichen Mitteln an der derzeitigen Kindergartenfinanzierung beteiligt sind. Das kann man auch verstehen.

Die Kopplung von erwarteten Einsparungen durch die Verwaltungszusammenarbeit und beitragsfreiem Kindergarten ist nach unserer Auffassung nicht zulässig. Wir wissen nicht, ob überhaupt Einsparungen kurzfristig erzielt werden können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Erfahrungen aus Dänemark zeigen - dort ist gerade eine Kommunalreform gemacht worden -, dass zumindest in den ersten Jahren eher höhere Kosten als Einsparungen zu erwarten sind. In den ersten Jahren werden wir somit mit Ähnlichem auch bei uns rechnen müssen. Aber selbst, wenn wir tatsächlich nennenswerte Einsparungen haben werden, stellt sich die Frage, wie diese dann in die Berechnung einfließen sollen. Ich nenne hier ein Beispiel: Soll, wenn Flensburg mit dem Kreis Schleswig-Flensburg kooperiert und dabei nennenswerte Einsparungen erzielt, aber Neumünster zum Beispiel nicht mit dem Kreis Segeberg kooperiert, dann im Norden der Kindergarten umsonst sein und in der Mitte des Landes nicht? Das kann doch wohl so nicht gewollt sein! Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Kreise und kreisfreien Städte, die Einsparungen erzielen, diese zur Finanzierung aller Kindergartenplätze im Land zur Verfügung stellen. Die werden ihr Geld behalten wollen.

Ähnlich verhält es sich im Übrigen mit der **Sozialstaffel**, die ja in Zukunft eingespart werden soll. Die Belastung aufgrund der Sozialstaffel ist in den kreisfreien Städten relativ größer als in den Kreisen. Sollen diese Mittel nun auf alle verteilt werden? - Da würden sich die Städte sicherlich kräftig zu Wort melden. Wir können also auch hier feststellen, dass viele Frage noch offen sind.

Betrachten wir aber noch einmal die **Berechnungsgrundlage**, die bisher zugrunde gelegt werden soll. Es ist ein Satz von circa 120 € auf Basis einer fünfständigen Betreuung im Kindergarten ermittelt worden. Was aber ist, wenn ein Kindergarten länger geöffnet ist? Wer zahlt dann den übersteigenden Betrag? - Wahrscheinlich die Eltern. So, wie es derzeit geplant ist, will man vonseiten der Landesregierung nur eine **fünfstündige Grundbetreuung** finanzieren. Ist eine längere Betreuung gewünscht

(Lars Harms)

oder vonnöten, so muss wieder eine andere Finanzierung her. Das heißt - grob gesprochen -, die Grundbetreuung wird vom Staat bezahlt, aber wenn jemand seinen Beruf weiterhin ausüben oder jemand wieder in den Beruf einsteigen will, so muss er oder sie weiterhin zahlen. Das politische Ziel **Vereinbarkeit von Kindern und Beruf** wird so immer noch verfehlt. Es wäre eigentlich besser, hier auch die längeren Betreuungszeiten zu finanzieren, damit möglichst bei allen Kindergärten der Anreiz gesetzt wird, länger aufzumachen. Das Ziel muss es doch sein, möglichst viele Kitas zu haben, die so lange geöffnet sind, dass Berufstätige effektiv entlastet werden. Hier sollten wir wirklich noch einmal über die Anreize nachdenken. Es wäre schade, wenn wir hier nur einen halben Schritt vorankämen und nicht einen ganzen Schritt wagten.

Ein Projekt wie das beitragsfreie Kindergartenjahr ist eben nur bedingt geeignet für öffentlichkeitswirksame Koalitionsrunden. Wir benötigen ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren, um die unterschiedlichen Gruppen anzuhören und deren Einwände berücksichtigen zu können. Trotzdem muss man aber sagen, dass der Schritt hin zu einer völligen Beitragsfreiheit natürlich richtig ist. Die Kindergärten sind der Beginn der professionellen **Integration von Kindern mit Migrationshintergrund**, und sie sind die erste dauerhafte Anlaufstelle, um mögliche **Defizite** bei den Kindern feststellen zu können. Außerdem lernen die Kinder **Sozialverhalten**, und es macht ihnen einfach nur Spaß, im Kindergarten zu spielen und neue Freunde zu gewinnen.

Wer einen Kindergarten besucht, hat einen besseren Start ins Leben. Dieser Start darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Deshalb haben wir als SSW immer die Beitragsfreiheit gefordert und freuen uns, dass wir diesem Ziel offensichtlich einen Schritt nähergekommen sind.

Der entscheidende Grundsatz muss bleiben: Wer bestellt, der muss auch bezahlen. Es kann nicht sein, dass die Kommunen, die Träger oder gar doch wieder die Eltern draufzahlen müssen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wäre das Ganze eigentlich nur eine Mogelpackung auf Kosten anderer.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass bei diesem wichtigen Thema, bei dem bei uns allen eigentlich Konsens bestand und besteht, durch öffentliche Äußerungen und den Redebeitrag des Kollegen Stegner heute der Eindruck erweckt wird, es gebe hier Dissens. Herr Kollege Stegner, Sie haben weder sich selbst noch der Sache einen Gefallen getan.

Ich weise darauf hin, dass die Positionsänderungen, die Sie ständig vornehmen, mittlerweile dazu führen, dass Politikern überhaupt niemand mehr glaubt. Die Kollegin Heinold hat zu Recht darauf hingewiesen, dass in der Zeit, in der Sie Verantwortung getragen haben, das nicht passiert ist, was Sie jetzt einfordern. Für die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein sind seit über 20 Jahren Sozialdemokraten verantwortlich. Deshalb ist der Anwurf an andere in diesem Haus, den Sie heute gestartet haben - ich will die Union gar nicht verteidigen; die hat selbst einen Fraktionsvorsitzenden, der das gelegentlich kann - -

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Danke!)

Sie tragen dazu bei, dass die Menschen draußen niemandem von uns mehr glauben. Die Menschen sind doch nicht dumm. Sie wissen doch, wie die Sachlage aussieht. Sie wissen doch, wie die wirtschaftliche Situation ist. Sie wissen doch, wie Sie selbst Vorsorge betreiben. Das Versprechen, auf jeden Fall 2011 und 2013 die nächsten Stufen der Beitragsfreiheit einzuführen, kann keiner glauben, weil wir nicht wissen - weder der Finanzminister, noch wir, noch sonst jemand -, wie die Haushaltslage ist.

Eine Erklärung wie die der Bildungsministerin, wenn es denn eine **Haushaltsnotlage** gäbe, würde man das Gesetz eben außer Kraft setzen, macht Ihre Position nicht gerade sicherer.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Ihre Aussagen wert sind, Herr Stegner, kann man eindeutig nachlesen. Sie haben am 8. Oktober - so werden Sie zitiert - öffentlich erklärt: „Ich wette, 2013/2014 haben wir bundesweit keine Kita-Gebühren mehr.“

**(Wolfgang Kubicki)**

Ich will gar nicht dagegenhalten. Das mag ja so sein. Aber ich will auch aus den „Lübecker Nachrichten“ vom 4. September 2008 zitieren. Das ist einen Monat her. Da haben Sie zur Verwaltungsstrukturreform gesagt:

„Es wird eine umfassende Veränderung der Verwaltungsstrukturen geben, und dazu gehört auch eine Veränderung der Kreisstrukturen - ohne Wenn und Aber. ... Eine Nullvariante ist völlig ausgeschlossen.“

Nun präsentiert uns die Große Koalition eine Nullvariante. Ich habe ja nichts dagegen. Aber dass Sie Ihren Finanzierungsvorschlag für die Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten aufgeben - Sie haben uns dauernd erklärt, die eingesparten Millionen sollen für Bildung in Kinder ausgegeben werden - mit der Erklärung: „Wir werden das Geld woanders herholen“, ist schon ein starkes Stück. Dass Sie das der Öffentlichkeit nicht nur als Kompromiss, sondern sozusagen als Ideallösung verkaufen wollen, ist schon ein starkes Stück.

Herr Finanzminister Wiegard, ich erwarte von Ihnen als Aufsichtsrat der HSH Nordbank, dass Sie sich manifest vor den Vorstand der HSH Nordbank stellen, wie Sie das im Finanzausschuss schon getan haben. Den Angriff von Herrn Stegner gegen Herrn Berger finde ich unverhältnismäßig, indem er sagt:

„Es wäre den Bürgern politisch nur schwer zu vermitteln, dass der Staat auf der einen Seite Hunderte von Millionen aufbringt, um Managementfehler auszugleichen, und auf der anderen Seite kein Geld für die Kindergärten da sein soll.“

Meinen Sie damit Herrn Berger von der HSH Nordbank? Meinen Sie die Abschreibungen von 2,3 Milliarden €, die stattgefunden haben? Dann sagen Sie das. Dann fordern Sie seinen Rücktritt. Ich bin dafür, dass man Aufsichtsräte und Vorstände für das in Haftung nimmt, was sie getan haben, und das nicht auf den Steuerzahler abwälzt.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Die Zeit, Herr Kollege!

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz. - Dann zeigen Sie nicht mit dem Finger auf andere.

Sie wissen, der Satz von Gustav Heinemann lautet: „Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst.“

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil die Kollegin Heinold das angesprochen hat, will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich das, was Finanzminister Peer Steinbrück macht, außerordentlich richtig und verantwortungsvoll finde. Das ist notwendig. Ich will noch einmal sagen: Den Bürgern zu vermitteln - es glaube doch niemand, dass das, was wir gerade erleben, nicht realwirtschaftliche Folgen mit erheblichen Folgen für Arbeitsmarkt und die Haushalte hat; in Amerika ist es direkt Haushaltsgeld -, es sei irgendetwas moralisch daran, Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, teile ich überhaupt nicht. Im Gegenteil. Denen zu sagen: „Ihr müsst warten, das, was eigentlich notwendig ist, tun wir nicht, aber bei dem anderen gleichen wir aus“, das ist nicht moralisch, das ist nicht vernünftig, und das darf man auch nicht tun. Wenn man dieses Thema verschweigt - lassen Sie mich das glasklar sagen -, dann ist das ein Konjunkturprogramm für radikale Parteien. Das will ich als Vertreter einer demokratischen Partei nicht.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Mit dem größten Vergnügen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Dr. Stegner, habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden, dass wir für den Fall, dass die HSH Nordbank mit einer Kapitalbedarfsanfrage an den Landtag herantritt, Nein sagen sollen?

- Wissen Sie, Herr Oppositionsführer: Dass ausgerechnet Sie sich trauen, hier selbst das Thema Glaubwürdigkeit in der Politik anzusprechen, finde ich bemerkenswert. Ich habe vorhin in aller Bescheidenheit darauf hingewiesen -

(Dr. Ralf Stegner)

(Zuruf von der CDU: Das können Sie gar nicht!)

ich will das hier wiederholen -: Wenn sich diejenigen, die uns empfohlen haben, auf das Kapitaldeckungsprinzip zu setzen - dazu gehören Sie in allen möglichen Bereichen dazu -, durchgesetzt hätten, hätten wir heute das Problem, dass Millionen von Rentnern nicht wüssten, wo ihre Altersversicherung oder ihre Gelder für die Pflegeversicherung sind. Dann hätten wir eine richtige Staatskrise. Sie sollten sich also nicht hier hinstellen und glauben, Sie könnten anderen Leuten Vorschriften machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Herrn Berger übrigens mit keinem Wort kritisiert. Ich bin froh darüber, dass die HSH Nordbank vernünftig geführt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Aber wir stellen fest, dass auch deutsche Banken, auch die Landesbanken, natürlich in einer international verflochtenen Welt mit die Schäden von dem davontragen, was insgesamt passiert.

Ich mache es mir eben nicht so einfach wie Sie und versuche auch nicht, die Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen, sondern ich sage: Die Bürger, die mit ihren **Steuern** diesen Staat finanzieren, haben ein Anrecht darauf, dass man sie so behandelt, dass sie von ihrer Arbeit leben können und dass wir etwas für Bildung tun und dass wir ihnen nicht sagen: „Tut uns leid, da hat der eine oder der andere versagt; kommt mal mit Steuermillionen bei, aber ihr habt das Nachsehen.“ Das ist nicht in Ordnung. Denn die Leistungsträger in dieser Gesellschaft sind teilweise nicht die mit den höchsten Gehältern - das will ich einmal ganz deutlich sagen -, sondern diejenigen, die hart arbeiten, um mit ihren Familien zurechtzukommen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie malen sich die Welt ziemlich schlicht. Ich verstehe das. Wenn man jahrzehntelang in der Opposition ist, hat man es schwer, Regierungsverantwortung zu lernen.

Beim Thema Kindertagesstätten reden wir darüber, wie wir die finanzieren, Kollege Wadephul. Wir haben etwas miteinander vereinbart. Ich setze darauf, dass die Vereinbarung, die wir am 1. Oktober geschlossen haben, umgesetzt wird. Wir haben bewusst darauf verzichtet, das parteitaktisch zu betrachten.

(Lachen bei der FDP - Zurufe von der CDU)

Wir wollten einen Fortschritt für die Eltern und für die Kinder in diesem Land haben.

Damit bin ich bei meiner letzten Bemerkung. Wir haben das auch wegen Folgendem getan - nur deshalb haben wir den Verzicht auf die Verwaltungsstrukturreform mitgetragen; Sie haben Recht, ich habe gesagt, ich wünsche mir das; das war nicht durchsetzbar -: Das, was wir bekommen haben, ist es wert, dass wir sagen: Es wird in der nächsten Legislaturperiode angefasst.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Bevor ich das Wort zum nächsten Kurzbeitrag erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Schülerinnen und Schüler der Christian-Timm-Realschule aus Rendsburg, Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen am Ravensberg in Kiel und Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Plön. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Fraktionsvorsitzender Jo Wadephul hat darauf hingewiesen, dass ein beitragsfreies Kindergartenjahr, vom Land finanziert, letztlich aus **Kredit** bezahlt wird. Die Kollegin Heinold hat das als unseriösen Finanzierungsvorschlag gebrandmarkt. Das ist ein Missverständnis, Frau Kollegin Heinold. Das ist kein Finanzierungsvorschlag. Das ist eine nüchterne Beschreibung der Tatsachen.

Unser Ziel als Union ist es, schnellstmöglich einen **Haushalt** zu erreichen, der gänzlich **ohne neue Schulden** auskommt. Wir sind froh, dass wir dieses Ziel mit unserem Koalitionspartner jetzt vereinbaren konnten

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

entsprechend dem Datum, das wir als CDU immer in unserem Wahlprogramm stehen hatten, nämlich das Jahr 2015.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(Tobias Koch)**

Einen Haushalt, der 2015 ohne Kreditaufnahme auskommt, haben wir gemeinsam vereinbart. Das ist unser Ziel, Frau Kollegin Heinold.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das weiß der Finanzminister nur noch nicht!)

Interessanter fand ich, dass Sie Ihren Finanzierungsvorschlag auf den Tisch gelegt haben. Dieser Finanzierungsvorschlag lautet: Steuererhöhungen - das ist Ihr Finanzierungsvorschlag - in Form einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

Da möchte ich Sie fragen: Ist Ihnen bewusst, wer diese **Grunderwerbsteuer** bezahlt? Ich möchte Ihnen sagen: Ich habe diese Grunderwerbsteuer bezahlt, als meine Frau und ich 2006 das Grundstück für unser Eigenheim gekauft haben. Warum haben wir das getan? Wir haben 2006 gekauft, weil 2005 unser erster Sohn geboren wurde. Es sind die jungen Familien, die aus ihrer Etagenwohnung ausziehen, die sich ein Eigenheim kaufen, die dann Grunderwerbssteuer bezahlen müssen. Sie versprechen also den jungen Familien: Ihr bekommt ein beitragsfreies Kindergartenjahr, müsst es aber durch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer selber bezahlen. Das nennen Sie dann einen seriösen Finanzierungsvorschlag! Ich bitte Sie!

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Auch die Grünen hören bitte zu! - Herr Matthiessen, auch die Grünen hören bitte zu!

**Tobias Koch [CDU]:**

Es ist eine absolute Mogelpackung, jungen Familien etwas zu versprechen und gleichzeitig dieselben jungen Familien bezahlen zu lassen. Ich glaube, Sie müssen noch lange darüber nachdenken, bis Sie seriöse Finanzierungsquellen finden. Dazu sind auch die Grünen aufgefordert. Wir würden uns über Ihre seriösen Vorschläge freuen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich stelle fest, Herr Kollege Matthiessen, bisher liegen von Ihnen keine seriösen Vorschläge auf dem Tisch.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Was sich die CDU hier leistet, zeigt, in welchen Welten Sie leben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ehemalige Bauministerin weiß ich sehr viel über Hausfinanzierungen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Im Gegensatz zu Ihnen kenne ich den Unterschied zwischen einer Mietwohnung, einer Sozialwohnung und einem Eigenheim und das, was man dafür aufbringen muss, sehr gut. Wenn Sie jetzt von den jungen Familien sprechen, die in der Tat höhere Kosten aufbringen müssten für ein Eigenheim, und zwar in einer Dimension, wie das gerade die Kollegin Heinold gesagt hat, dann ist das ein riesiger Unterschied zu den Familien, die schon Mitte des Monats keine warme Mahlzeit mehr für ihre Kinder haben. Über die reden wir. Aber das ist bei Ihnen noch gar nicht angekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zu Ihrem Vorwurf der Unseriosität! Der Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, hat, ohne dass es diesen Vorwurf gab, genau unseren Vorschlag realisiert. Er hat die Grunderwerbsteuer von 3,5 % auf 4,5 % erhöht. Da hat in Hamburger niemand deswegen keine Häuser mehr erworben.

Kommen wir zurück zur Sache! Sie haben keinen einzigen neuen Finanzierungsvorschlag. Sie haben auf eine Luftnummer gebucht, die offensichtlich die CDU nie richtig ernst genommen hatte. Die SPD muss ich da in Schutz nehmen. Sie wollte offensichtlich die Verwaltungsreform; Sie wollten sie nie. Sie haben von vornherein auf eine Luftnummer gebucht, und jetzt werfen Sie der SPD zu Recht vor, dass kein neuer Vorschlag da ist. Sie haben sich aber mit unserem Vorschlag nie seriös beschäftigt. Er liegt seit April auf dem Tisch, und er ist realisierbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein, ich erlaube jetzt keine Zwischenfrage.

Ich muss Ihnen sagen: Sie haben unseren Vorschlag offensichtlich nie ernsthaft geprüft. Sie haben keinen Gegenvorschlag gemacht.

Über die **Qualität** von Kindertagesstätten hat sich die große Koalition überhaupt noch nicht unterhalten. Nur die Opposition hat hierzu Anmerkungen gemacht, die Sie ernst nehmen müssen; denn wir können doch den Eltern keine Mogelpackung verkaufen. Wir können für diese Kindergartenfreiheit doch keine Verwahranstalten anbieten. Wir wollen wirklich gute Kindergärten. Deswegen müssen Sie sich sowohl hinsichtlich der **Finanzierung** als auch der Qualität mit unserem Antrag auseinandersetzen, wenn Sie aus der Falle, die Sie sich selbst gestellt haben, wieder herauskommen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte den Versuch unternehmen, daran zu erinnern, dass dieses Thema eigentlich erst etwas bewirkt, wenn es umgesetzt wird. Das ist also kein Thema, das hier als Luftblasenthema abgehandelt werden kann, ein Thema, bei dem man im Übrigen alles das noch einmal ansprechen kann, was man sonst noch so im Programm stehen hat.

Ich möchte daran erinnern, was schon der alte Bert Brecht gesagt hat: Die Wahrheit ist konkret! Das ist sie wirklich. Darum ist es natürlich äußerst relevant, zu fragen: Wie soll das, was jetzt im Raum steht, umgesetzt werden? Wie kommt das bei den Betroffenen an? Es ist keine Kleinkariertheit, zu fragen, wie die Kommunen überhaupt mit der Summe, die jetzt im Raum steht, nämlich 120 € im Monat, klar kommen sollen. Ich kann sagen: Damit kommen die Kommunen nicht klar. Ich weiß natürlich von der Ministerin, weil sie das im Ausschuss gesagt hat, dass das erst einmal eine Durchschnittssumme ist und man noch einmal genau rechnen wird. Aber das, was im Raum steht, führt dazu, dass die Kommunen jetzt schon auf die Barrikaden gehen. Das ist nicht konstruktiv, wenn es darum geht, etwas für die Menschen und die Familien im Land zu bewegen.

(Beifall bei SSW und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt - und das liegt mir wirklich am Herzen -: Wir haben in den vergangenen Jahren im Finanzausschuss immer wieder, nicht zuletzt auch auf Antrag der Kollegin Heinold, darüber diskutiert, was eigentlich eine Investition ist und was man mit dazu rechnen müsste. Bildung, sagten wir mal im Finanzausschuss, ist eigentlich eine Investition in die Zukunft und müsste dann mit eingerechnet werden. Darum platzt mir mittlerweile der Kragen, wenn hier so getan wird, als sei unsere Gesellschaft ein Kaufmannsladen oder ein Wirtschaftsbetrieb. So kann man nicht rechnen. Man muss natürlich in die Zukunft investieren.

Lieber Kollege Feddersen, der Kollege Stegner hatte natürlich recht.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

- Ich habe ja gehört, was Sie zu den Schulden und so weiter gesagt haben. Richtig ist natürlich, dass es 1988 in diesem Land fast keine Kindergartenplätze gab. Das ist ja eine Tatsache; das kann man nachlesen. Das heißt, diese Investition in die Zukunft hat man nicht rechtzeitig getätigt. Darum haben wir jetzt auch größere Probleme als vielleicht andere Länder.

Letzte Bemerkung: Das beitragsfreie Kindergartenjahr - das sagten meine Vorredner schon - ist natürlich durchaus sinnvoll, wenn es darum geht, den Einstieg in die 1. Klasse der Schule zu erleichtern. Das hängt zusammen.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Die drei Minuten sind abgelaufen!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ja; ich bin jetzt fertig. - Ich möchte nur noch sagen: Es muss eine Qualitätsdiskussion zu diesem Punkt geführt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die erreichen wir nicht, wenn wir einfach nur sagen: Beitragsfreies Kita-Jahr.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Astrid Höfs.

**Astrid Höfs [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, was eigentlich die Eltern über eine derartige Diskussion denken, die hier heute stattfindet.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Wir diskutieren hier doch über ein beitragsfreies Kindergartenjahr und nicht über die finanzielle Situation des Landes. Das sind zwei unterschiedliche Diskussionen.

(Widerspruch bei der CDU)

Es gibt irgendwo einen Zusammenhang,

(Lachen bei CDU)

aber solange es nicht im Kopf ist, was vorrangig ist, kann man diskutieren, was man will. Es muss darüber diskutiert werden, dass eine gesellschaftliche Veränderung erforderlich ist, eine Strukturänderung. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir vor uns haben. Von daher sind auch alle für diese Aufgabe verantwortlich, auch finanziell. Es muss dann wirklich festgelegt werden, wer was bezahlt. Aber von vornherein mit einer finanziellen Diskussion zu beginnen und damit alles tot zu reden und die Änderungen nicht vorzunehmen, so geht das auch nicht. Das muss ich ganz deutlich sagen.

Wir brauchen beitragsfreie Kindertagesstätten. Die Kinder müssen wesentlich früher in die Kindertagesstätten gehen. Nur so sind wir in der Lage, vernünftige Lebenschancen aufzubauen. Da muss die finanzielle Situation geregelt werden. Ich meine, das können wir auch. Wir werden das bis dahin auch regeln. Die **Strukturänderung** muss vorgenommen werden. Von daher ist das im Moment vorrangig. Wir müssen den Kindern die Möglichkeit geben, gute Lebenschancen zu haben.

Es ist angesprochen worden, ich glaube, von der Ministerin, die Aussage von der OECD und von anderen: Jeder für Kindertagesstätten ausgegebene Euro kommt fünf- bis sechsmal zurück. Davon werden wir irgendwann profitieren und das auch spüren.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen.

**Heike Franzen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine liebe Frau Birk, vielleicht hätten Sie die Möglichkeit, mir zuzuhören. Wenn Sie sich über das Bild, aus dem die CDU kommt, Gedanken machen, dann will ich Ihnen gern sagen, welches Bild wir haben. Wir haben ein Bild von Familie. Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Wenn wir über die Kindertagesstätten reden, dann wollen wir Kindertagesstätten, die flexibel sind, die ausgebildete, flexible Betreuerinnen haben, die flexible Öffnungszeiten haben und die den Ansprüchen der Kinder in unserer Gesellschaft gerecht werden.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Wir leben das!)

Das ist genau das, was Jürgen gerade sagte: Wir leben das in dieser Form auch. Wir sind diejenigen gewesen, die darauf gedrungen haben, gerade zur **Qualitätsverbesserung innerhalb der Kindertagesstätten** den Bildungsauftrag im Kindertagesstättengesetz zu konkretisieren. Wir sind auch diejenigen gewesen, die darauf gedrungen haben, dass es gerade im letzten Kindergartenjahr eine enge Verzahnung zwischen Grundschule und Kindergarten gibt, um den Kindern die Möglichkeit zu geben, mit einem wirklich guten Pfund in die Grundschule zu starten, beispielsweise aufgrund von Sprachkursen. Uns kann man weiß Gott nicht vorwerfen, wir wären diesbezüglich weltfremd.

Auf der anderen Seite muss man auch fragen: Wie reden Sie eigentlich über das Personal in unseren Kindertagesstätten, Frau Birk?

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist wirklich diskriminierend. Man kann darüber reden, ob Kindertagesstätten finanziell tatsächlich gut genug ausgestattet sind.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sie doch getan!)

Mehr kann man immer wünschen. Aber wenn Sie sich hinstellen und sagen, unsere Kindertagesstätten hätten eine schlechte Qualität, würde ich Ihnen gern einmal den letzten Bericht der Bertelsmann Stiftung zur Lektüre empfehlen, die nämlich die Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein durchaus im oberen Drittel sieht. Ich finde, das ist eine Leistung der Kommunen, der Eltern und Erzieher vor Ort.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich finde es beschämend, wie Sie sich hier hinstellen und die Qualität in unseren Kindertagesstätten kleinreden.



(Heike Franzen)

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will abschließend sagen, dass wir in der CDU die Kinder und deren Bedürfnisse immer im Vordergrund gesehen haben und nicht, wie Sie uns vorwerfen, allein die fiskalischen Mittel. Wir wollen vielmehr beides unter einen Hut bekommen: einen vernünftigen Landeshaushalt und die vernünftige Betreuung von Kindern in unseren Kindertagesstätten.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Anträge sind nicht gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**Betreuungsassistentinnen und Betreuungsassistenten für Demenz gemäß § 87 b SGB XI**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2265

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Somit eröffne ich die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz erhalten pflegebedürftige Menschen, die an Demenz leiden, einen zusätzlichen Anspruch auf Betreuung. Dem will die Bundesagentur für Arbeit Rechnung tragen, indem sie bundesweit bis zu 10.000 Langzeitarbeitslose ermittelt, die für eine solche Tätigkeit geeignet sind. Sie will für diesen Personenkreis eine Qualifizierungsmaßnahme von 160 Stunden organisieren. Später sollen diese Leute bei Vollzeitarbeit bis zu 1675 € brutto verdienen.

Hierbei geht es auch um eine Qualitätsdiskussion. Deshalb melden wir an dieser Stelle unsere Zweifel an, ob dies eine sachgerechte Bezahlung ist; denn die Aufgabe ist anspruchsvoll.

Überschlägig geht man davon aus, dass bundesweit derzeit rund 35.000 ehemalige Fachkräfte aus Pflegeberufen arbeitslos sind. Ich wollte diese Zahl nicht glauben, weil sie so hoch klingt. Die Quellen, die ich dazu gefunden habe, geben diese Zahl an.

Aber wie es auch immer sei, offensichtlich scheint die Zahl sehr groß zu sein. Auch aus diesem Pool möchte die Bundesagentur schöpfen, allerdings ohne diesen Menschen vor Aufnahme der neuen Tätigkeit eine Qualifizierungsmaßnahme zu ermöglichen. Das finden wir falsch. Das wird Sie wundern. Aber die Altenpflegeausbildung in der bisherigen Form, die diese Menschen in den früheren Jahren erhalten haben, und erst recht die Ausbildung in anderen **Pflegeberufen** berücksichtigt die spezifischen Anforderungen bei **Demenz** nach wie vor gar nicht oder nicht ausreichend.

Die ersten Kräfte sollen nun schon zum 1. Januar 2009 anfangen. Zeitgleich sollen auch die Qualifizierungsmaßnahmen beginnen. Die Suche nach geeigneten Kräften in den Arbeitsagenturen und die Vorbereitung der Ausschreibung dieser Qualifizierungsmaßnahmen beginnen schon. Wer also jetzt noch Einfluss nehmen will, der muss handeln.

In den gemeinsamen Richtlinien der Pflegekassen sind bereits die wichtigsten Details für den Einsatz der Betreuungsassistentinnen und -assistenten für die **Qualifizierung** festgeschrieben. Daraus geht hervor: Einsatzort sind vor allem stationäre Pflegeeinrichtungen.

Diese Neuregelung ist ein Eingeständnis. Die Pflegekräfte, zu deren Berufsauftrag die Aktivierung der Menschen gehört, haben hierfür keine Zeit. Aktivierende Pflege - Fehlanzeige! Daher überträgt man diesen anspruchsvollen Auftrag jetzt auf die Betreuungsassistentinnen und -assistenten. Dies ist aus unserer Sicht ein widersinniges Unterfangen, sollen diese doch in Verantwortung, Bezahlung und Hierarchie unter den Pflegekräften stehen. Fachverbände wie der Berufsverband für soziale Arbeit und ver.di haben prompt heftige Kritik angemeldet. Statt mehr Menschlichkeit für alte Menschen befürchten sie einen weiteren Spar- und Dequalifizierungsprozess in der Pflege mit negativen Folgen für die zu Pflegenden.

Ist dies nur die Kritik berufsständischer Besitzstandswahrung oder ein neuer Aufhänger für die Mitgliederwerbung einer Gewerkschaft? Ich halte die Befürchtungen der Kritiker für berechtigt.

Deshalb haben wir mit unserem Antrag Kriterien für die Qualifizierung und den Einsatz der neuen Betreuungsassistentinnen und -assistenten, wie immer man zu dieser Berufsbezeichnung steht, gesetzt. Auch unser Vertrauen in die Praxis der **Arbeitsagentur** ist nicht unendlich. Wir wollen, dass sich die Sozialministerien und die Arbeitsministerien gegenüber der Bundesagentur einschalten und

(Angelika Birk)

dass man sich über Qualitätskriterien und über deren Evaluation verständigt.

Ein bisschen vorlesen und mit alten Leuten spazieren gehen, das kann doch jeder, der nur ein Herz hat. Das machen Angehörige oder liebevolle Ehrenamtliche doch auch ganz ohne Diplom. Wenn man Geld dafür bekommt, erübrigt sich doch jede Kritik. - So werden vielleicht jetzt einige von Ihnen denken. Aber dies ist falsch gedacht.

Wer von Ihnen im persönlichen Umfeld schon einmal mit dem Thema Demenz konfrontiert wurde, weiß, dass ich recht habe. Mit demselben Vorurteil - hier kommen wir auf unsere vorherige Debatte zurück - wurde früher häufig über Kindererziehung in Kindertagesstätten gespottet, getreu nach dem Motto: Jede Mutter kann automatisch auch den Beruf als Erzieherin oder Sozialpädagogin ausüben. Wir wissen heute, dass das falsch ist und dass das dem Gedeihen vieler Kinder geschadet hat.

Wenn ich vorhin das Wort „Bewahranstalten“ benutzt habe, dann nicht, um damit die heutigen Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein zu bezeichnen, sondern um eine Negativvision zu zeigen, die eintritt, wenn man spart, wenn man davon ausgeht, dass man aus denselben Menschen immer noch mehr herauspressen kann.

(Frauke Tengler [CDU]: Ich dachte, Sie wollten sich dafür entschuldigen!)

Das geht in Kindergärten schief, und das geht auch in der Pflege schief.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Halten Sie sich vor Augen: 70 % der Bewohnerinnen und Bewohner in den Altenpflegeeinrichtungen sind demenziell erkrankt. Ich habe nur noch wenig Zeit und möchte deshalb lediglich noch auf die drei wichtigsten Forderungen unseres Antrags hinweisen.

Wir wollen erstens, dass sich die Arbeitslosen wirklich freiwillig melden und nicht unter gesetzlichem Druck. Das ist die wichtigste Forderung. Alles andere wäre eine Zumutung.

Zweitens wollen wir, dass sich die Qualifizierung an Berufen orientiert, die mit psychischen Leiden zu tun haben und nicht ausschließlich an Körperpflege und dergleichen.

Wir wollen drittens, dass versierte Träger aus der Gerontopsychiatrie wie zum Beispiel die „Brücke“ oder „Pflege lebensnah“ oder die Alzheimer Gesellschaft den Auftrag zur Qualifizierung bekommen und dass nicht im Rahmen einer internationalen

Ausschreibung jemand mit Dumpingpreisen versucht, ein X für ein U vorzumachen. Das sind wir unseren alten Menschen schuldig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Angelika Birk. - Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es besteht ein Mangel an Pflegekräften, insbesondere im stationären Bereich, da die Anzahl pflegebedürftiger, demenziell veränderter Menschen steigt. Nach der Betreuungsrichtlinie gemäß § 87 b SGB XI zur Qualifikation und zu den Aufgaben von zusätzlichen Betreuungskräften in Pflegeheimen können vollstationäre **Pflegeeinrichtungen** zusätzliche Betreuungskräfte für Heimbewohner einsetzen, die infolge psychischer oder demenzieller Erkrankung oder geistiger Behinderung dauerhaft erheblich in ihrer Alltagskompetenz eingeschränkt sind.

In der Präambel der Betreuungsrichtlinie heißt es:

„Pflegebedürftige Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen, psychischen Erkrankungen oder geistigen Behinderungen ... haben in der Regel einen erheblichen allgemeinen Beaufsichtigungs- und Betreuungsbedarf. Ihre Versorgungssituation in der stationären Pflege wird überwiegend als verbesserungsbedürftig angesehen. Mit der Zahlung von leistungsgerechten Zuschlägen zu den Pflegesätzen für die zusätzliche Betreuung und Aktivierung von Heimbewohnern nach den Regeln des § 87 b SGB XI werden den Pflegeheimen finanzielle Grundlagen gegeben, eine bessere Betreuung für die Betroffenen im Sinne der von den Fachverbänden geforderten ‚Präsenzstrukturen‘ zu organisieren ...“

So weit die Präambel. Mit dieser Präambel und den folgenden Paragrafen werden sowohl Zielsetzung als auch Anforderung und Qualifikation klar definiert. Für die Ausübung der Betreuungsassistenten ist kein therapeutischer oder pflegerischer Berufsabschluss erforderlich.

Die Pläne der Bundesagentur für Arbeit, Tausende schwer vermittelbare Arbeitslose beziehungsweise

(Ursula Sassen)

Langzeitarbeitslose für die **Betreuung Demenzkranker** einzusetzen, finden ein unterschiedliches Echo. Wer sich der Betreuung Demenzkranker widmen möchte, muss um die schwierige Aufgabenstellung wissen und dafür geeignet sein. Die Betreuungsrichtlinie zeigt grundlegende Anforderungen an die Betreuungskräfte auf, die ich hier nennen möchte: eine positive Haltung gegenüber kranken, behinderten und alten Menschen, soziale Kompetenz und kommunikative Fähigkeiten, Beobachtungsgabe und Wahrnehmungsfähigkeit, die Bereitschaft und Fähigkeit zu nonverbaler Kommunikation, Fantasie, Kreativität und Flexibilität, psychische Stabilität, Fähigkeit zur Reflexion des eigenen Handelns und so weiter. Diese Tugenden erfüllt manch ein Manager nicht.

Damit ist die Messlatte für das Anforderungsprofil hoch gesetzt und der Kreis derer, die letztlich infrage kommen, relativ klein und nur bedingt unter Langzeitarbeitslosen zu finden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer jedoch die Kriterien erfüllt, ist - unabhängig davon, ob er Langzeitarbeitsloser oder sonstiger Bewerber ist - ein guter Begleiter für Betreuungsbedürftige.

Wenn dann noch die vorgeschriebene Ausbildung durchlaufen wird, können die Pflegebedürftigen von der Betreuungskraft für demenziell veränderte Menschen, von der sogenannten Demenzassistentin, profitieren und **Pflegekräfte** entlasten. Es gibt bereits Beispiele qualifizierter und vom Arbeitsamt geförderter Maßnahmen mit staatlicher Anerkennung auf der Grundlage der Betreuungsrichtlinie, beispielsweise das „Auditorium Südwestfalen“.

**Betreuungsassistenten** können Fachkräfte nicht ersetzen. Der in der Präambel festgelegte Grundsatz, dem erheblichen allgemeinen Beaufsichtigungs- und Betreuungsbedarf gerecht zu werden, ist die eigentliche Aufgabe. Wer glaubt, durch Betreuungsassistenten Fachkräfte und Kosten einzusparen, interpretiert § 87 b SGB XI falsch.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Interessierte und geeignete Arbeitslose für die **Demenzassistenz** zu gewinnen, ist ein guter Ansatz. Im Interesse der Pflegebedürftigen ist jedoch die Eignung und Freiwilligkeit der Entscheidung für dieses Berufsbild Voraussetzung. Sonst ist das Ziel verfehlt.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Ursula Sassen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Jutta Schümann.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zunächst gefragt, was dieser Antrag eigentlich soll. Das ist mir jetzt durch den Beitrag ein bisschen deutlicher geworden. Aber nichtsdestotrotz habe ich dazu einiges vorzutragen.

Erstens. Die Betreuung von Menschen mit **Demenz** gewinnt an Bedeutung; das ist nichts Neues. Das wissen wir seit Jahren. Jeder, der sich mit dem demografischen Wandel beziehungsweise mit der Hochaltrigkeit beschäftigt, weiß, dass mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit wächst, an Demenz zu erkranken, und das gilt leider insbesondere für Frauen, weil sie älter als Männer werden.

Zweitens. Blickt man zurück, so stellt man fest, dass in der Altenpflege das Thema Demenz oder auch das große Thema Gerontopsychiatrie eher nachrangig betrachtet wurden, und entsprechend fehlten auch die Ausbildungsinhalte für Pflegekräfte im Altenhilfebereich. Gleichmaßen waren die Versorgungsstrukturen auf die körperlichen Beeinträchtigungen älter werdender Menschen, nicht aber auf psychische Veränderungen ausgerichtet.

Drittens. Diese Einschätzung hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Wir wissen, dass es eine Unter- und auch Fehlversorgung von vielen Demenzkranken gibt. Wir wissen auch, dass nicht einmal jeder fünfte Patient Medikamente wegen seiner Demenz bekommt, und nach wie vor ist die Betreuung in der Familie oder in den Heimen meist nicht auf die Bedürfnisse und die restlich verbliebenen Fähigkeiten der Kranken abgestimmt. Allerdings haben wir zwischenzeitlich eine Menge an Verbesserungen und Maßnahmen eingeleitet.

Volkswirtschaftlich müssen wir feststellen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr Demente zu versorgen sein werden - bei immer weniger personellen und finanziellen Mitteln. Insofern ist natürlich zu begrüßen, dass die Bundesregierung und die Pflegekassen zusätzliche **Betreuungskräfte** für die **Pflege** gewinnen wollen.

Das ist natürlich auch für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II eine Chance. Schließlich ist die Ge-

(Jutta Schümann)

sundheits- und Pflegebranche ein Wachstumsmarkt, und es ist somit von den Arbeitsagenturen konsequent, Arbeit suchende Menschen in diesen Markt zu integrieren. Allerdings sollte dies nicht um jeden Preis und nicht mit Zwang erfolgen; das habe ich bisher aber auch nirgendwo gehört. Darunter leidet die Qualität von Pflege. Das geht zulasten der Ergebnisqualität in den Pflegeheimen, und auch die Prozesse sind möglicherweise durch Menschen, die mit geringerem Engagement tätig werden, nicht optimal.

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

Anders ausgedrückt: Arbeitslose, die eine Zusatzqualifikation durchlaufen müssen, weil sie ansonsten finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, werden sicherlich nicht mit großer Motivation ihre verantwortungsvolle Aufgabe durchführen. Genau das ist aber notwendig, wenn man sich insbesondere im Bereich der Pflege intensiv engagieren will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es versteht sich von selbst, dass die **Betreuungsassistenten für Demenz** korrekt geschult werden und dass diese Schulungsinhalte selbstverständlich mit den traditionellen Ausbildungsgängen für Altenpflege und Krankenpflege sowie gerontopsychiatrischen Sonderausbildungen in Einklang gebracht werden müssen.

Es ist auch selbstverständlich, dass diese Assistenten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen angestellt werden müssen. Sie sind nicht als Ersatz - vielleicht sogar als billiger Ersatz - für Pflegekräfte zu sehen, sondern sie sind ein zusätzliches wichtiges Element im Bereich der Betreuung und Pflege von demenzkranken Menschen, die neben den traditionellen Altenpflege- und Krankenpflegekräften ergänzende Aufgaben übernehmen. Deshalb ist bei Einsatz dieser Assistenten auch der Nachweis der Zusätzlichkeit zu erbringen, und sie dürfen auch nicht bei der zugrunde zu legenden Fachkraftquote berücksichtigt werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

All dies sind Faktoren, die aufzeigen, dass es zusätzlich stattfinden muss.

Liebe Kollegin Birk, nicht verstanden habe ich, warum Sie fordern, dass Arbeitslose aus dem Pflegebereich ebenfalls eine entsprechende Qualifikation durchlaufen müssen, wenn sie sich für diese Betreuungsassistenz interessieren. Ich weiß nicht, an welche Arbeitslosen Sie denken. Wir wissen seit Langem, dass Arbeit suchende Pflegekräfte - insbe-

sondere Altenpflegekräfte - häufig nach circa sieben Jahren aus ihrem originären Arbeitsfeld aussteigen, weil sie zum Beispiel keine Aufstiegs- oder Karrierechancen haben. Die meisten allerdings verlassen ihren Arbeitsplatz, weil sie die Arbeitssituation nicht mehr ertragen können. Arbeitserwartung und persönliche Erwartung klaffen eklatant mit der Pflegerealität auseinander. Das ist für die meisten so unerträglich, dass sie nicht mehr bereit sind, überhaupt zurückzukehren.

Ich fasse kurz zusammen: Positiv herauszustreichen ist, dass wir eine weitere Versorgungskomponente im Bereich der Dementenversorgung durch die Betreuungsassistenz geschaffen haben. Es ist gut, dass dies auch in Abgrenzung zu den anderen Berufen gesetzlich vorgeschrieben und geregelt wurde. Ich stelle fest, dass Dauer und Inhalt der **Qualifizierung** von Interessierten durch die bestehenden Betreuungsrichtlinien bereits jetzt detailliert geregelt sind.

Insofern kann ich nur noch einmal wiederholen: Uns ist nicht so ganz deutlich geworden, welche Zielrichtung dieser Antrag in Gänze hat. Wir sollten ihn im Ausschuss beraten, und deshalb plädiere ich dafür, ihn an den Ausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Jutta Schümann und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ein bisschen Angst davor, dass eine vom Grundsatz her gute Idee, die mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz und § 87 b SGB XI auf den Weg gebracht wurde, zerredet wird, bevor man sich im Detail mit diesen Möglichkeiten auseinandergesetzt hat.

Ich verstehe Ihren Antrag, liebe Kollegin Birk, vor allem als Mahnung, sich tatsächlich an das zu halten, was in dem Gesetz festgeschrieben wurde, und ich gebe Ihnen recht, dass es sich bei dem Einsatz von **Pflegeassistentinnen** beziehungsweise Pflegeassistenten natürlich um eine Gratwanderung handelt. Denn die Situation von Pflegeeinrichtungen hat sich gegenüber dem Zustand noch vor zehn Jahren dramatisch geändert. Vor diesem Hintergrund wissen wir, dass Mitarbeiter zusätzliche Unterstützung gut gebrauchen können. Denn die Betreuung

(Dr. Heiner Garg)

von Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz ist eine sehr sensible und anspruchsvolle Aufgabe. Die oftmals schwierige Betreuungssituation erfordert neben fachlichem Wissen notwendigerweise auch die Zusammenarbeit in einem professionellen Pflegeteam.

Allerdings ist die Vorstellung - in diesem Sinn verstehe ich auch die Mahnung von Frau Birk -, dass in einem Schnellkurs erworbenes Wissen und ein Betreuungspraktikum ausreichen sollen, um schwer kranke und psychisch veränderte Menschen betreuen zu können, etwas problematisch. Schließlich kann man einen Menschen nicht auseinanderdividieren. Man kann ihn einerseits nicht nur ein „wenig“ betreuen wollen und andererseits seine komplexen Probleme völlig ausklammern. Das kann im Einzelfall funktionieren, ich glaube aber nicht, dass das generell funktionieren wird, insbesondere nicht in stationären Pflegeeinrichtungen mit vielen schwerst pflegebedürftigen Menschen.

Der Vorschlag, durch die **Bundesagentur für Arbeit** Arbeitslose zu **Betreuungsassistenten** umzuschulen, hat verständlicherweise zwiespältige Reaktionen ausgelöst. Natürlich gibt es auch unter den Arbeitslosen Menschen, die sich die Arbeit in einer Pflegeeinrichtung vorstellen können und die die für diese Tätigkeit notwendige Sensibilität und Empathie mitbringen. Was nicht passieren darf - deshalb finde ich es richtig, dass wir darüber diskutieren und uns gern auch im Ausschuss damit intensiver beschäftigen -, ist, dass Arbeitslose wahllos in Weiterbildungsmaßnahmen gesteckt werden, in der Hoffnung, sie würden später in einer Pflegeeinrichtung dann schon irgendwie damit klarkommen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Damit wird weder den zu Betreuenden noch den Pflegekräften und den dafür abgestellten Arbeitslosen ein Gefallen getan. Für einen Pflegeberuf muss man sich ganz bewusst entscheiden, und man kann nicht in einen Pflegeberuf von anderen „hineinentschieden“ werden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau diese Befürchtung, Frau Kollegin Birk, so habe ich das verstanden, greifen Sie in Ihrem Antrag auf. Ich verstehe ihn so, dass Langzeitarbeitslose niemals gegen ihren Willen von der Bundesagentur für Arbeit in entsprechende Schulungen zum Betreuungsassistenten geschickt werden sollen. Es soll verhindert werden, dass billige Arbeitskräfte womöglich Fachkräfte verdrängen.

Einige dieser Befürchtungen - das habe ich eingangs gesagt - hat der Gesetzgeber erkannt und auch aufgegriffen. Das muss man an dieser Stelle fairerweise und ganz deutlich sagen. Betreuungsassistenten sind ausschließlich in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis zu beschäftigen. Das findet man in § 87 b Abs. 1 Nr. 2 SGB XI. Betreuungsassistenten sollen eine zusätzliche - eine zusätzliche! - Betreuung ermöglichen. Das finden Sie in § 87 b Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB XI.

Daneben sind in der von der Bundesgesundheitsministerin genehmigten Richtlinie vom 25. August 2008 weitere Anforderungen im Detail festgeschrieben: Aufgabenkatalog, Qualifikation und persönliche Eignung der zu gewinnenden Menschen. Man mag im Einzelfall darüber streiten, wie das auszulegen ist, ich halte es aber trotzdem für ausgesprochen positiv, dass man sich im Vorfeld einer solchen Maßnahme ernsthaft Gedanken darüber gemacht hat, welche Erfahrungen, welche Eigenschaften Menschen überhaupt mitbringen sollen, die mit anderen Menschen in einer sehr, sehr schwierigen Lebenssituation umgehen sollen. Man hat sich darüber Gedanken gemacht, was man auf der einen Seite den Menschen, die betreuen sollen, zumutet, aber auf der anderen Seite auch darüber, was man den zu Pflegenden im Zweifel damit zumutet.

Mich hat gefreut - das sage ich an der Stelle auch ganz deutlich -, dass der Gesetzgeber diese Möglichkeit nicht aufgegriffen hat, um dem Pflegefachkraftmangel zu begegnen. Das kann man mit dieser Maßnahme nämlich nicht. Es freut mich aber, dass der Gesetzgeber endlich erkannt hat, dass es in einem Heim, in einer stationären Einrichtung mehr geben muss als eine „satt-und-sauber-medizinische Pflege“ am Menschen, sondern dass zur Pflege auch die individuelle Zuwendung zum Menschen gehört und dass gerade an Demenz erkrankte Menschen vor allem diese zusätzliche menschliche Zuwendung brauchen und oftmals weniger medizinische Grundpflege.

(Vereinzelter Beifall)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder weiß, dass Menschen in einem Pflegeheim auf kompetente Unterstützung angewiesen sind. Bewohner mit erheblichen Handicaps können sich oftmals nicht selbst waschen und benötigen Unterstützung beim Essen und Trinken. Doch es sind nicht diese Grundbedürfnisse allein, die ein Bewohner in einem **Pflegeheim** hat: Soziale Nähe, Zuhören und sich Zeit lassen sind ebenfalls Grundbedürfnisse, die leider allzu oft der hektischen Routine in den Heimen zum Opfer fallen.

Demente Bewohner haben manchmal einen nicht zu stillenden Bewegungsdrang. Sie fühlen sich in der neuen Umgebung fehl am Platz und machen sich auf eigene Faust auf den Weg nach Hause. Überforderte Pflegekräfte wissen sich manchmal nicht anders zu helfen, als die Betroffenen einzuschließen oder sogar zu fixieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es positiv, wenn **Betreuungsassistenten** die Lebensqualität der Bewohner verbessern helfen und direkt auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen können.

Doch der Teufel liegt wieder einmal im Detail. Denn so, wie die Arbeitsagenturen dieses neue Betätigungsfeld angehen, besteht die Gefahr, dass Billigjobs geschaffen werden. Wir hatten das alles schon einmal, die Diskussion um das Blätterfegen im Park oder die Betreuung von Kleinkindern als Tagesmutter. Es ist immer das gleiche Muster: Von außen werden Tätigkeiten als einfach erlernbar eingeschätzt und damit als ideale Beschäftigung für Arbeitslose. Doch der Umgang mit dementen Patienten will gelernt sein. Fachliche Standards sind unabdingbar. Bereits die Konfrontation mit psychischen Stimmungsschwankungen, die bei Demenz regelmäßig auftreten, erfordert ein hohes Maß an Professionalität. Wer in heiklen Situationen die Distanz verliert, schadet dem Bewohner und unter Umständen auch sich selbst. Darum müssen auch die Assistenten in funktionierende professionelle Netzwerke eingebunden werden.

Dabei ist noch gar keine Rede davon, dass die **Betreuung dementer Patienten** gar nicht jedermann liegt. Ungeduldige Naturen sind hier fehl am Platz, ebenso übrigens Beschäftigte, die ihren Ekelgefühlen nicht Herr werden können. Wenn also jemand in den Job gedrängt wird, ohne wirklich dafür geeignet zu sein, wird es fast zwangsläufig zu Pflege-mängeln kommen.

Die **Bundesagentur für Arbeit** will sich in diesem Zusammenhang auf die Kompetenz der Heime ver-

lassen, denen ein Letzentscheidungsrecht eingeräumt wird. Aber ich möchte die Heimleitung sehen, die nicht jeden Strohalm packt, der sich ihr bietet.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heime mit massiven Personalengpässen werden im Zweifel schon einmal darauf vertrauen, dass es alles nicht so schlimm werden wird, solange nur genügend Personal an Bord ist. Ich warne hier vor einer scheinbaren Sicherungsleine, denn letztendlich werden die Heime allein nach Kostenstruktur entscheiden. Sie können angesichts der derzeitigen Finanzierungssituation auch gar nicht anders.

Also müssen wir uns auf das Gespür und die Menschenkenntnis der Jobfinder und Berater verlassen. Gerade hier sehe ich aber die Gefahr, dass Menschen in den Job als Betreuungsassistent gezwungen werden, die eigentlich gar nicht reinpassen. Jeder vermittelte Arbeitslose ist gut für die Statistik. Das gilt nicht nur in diesem Bereich, sondern natürlich auch in anderen.

Der vorgelegte Antrag möchte dem vorbeugen, indem bei Abbruch der Qualifikationsmaßnahme ausnahmsweise keine Sanktionen erfolgen. Diese systemfremde Ausnahmeregel ist in der Praxis nur schwer handhabbar. Die Ausnahmeregelung führt zu Ungerechtigkeiten. Es stünde sogar zu befürchten, dass gerade auch Ungeeignete in die Maßnahme gedrängt werden, nach dem Motto: Es passiert ja nichts, wenn Sie abbrechen.

Alle Argumente zeigen, dass die Betreuungsassistenten eben genau das sind, was wir aus den guten alten Zeiten kennen, als Arbeitsbeschaffung noch Arbeitsbeschaffung, also ABM, hieß. Sie sind nämlich ein rein arbeitsmarktpolitisches Instrument - jedenfalls aus Sicht der Arbeitsagenturen. Wir haben viele Arbeitslose, also schneiden wir ihnen einen Job.

Doch genau andersherum wird ein Schuh daraus. Wir haben Probleme in der Versorgung dementer Bewohner von Pflegeheimen. Diese Probleme gilt es zu beseitigen. Wir haben ein pflegerisches Problem. Wir haben kaum akademische Pflegekräfte in der Betreuung dementer Menschen, wir haben eine massive Finanzierungslücke und einen dementsprechend großen Personalmangel. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes Pflegeheim muss verbessert und die Professionalisierung muss optimiert werden. Dann können wir auch über die Einsatzbereiche von Assistenten sprechen - aber erst dann.

(Lars Harms)

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Harms. - Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil die Kollegin Schümann gesagt hat, sie habe nicht ganz verstanden, warum wir den Antrag gestellt haben. Alles was hier positiv festgehalten wurde, was seitens der zuständigen Stellen bereits gemacht wurde, um bestimmte Qualitätskriterien festzuschreiben, stelle ich gar nicht in Abrede. Ich habe nur - dazu hat Herr Harms das Notwendige gesagt - erstens meine Zweifel, ob sie eingehalten werden. Deshalb meine und unsere Aufforderung mit diesem Antrag, diese Dinge auch weiter zu verfolgen.

Das Zweite ist - das ist hier noch nicht ganz klar als erledigt zu sehen -: Ich finde sowohl die Einstufung der Bezahlung als auch vor allem das Beschreibungsbild unklar. **Pflegekräfte** - Jutta Schümann, das haben Sie selber gesagt - haben meistens nicht gelernt, mit dementen Menschen umzugehen.

(Zuruf der Abgeordneten Jutta Schümann  
[SPD])

- Ja, Sie haben das in der Altenausbildung nicht gelernt. Ich stelle mir jemanden vor, der vor zwanzig Jahren die Ausbildung gemacht hat, jetzt vielleicht wegen eines kaputten Rückens in dem Beruf nicht mehr arbeitet und als Langzeitarbeitsloser auf der Liste steht. Vielleicht hätte er durchaus Lust, diese Arbeit zu machen, denkt: Na ja, ich mache noch einmal einen neuen Anfang. Aber gerade diesen Menschen darf man doch dann die **Qualifikation**, die hier mit den 160 Stunden angeboten wird, nicht verwehren nach dem Motto: Die kann das doch schon automatisch!

Das kann erst recht keine Säuglingsschwester, die in der Statistik vielleicht auch als Pflegekraft gemeldet ist. Mein Anliegen ist, dass man genau gucken muss, ob diese Leute diese Ausbildung - wenn sie denn schon angeboten wird - nicht auch brauchen. Das muss man jeweils im Einzelfall entscheiden, aber das ist bisher nicht vorgesehen.

Ich möchte noch einmal auf die Anbieterseite zu sprechen kommen. Wir haben hier im Landtag be-

reits an anderer Stelle mit Entsetzen festgestellt, was im gesamten Weiterbildungsmarkt an Dumping passiert ist. Wir haben festgestellt, dass allein Quantität und Preis und nicht die Qualität, die regionale Verankerung und vor allem auch nicht die Qualifikation, diese Ausbildung zu machen, gezählt haben. Wenn Sie sagen, dass all dies schon geschieht, dass beispielsweise die Alzheimer Gesellschaft, die Brücke oder andere Einrichtungen im Lande schon längst aufgefördert sind, diese Aus- und Weiterbildung zu machen, dass all dies prima laufe, dann will ich mich im Ausschuss gern davon überzeugen lassen. Meine Informationen lauten allerdings anders.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für einen weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Jutta Schümann das Wort.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Birk! Ich habe deshalb den Rückblick gemacht, weil wir aus einer bestimmten Pflegetradition kommen. Die Pflegeeinrichtungen waren entsprechend ausgerichtet. Sie waren danach ausgerichtet, dass die Kräfte älterer Menschen nachlassen, dass sie krank werden und meistens nach langer Pflege versterben. Die Erkenntnis, dass wir nicht nur zunehmend demente, sondern auch psychisch erkrankte Menschen und ältere psychisch kranke Menschen haben, hat sich als Erkenntnis in den letzten 15 Jahren durchgesetzt. Diese Erkenntnis ist radikal, rapide und sehr intensiv sowohl in die Ausbildung als auch in den Fort- und Weiterbildung eingeflossen. Den ersten von der Landesregierung vorgelegten Fachplan zur Gerontopsychiatrie muss man sich vielleicht noch einmal genau angucken. Er hat dies vor zehn Jahren genau aufgezeigt und deutlich gemacht. Heute baut man ganz andere **Pflegeheime**. Heute hat man ganz andere Konzepte mit zum Beispiel Altenwohnheimgemeinschaften für Demente. Dass die Umsetzung erst sukzessive erfolgt, hat auch etwas damit zu tun, dass meistens sehr viel Geld erforderlich ist und dass sich bestehende Strukturen auch baulich verändern müssen.

Ich finde es gut, dass man zu der Erkenntnis gekommen ist, dass eine **Dementenbetreuung** andere Ansprüche hat. Das heißt, dass wir andere Kräfte brauchen. Wir brauchen zum Beispiel mehr haus-

(Jutta Schümann)

wirtschaftliche Kräfte. Wir brauchen auch mehr Betreuungskräfte. Wenn Menschen körperlich noch fit, aber sehr unruhig sind, dann müssen sie ganz anders begleitet und betreut werden. Auf diese Ansprüche reagiert man zunehmend mehr. Ich finde es gut, dass die Arbeitsverwaltung dies stärker in den Blick nimmt. Ich finde es auch hervorragend, dass man dies mit einer entsprechenden **Qualifizierung** und auch mit einer entsprechenden Auslese macht.

Man muss das Kind aber auch nicht mit dem Bade ausschütten. Wenn man sich anschaut, welche Voraussetzungen man erfüllen muss, wenn man in die Krankenpflege oder in die Altenpflege geht, dann sieht man, dass man oft nicht solch hohe Hürden überspringen muss, wie sie möglicherweise von uns aufgebaut werden. Man muss dabei realistisch bleiben.

Der Kollege Baasch hat in einem Gespräch am Rande eben darauf hingewiesen: Wenn ich in diesem Bereich ehrenamtlich arbeite, dann wird dies überhaupt nicht geprüft. Dieser Bereich funktioniert sehr intensiv. Es kann doch ganz normal sein, wenn ich mit einem Dementen einmal spazieren gehe, ihm etwas vorlese oder mit ihm zusammen koche. Das ist entscheidend. Das können Profis häufig nicht leisten. Dies als Ergänzung hinzuzufügen, ist ein richtiger und völlig vernünftiger Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Landesregierung erhält die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

#### Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig, dass der Einsatz von **Betreuungsassistentinnen** und -assistenten von an Demenz erkrankten Menschen an sorgfältig formulierte Anforderungen zu knüpfen ist. Es ist auch gut und richtig, dass es eine kritische Öffentlichkeit gibt. Als die Bundesregierung dieses Programm verkündet hat, hat es bundesweit intensive Debatten gegeben. Das begrüße ich im Interesse der an Demenz erkrankten Menschen und im Interesse des Erhalts der Qualität, die wir an die Einrichtungen legen, außerordentlich.

Allerdings haben die Bundesregierung und namentlich die Bundesminister Scholz und Schmidt bereits dokumentiert, dass sie die Probleme durchaus sehen

und mit sehr konkreten Regelwerken zu erreichen versuchen, diese Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Sie wollen Qualität gesichert wissen. Insofern fand ich Ihren Antrag bemerkenswert. Die **Qualifizierung** und der Einsatz der zusätzlichen **Pflegekräfte** in der Betreuungskräfteleitlinie, die am 25. August in Kraft getreten ist, wurde erwähnt. Wer sie liest, der sieht, dass es ein sehr differenziertes Konzept zur Qualifizierung gibt. Zugleich haben das Bundesgesundheits- und das Bundesarbeitsministerium schon im August mit detaillierten Informationen auf die in der Tat zunächst sehr kritische bundesweite Debatte reagiert und alle auch in Ihrem Antrag erwähnten Punkte klargestellt. Ich will nur die wichtigsten drei Punkte herausgreifen:

Erstens. Die Bundesregierung hat ausdrücklich bestätigt, dass Arbeitslose keinesfalls gegen ihren Willen zu Betreuungs- und Aktivierungsmaßnahmen in **Pflegeheimen** verpflichtet werden. Nur motivierte und an den entsprechenden Betreuungstätigkeiten interessierte Personen werden den Pflegeeinrichtungen vorgeschlagen werden.

Zweitens. Schulungsinhalte und Dauer der Qualifizierung sind durch die **Betreuungsrichtlinie** detailliert geregelt. Der GKV-Spitzenverband der Pflegekassen hat bei der Erarbeitung der Betreuungsrichtlinie den allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse berücksichtigt. Er war dabei.

Drittens. Betreuungsassistenten arbeiten in regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, was zunächst auch unklar war. Nur der Einsatz von nachweislich zusätzlichem sozialversicherungspflichtig beschäftigten Betreuungspersonal wird überhaupt durch die Pflegekassen finanziert. Zugleich wurde klargestellt, dass die Übernahme von pflegerischen Aufgaben ausgeschlossen ist und dass die Fachkraftquote insoweit nicht berührt wird.

Ich meine also, dass in den letzten Wochen und Monaten einiges an Kritik ausgeräumt werden konnte. Selbstverständlich bleibt die Frage bestehen: Entspricht diese Theorie auch der Praxis? Insofern tun wir gut daran, darauf zu achten, dass diese theoretischen Ansprüche auch in der praktischen Wirklichkeit ankommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich meine aber, dass der **Landespflegeausschuss** dafür ein geeignetes Gremium ist. Deshalb stelle ich infrage, ob wir im Landtag jedes Detail miteinander zu diskutieren haben. Ich werde jedenfalls



**(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)**

den Landespflegeausschuss bitten, auf diesen Bereich kritisch zu achten und uns gegebenenfalls zu berichten.

Wie sieht der Stand in Schleswig-Holstein zurzeit aus? Circa 30 bis 40 Einrichtungen haben Anträge auf den Einsatz von Betreuungsassistenten gestellt. Die Betreuungsassistenten könnten Anfang November ihre Arbeit aufnehmen. Dabei kann es sich zunächst nur um Hilfskräfte handeln, die bereits eine Mindestqualifikation mitbringen. Auch diese müssen aber nach einer Übergangsregelung berufsbegleitend eine erforderliche Qualifikation absolvieren, das ist klar. Die Vergütungshöhe wird ortsüblich und damit auch regional- und trägerverbandsbezogen unterschiedlich sein. Sie wird aber tarifbezogen sein.

Ich glaube, man sollte diesen weiteren Baustein zur Verbesserung der Lebenssituation an Demenz erkrankter Menschen nicht überhöhen. Man sollte ihn aber auch nicht kleinreden. Man sollte ihm eine Chance geben und ihn als einen weiteren Baustein in dem Ansatz einordnen, die Lebenssituation an Demenz erkrankter Menschen insgesamt zu verbessern. So ordne ich ihn ein. So werde ich auch unterstützen, dass dieser Baustein tatsächlich in den Einrichtungen ankommt.

Sollte es so sein, dass die Erwartungen nicht eingelöst werden und dass von den 10.000 Stellen in Schleswig-Holstein 3 % realisiert werden können, dann wäre das nicht das Problem. Wichtig ist, dass die eigentliche Pflege durch den Einsatz von Betreuungsassistenten nicht gemindert, sondern im Gegenteil gestärkt werden soll. In diesem Sinne hoffe ich, dass dies gut auf den Weg kommt.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2265 an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Konzept zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2249

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schafft es das Land Schleswig-Holstein, ein großes Verkehrsprojekt in den nächsten Jahren tatsächlich zu realisieren, oder schaffen wir es, auch dieses Verkehrsprojekt jahre- oder jahrzehntelang kaputtzureden? Das ist die zentrale Frage, die aus meiner Sicht mit zu beantworten ist, wenn es um die Frage der Hinterlandanbindung einer festen **Fehmarnbelt-Querung** geht.

Am 14. Dezember 1999 legte die damalige Landesregierung aus SPD und Grünen per Kabinettsbeschluss fest, dass eine feste Querung des Fehmarnbells realisiert werden soll. Nachdem am 2. September 2008 das dänische Parlament mit Zweidrittelmehrheit seine Zustimmung erteilt hatte, wurde am 3. September 2008 der lang ersehnte Staatsvertrag zwischen Dänemark und Deutschland unterzeichnet. Damit wurde endlich der Grundstein gelegt für eines der bedeutendsten transeuropäischen Verkehrsprojekte der kommenden Jahre. Der 3. September 2008 - das sage ich ausdrücklich an die Adresse der Grünen, lieber Kollege Matthiessen - war ein guter Tag für Schleswig-Holstein.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Denn durch den Bau der festen Querung rücken nicht nur Schleswig-Holstein und Lolland, sondern auch Skandinavien und Westeuropa merklich zusammen. Das ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass der Austausch wächst, und zwar nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der gesellschaftliche Austausch. Schleswig-Holstein, Dänemark und Südschweden haben sich vor Jahren zur STRING-Region zusammengeschlossen. Die sieben Ziele der STRING-Initiative lauten: Wirtschaftsentwicklung, Mobilität und Infrastruktur, Kultur, Wissensaustausch, Umwelt, Natur und Landschaft, Lerngesellschaft. Die feste Fehmarnbelt-Querung will uns all diesen Zielen näherbringen.

Die Brücke wird die Mobilität der Menschen und der Unternehmen deutlich steigern. Das wird die Wirtschaftsentwicklung in der STRING-Region beschleunigen, weil die verkürzten Fahrzeiten über den Fehmarnbelt die Transportkosten senken werden und deshalb der Austausch von Waren und Per-

(Dr. Heiner Garg)

sonen, aber auch der Austausch von Kultur, Know-how und Innovationen schneller wachsen wird.

Auch den Umweltbelangen wird man gerecht, da durch den Brückenschlag eine deutliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erreicht werden kann. Eine bessere Infrastruktur zieht mehr Investitionen in die Region und schafft Arbeitsplätze in allen möglichen Dienstleistungsbereichen. Der Netto-Effekt an Arbeitsplätzen für Schleswig-Holstein wird durch den Bau positiv sein.

Zusammengefasst: Der Brückenschlag über die Vogelfluglinie schafft erhebliche Impulse für Wachstum, für Beschäftigung und für gesellschaftlichen Austausch.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] und Bernd Schröder [SPD])

Auch für den schleswig-holsteinischen Steuerzahler ist der ausgehandelte Staatsvertrag kein schlechtes Geschäft. Denn in Artikel 1 des Vertrages heißt es: „Das Königreich Dänemark wird die feste Fehmarnbelt-Querung errichten und betreiben und trägt die Kosten.“ Deutschland trägt die Baukosten der Hinterlandanbindung und hat darüber hinaus eine Exit-Option, falls die Kosten unverhältnismäßig ansteigen.

Das bedeutet nicht, dass Land und Bund nun die Hände in den Schoß legen und abwarten können, was auf dänischer Seite so alles passiert. Denn wenn alles im Zeitrahmen bleibt, dann soll 2011 mit dem Bau begonnen werden. Im Jahr 2018 sollen die ersten Züge und Autos über die Fehmarnbelt-Brücke rollen. Spätestens dann muss ein tragfähiges Straßen- und Schienennetz in Schleswig-Holstein vorhanden sein, das die dann erwarteten Verkehrsströme aufnehmen kann.

Den aktuellen Prognosen zufolge sollen 2018 jeden Tag etwa 12.000 Fahrzeuge über den Belt rollen, doppelt so viele wie heute. Dass diese Zahlen durchaus nicht unrealistisch sind, zeigen die sehr erfolgreichen Vergleichsprojekte Großer Belt und Øresund. Über die seit 1998 fertiggestellte Brücke über den Großen Belt fahren heute täglich 35.000 Autos und damit etwa sechsmal so viele wie zuletzt über die Fähren. Über die im Jahr 2000 eingeweihte Øresund-Brücke fahren heute täglich 20.000 Autos. Auch das sind weit mehr als in den Planungen veranschlagt.

Laut Bundesverkehrsministerium sollen zur Bewältigung der neuen Verkehrsströme zwei große Maßnahmen realisiert werden: Zum einen soll die Bun-

desstraße 207 zwischen Heiligenhafen und Puttgarden vierspurig ausgebaut werden. Der Bund wird dafür 90 Millionen € zahlen, das Land wird einen Teil mitbezahlen. Zum Zweiten soll die Bahnstrecke von Bad Schwartau bis Puttgarden zweigleisig ausgebaut werden. Auch hier ist eine Landesbeteiligung angedacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bislang fehlt jedoch jegliches Konzept, auf welche Weise die Hinterlandanbindung realisiert werden soll. Auch fehlt jedes Konzept, wie und aus welchen Mitteln die **Hinterlandanbindung** finanziert werden soll.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ungeklärt ist, ob das Geld aus dem Bundesverkehrswegeplan genommen werden soll oder ob andere **Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein** zurückgestellt werden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- So sind wir von der FDP, Kollege Matthiessen, wir haben in der Regel gute Erkenntnisse. - Unklar ist, wie viel überhaupt an Bundesmitteln bereitstehen und wie viel Landesmittel nötig sind.

Stattdessen wurden an der Westküste Ängste damit geschürt, dass der Ausbau der Bundesstraße 5 von Husum zur dänischen Grenze nicht mehr oder erst deutlich zeitverzögert realisiert werden kann, da die Finanzmittel für die Fehmarnbelt-Querung benötigt werden. Im Hamburger Umland wird spekuliert, dass die Elbquerung gefährdet sei, da die Finanzmittel für die Fehmarnbelt-Querung benötigt werden. Vereinzelt wird sogar behauptet, sämtliche Straßenbaumaßnahmen werden nun auf der Bedarfsskala eine Stufe runtergesetzt, da die Finanzmittel für die Fehmarnbelt-Querung benötigt werden. - Herr Minister, Sie haben heute eine wunderbare Chance, all diese Befürchtungen auszuräumen, und genau das erwarte ich von Ihnen heute.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen keine diffusen Gerüchte, wir brauchen ein klares **Projekt- und Finanzierungskonzept**.

Ein weiterer Aspekt macht deutlich, warum ein solches Konzept erforderlich ist. Zehn Jahre für Planung, Bürgerbeteiligung und Bau ist - das zeigen die vergangenen Schienen- und Straßenprojekte in Schleswig-Holstein - keine wirklich lange Zeit.

(Dr. Heiner Garg)

Dies zeigt, dass in dieser Frage dringend etwas passieren muss.

Für uns als FDP-Fraktion steht fest, dass das zu entwickelnde Konzept mehr beinhalten muss als den vierspurigen Ausbau der B 207 und den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Bad Schwartau-Puttgarden. Durch diese Maßnahmen ist das Hinterland noch lange nicht an die Fehmarnbelt-Brücke angebunden.

Was nützt eine vierspurige Beltquerung, wenn die Autos dann im Stau vor der zweispurigen **Fehmarnsund-Brücke** stehen?

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es ist doch völlig absurd anzunehmen, dass das prognostizierte Verkehrsaufkommen über die derzeitige Brücke abgewickelt werden kann. Was nützt eine zweigleisige Querung des Fehmarnbelt, wenn die Fehmarnsund-Brücke weiterhin nur eingleisig zu befahren ist? Verstopfte Schienen und eine dadurch entstehende mangelhafte Taktung der Züge kann nicht wirklich sinnvoll sein.

Was nützen die Investitionen in den Schienenverkehr, wenn sich das neue Passagier- und Güteraufkommen nicht im neuen landesweiten Nahverkehrsplan wiederfinden? Was nützen die Investitionen, wenn nicht gleichzeitig die Anbindung der Westküste und der Region Kiel an die **Fehmarnbelt-Brücke** in einem Gesamtzusammenhang entwickelt werden?

All diese Fragen dürfen nicht erst 2018 beantwortet werden. Wir brauchen eine zügige, mit dem Bund abgestimmte Planung im Rahmen eines Projekt- und Finanzierungsplanes. Spätestens bei Baubeginn muss Klarheit in den von mir aufgezählten Punkten herrschen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion muss das Projekt- und Finanzierungskonzept die Beseitigung des Nadelöhrs Fehmarnsund genauso beinhalten wie die Einbeziehung des nord- und nordwestlichen Landesteils an die feste Querung. Herr Minister, ein solches Projekt- und Finanzierungskonzept erwarten wir von Ihnen. Sie können heute die Chance nutzen - entgegen der verschwindend kleinen Minderheit in diesem Landtag darauf hinzuweisen -, wie unheimlich wichtig dieses Projekt für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Land ist. Das wird aber nur dann etwas, wenn eine vernünftige, durchfinanzierte Hinterlandanbindung garantiert ist.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zehn Minuten Redezeit hat der Antragsteller für diesen Tagesordnungspunkt beantragt, zehn Minuten für ein zentrales Thema, zu dem es im Moment aber nichts Neues gibt. Aber ich bin mir sicher, dass es mir gelingen wird, diese zehn Minuten zu überbrücken, weil es ja auch eine lange Brücke ist.

(Zurufe)

Apropos Brücke, das ist ein gutes Stichwort. Der 3. September - Kollege Heiner Garg, da sind wir uns einig - war ein guter Tag für Schleswig-Holstein, für Europa, für uns alle. Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages durch Minister Tiefensee, seine dänische Kollegin Christensen und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wurde ein wichtiger Schritt zur Realisierung der **Fehmarnbelt-Querung** unternommen. Skandinavien und Kontinentaleuropa wurden auf kürzestem Weg miteinander verbunden, und mittendrin im Zentrum der Achse liegt Schleswig-Holstein.

Die bisher einseitige Ausrichtung auf die Boom-Region Hamburg wird nach Norden zur ebenfalls boomenden Øresund-Region erweitert. Durch das künftige Zusammenspiel von A 20 und Fehmarnbelt-Querung gewinnt der Standort Schleswig-Holstein erheblich an Bedeutung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Innerhalb von drei Stunden ist man dann aus Schleswig-Holstein in der Øresund-Region, in Polen, in Nordrhein-Westfalen oder in den Niederlanden. Das ist ein Wahnsinnsvorteil für den Standort Schleswig-Holstein, und es ist daher unser elementares Interesse, dies zügig zu realisieren.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die erforderlichen **Hinterlandanbindungen** sind uns bekannt. Sie sind im Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark fixiert worden. Auf deutscher Seite muss die B 207 von Heiligenhafen bis Puttgarden bis spätestens 2018 ausgebaut werden. Die Kosten von rund 93 Millionen € sind vom Bund aufzubringen.

**(Hans-Jörn Arp)**

Der Ausbau der Eisenbahnstrecke Puttgarden-Lübeck soll spätestens mit der Eröffnung der Fehmarnbelt-Querung abgeschlossen sein. Dies betrifft insbesondere die notwendige Elektrifizierung der Strecke. Der ebenfalls notwendige zweigleisige Ausbau der Strecke soll dagegen spätestens sieben Jahre nach der Eröffnung betriebsbereit sein. Hier müssen wir beachten, dass in Teilbereichen alternative Trassenführungen noch nicht vorhanden sind. Die Kosten für diese notwendigen Maßnahmen betragen nach den ersten Schätzungen rund 750 Millionen € und sind vom Bund, von der EU und der DB Netz AG aufzubringen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Allein diese beiden Posten machen deutlich, dass der Bund erhebliche Anstrengungen unternehmen muss. Sie werden meines Erachtens nicht aus dem normalen Verkehrshaushalt zu bezahlen sein.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Es handelt sich bei diesen Maßnahmen vielmehr um Infrastrukturmaßnahmen, die mit dem Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ zu vergleichen sind, allerdings nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene. Der Bund muss ein **Sonderfinanzierungsprogramm** auflegen. Bei der Hinterlandanbindung handelt es sich um eine zusätzliche Maßnahme von nationaler und internationaler Bedeutung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch zugesagt, Herr Kollege, spielte das jemals eine Rolle?)

- Kollege Matthiessen, Sie haben doch von Verkehr und insbesondere von Straßenverkehr überhaupt keine Ahnung. Hören Sie doch einfach einmal zu, dann lernen Sie heute noch dazu!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe schlicht gefragt, ob der Bau - -)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich bitte, entweder eine Frage anzumelden oder den Mund zu halten.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Die Finanzierung und die Realisierung muss unabhängig von den übrigen Verkehrsprojekten in

Schleswig-Holstein erfolgen. Das ist Ihr Wunsch, und wir stehen dazu.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter Arp, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Von meinem grünen Lieblingskollegen jederzeit!

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, um nicht immer so unflätig dazwischenzureden, möchte ich konkret die Frage stellen, ob Finanzierungen des Bundes und die Bundesbeteiligung in dieser Umfänglichkeit, wie Sie es gerade in Ihrer Rede dargestellt haben, im Vorfeld eine Rolle gespielt haben. Gibt es Zusagen dazu, oder gibt es irgendwelche Gespräche über zukünftige Zusagen? Ich jedenfalls habe davon bisher nichts gehört und frage deswegen erstaunt nach.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Genau deswegen haben wir den Antrag gestellt!)

- Kann ich jetzt antworten, oder wollen Sie, Herr Garg? Zu der Frage der Finanzierung der Bahn gibt es eine Zusage des Bundes, und Sie wissen genauso wie wir, dass es einen Haushaltsplan gibt, der bis 2013 gilt und nicht weiter in der mittelfristigen Finanzplanung. Der Bund steht zur Realisierung des Ausbaus der Bahn zusammen mit der Bahn AG. Da gibt es überhaupt keine Fragen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus dem schleswig-holsteinischen Topf!)

- Nein, lassen Sie mich bitte ausreden.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Matthiessen, ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zwischenrufe sind schon noch okay!)

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Meine Damen und Herren, wir haben eben über die Kosten geredet, aber das reicht nicht. Die **Hinterlandanbindung** muss in angemessenem Umfang vorangetrieben werden, und das kann das Land nicht allein tragen, darüber sind wir uns einig.

(Hans-Jörn Arp)

Wir tun dies trotz alledem, um den berechtigten Interessen der Anlieger auf Fehmarn und in Ostholstein gerecht zu werden. Wir werden in den kommenden Jahren 60 Millionen € bereitstellen. Damit haben wir gegenüber dem Bund ein eindeutiges Signal gesetzt, dass die **Fehmarnbelt-Querung** ein sehr wichtiges Verkehrsprojekt für Schleswig-Holstein ist.

Der Landtag hat sich mehrfach mit großer Mehrheit, mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP, für den Bau der Querung ausgesprochen. Ebenso hat die Landesregierung unter Führung von Peter Harry Carstensen das Projekt gegen viele Widerstände auf Bundesebene vorangetrieben, sodass letztlich der **Staatsvertrag** am 3. September 2008 unterschrieben werden konnte.

Ein ganz besonderer Dank gilt an dieser Stelle auch dem ehemaligen Verkehrsminister Dietrich Austermann, der sich in dieser Frage sehr engagiert hat. Ich weiß von Herrn Dr. Marnette, dass er den gleichen Einsatz zeigen will.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Aus der parlamentarischen Arbeit wissen wir, dass der unterschriebene Staatsvertrag zunächst noch keine Rechtsgültigkeit hat. Er bedarf vielmehr der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag und eines entsprechenden Ausführungsgesetzes. Hier ist die Bundesregierung gefordert, und ich erwarte von Herrn Minister Tiefensee die unverzügliche Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Jasper [CDU])

Eine weitere Verzögerung des Projektes darf es nicht geben. Ein Hin und Her, wie wir es um den Staatsvertrag erlebt haben, darf es nicht wieder geben. Dafür ist das Projekt für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Bundesrepublik zu wichtig. Lassen Sie uns heute ein erneutes Signal von hier aus nach Berlin senden, dass wir Verzögerungen im Ratifizierungsprozess nicht akzeptieren werden. Wer bereits mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags grundsätzlich Ja zur Fehmarnbelt-Querung gesagt hat, muss dies auch mit der zügigen Ratifizierung umsetzen.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU] und Karsten Jasper [CDU])

Den Staatsvertrag als eine Art Absichtserklärung zu bezeichnen, ist unerhört und wird dem Staatsvertrag nicht gerecht. Ich hätte mir allerdings ein ähnlich ambitioniertes Vorgehen bei der Ratifizierung wie

in Dänemark gewünscht. In Dänemark soll das Verfahren noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Damit wird eine weitere entscheidende Weiche für den Bau gestellt.

(Zuruf von der CDU: Dank SSW!)

Ich frage mich daher, warum die Kabinettsbefassung in Berlin erst im Januar des kommenden Jahres vorgesehen ist. Liegt das etwa an den Miesmachern - ein paar davon in Kiel, die meisten aber in Berlin? Welchen Eindruck erwecken wir eigentlich bei den Dänen mit unserer ständigen kritischen Haltung?

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Wir dürfen den Miesmachern dieses Projekts in Berlin, aber auch hier in Kiel keine Chance geben, das Projekt zu zerreden. Diese Miesmacher kommen - man höre und staune - auch aus den Reihen der hiesigen SPD. Ich bin schon erstaunt über das Verhalten von Frau Hagedorn, die in Berlin den Eindruck erweckt hat, als sei das Land gegen die Realisierung dieser Brücke. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Weil sie auch noch stellvertretende Landesvorsitzende ist, hätte ich schon erwartet, dass sich die Landes-SPD davon distanziert. Sie hat sich, ihrer Partei, aber insbesondere auch dem Land keinen Gefallen getan, denn sie bietet natürlich Herrn Tiefensee Argumente zur Verhinderung dieses großen Projekts. Der Eindruck darf nicht entstehen, und deshalb fordere ich uns alle auf, noch einmal ein deutliches Signal für die Brücke zu senden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der vorliegende Antrag der FDP ist interessant und ehrenwert. Er ist aber ein typischer Oppositionsantrag. Wenn wir nicht in der Regierung stünden, hätten wir vielleicht den gleichen Antrag gestellt. Mir ist allerdings das Ziel des Antrags nicht ersichtlich, lieber Kollege Garg.

(Zurufe)

Es steht außer Frage - damit das auch bei uns klar ist -, dass die Sund-Brücke den erwarteten Verkehr über die Fehmarnbelt-Querung nicht gewachsen ist.

(Unruhe)

- Hört bitte zu!

(Hans-Jörn Arp)

Das ist uns allen hier im Haus klar. Es ist daher langfristig Handlungsbedarf vorhanden. Aber zunächst gilt es - da wiederhole ich mich -, das **Ratifizierungsverfahren** abzuschließen. Danach müssen wir uns um den Ausbau der **Fehmarnsund-Brücke** kümmern und für die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan werben. Wir haben dafür ein gutes Argument auf unserer Seite. Die Notwendigkeit einer vierspurigen Brücke und einer zweigleisigen Eisenbahnverbindung hat der Bund bereits anerkannt. Schließlich wird die Brücke vierspurig und zweigleisig gebaut werden. Der Verkehr wird also zwangsläufig zunehmen und damit auch der Druck auf den Bund, ein Ersatzbauwerk für die Sund-Brücke zu errichten.

Eine vergleichbare Entwicklung hatten wir bei der A 23 in Itzehoe. Die A 23 hatte bei Itzehoe ein Nadelöhr mit einer Brücke, die dreispurig war. So soll es bei der Fehmarnbelt-Querung auch sein. Am Ende haben wir Erfolg, weil wir die Vierspurigkeit hinkriegen, weil der Verkehr da ist. Aber eines, lieber Kollege Garg, muss auch klar sein: Erst kommt die Fehmarnbelt-Querung, und dann kommt die Sund-Querung. Wir können doch nicht die Fehmarnbelt-Querung von einer Finanzierung der Fehmarnsund-Querung abhängig machen, denn dann setzen wir falsche Akzente.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Nicht davon abhängig machen, sondern ich will, dass daran gedacht wird!)

- Ja, wir müssen es planen. Wir haben einen Investitionsstau von 5 Milliarden €, der durch eine Verweigerungshaltung der Grünen in den letzten Jahren entstanden ist.

(Beifall bei der CDU - Lars Harms [SSW]: Aber nicht nur der Grünen! - Heiterkeit)

Das können wir nicht innerhalb einer Legislaturperiode - auch nicht mit euch gemeinsam - in den nächsten Jahren aufbauen.

Neben der Sund-Brücke sind aber noch **weitere Infrastrukturmaßnahmen** in Schleswig-Holstein notwendig, um die positiven Effekte der Fehmarnbelt-Querung in das gesamte Land zu tragen. So bedarf es einer leistungsstarken Anbindung der nördlichen und mittleren Landesteile an die A 1. Die IHK Kiel hat dazu mit der Zentralachse einen Vorschlag gemacht, den wir offensiv mit dem Bund diskutieren müssen. Auch in diesem Fall ist der Bund in der Pflicht.

Wir müssen also deutlich machen, dass es sich bei der Fehmarnbelt-Querung nicht um ein regionales Brückenprojekt handelt, sondern um die Schaffung einer europäischen Magistrale, die für die gesamte Bundesrepublik von großer Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, ich plädiere dafür, dieses Thema im Wirtschaftsausschuss weiter zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Arp und erteile das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Bernd Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der 3. September 2008 war ein denkwürdiger, wenn nicht sogar ein historischer Tag für Schleswig-Holstein. An diesem Tag haben Bundesverkehrsminister Tiefensee und seine dänische Kollegin Christensen im Beisein von Ministerpräsident Carstensen nach 16 Jahren der Vorbereitung den dänisch-deutschen **Staatsvertrag** über die feste **Fehmarnbelt-Querung** unterzeichnet. Dänemark verpflichtet sich zur Errichtung, Betrieb und Finanzierung des Bauwerks. Der Staatsvertrag schreibt fest, dass Dänemark und Deutschland jeweils für den Ausbau der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung zuständig sind. Die Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung wird als internationales PPP-Referenzvorhaben erfolgen. Ich zitiere die dänische Verkehrsministerin:

„Ich bin stolz darauf, dass wir heute einen Staatsvertrag zwischen der dänischen und der deutschen Regierung über die Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung abschließen konnten. Ein großes und wichtiges Projekt für die dänische Regierung. Durch diese feste Fehmarnbelt-Querung werden Skandinavien und der europäische Kontinent zum Nutzen der Bürger und der Wirtschaft enger miteinander verbunden, nicht nur in Dänemark und Deutschland, sondern in ganz Europa. Diese Verbindung wird in den dänisch-deutschen Beziehungen eine neue Dynamik schaffen, die zu einem weiteren Anstieg des Wachstums und der Beschäftigung in unseren beiden Ländern beitragen kann.“

Dem kann man aus unserer Sicht inhaltlich voll beipflichten.

(Bernd Schröder)

Die feste Fehmarnbelt-Querung ist in den Koalitionsverträgen von CDU und SPD auf Landes- und Bundesebene festgeschrieben. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Jahren immer ohne jegliches Wackeln für die Realisierung dieses Jahrhundertbauwerks eingesetzt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir haben uns dabei auch nicht von unqualifizierten Zwischenrufen irritieren lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Die Querung über den Fehmarnbelt kommt sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern, der Region und dem Land Schleswig-Holstein zugute.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Den Unternehmen wird der Zugang zu den Exportmärkten erleichtert. Daher ist mit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und einem Anstieg der Produktivität zu rechnen. Dies wiederum verbessert die Rahmenbedingungen für die Unternehmen und schafft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb stellt die Querung einen konkreten Beitrag zur **Wachstums- und Beschäftigungspolitik** sowie zum Beschäftigungsplan, auf den sich die EU-Mitgliedstaaten in Lissabon verständigt haben, dar.

Die Querung schließt eine Lücke in der Verkehrsinfrastruktur, bindet die nordischen Staaten und den Kontinent enger zusammen. Die Querung schafft bessere Möglichkeiten für die Reisenden, verkürzt die Reisezeit. Bereits im ersten Jahr nach der Freigabe für den Verkehr werden die Autofahrer etwa 3 Millionen Stunden einsparen. Der Eisenbahngüterverkehr wird verbessert. Die Strecke von Hamburg nach Kopenhagen verkürzt sich ohne Umweg über Jütland und Fünen um 160 km. Der Bau der Brücke wird für die Beschäftigung in Schleswig-Holstein eine große Bedeutung haben.

(Beifall bei der SPD)

Sieben Jahre lang werden etwa 7.000 Arbeitskräfte direkt und indirekt gebraucht werden. Das ist gut für die Region, nämlich für Fehmarn, Ostholstein und Lübeck, sowie für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Während sich auf dänischer Seite bereits Firmen entlang der künftigen Strecke ansiedeln wollen und sich die Region auf die erwarteten Aufträge vorbereitet, verharren immer noch Teile in Ostholstein im Widerstand.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer ist das denn?)

Ich kann nur daran appellieren, sich rechtzeitig darauf hin zu orientieren, dass die Brücke kommt, denn es geht jetzt darum, wer an der Steigung der Attraktivität teilhat. Dabei denke ich an die Instandhaltung, die über Jahrzehnte Personal erfordern wird, an die Betreiber der Brücke, und der Tourismus dürfte gerade im Austausch mit den nördlichen Nachbarn eine zunehmende Rolle spielen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut, Bernd!)

Wichtig ist, dass schon bei den Planungen die Menschen vor Ort einbezogen werden. Das Land soll und wird geeignete Maßnahmen ergreifen, damit Ostholstein und insbesondere Fehmarn von dem Projekt profitieren, aber man muss uns auch lassen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dass bei so gigantischen Verkehrsprojekten die Umwelt nicht zu kurz kommen muss, zeigen die anderen großen Brückenbauwerke, die **Dänemark** verwirklicht hat.

Bezüglich der Finanzierung ist es ja bemerkenswert, dass wir von Dänemark diese Brücke quasi geschenkt bekommen. Für Deutschland fallen lediglich Anbindungskosten in Höhe von etwa 800 Millionen € an. Wenn man das etwas anders vorbereitet hätte, wären diese 800 Millionen € für die **Hinterlandanbindung** durchaus mautfinanziert zu verwirklichen gewesen. Dann müssten wir nicht bis 2018 alle Kräfte sammeln, um dieses Projekt realisieren zu können.

Auch das wirtschaftliche Betriebsrisiko trägt Dänemark. Aber auch hier haben die Dänen mit den anderen Brückenbauwerken bewiesen, dass wirtschaftlich gearbeitet werden kann und die Wirtschaftlichkeit Realität ist.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Ratifizierung des Staatsvertrages durch die beiden Parlamente im kommenden Jahr erfolgen wird und dass der geplante Fertigstellungstermin im Jahr 2018 eingehalten werden kann. Ich hoffe sehr, dass im weiteren Planungsprozess auch die Fehmarn Gemeinden, die derzeit noch gegen das Bauwerk sind, die Chancen erkennen und nutzen werden. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen während der langen Bauzeit wird die neue Verkehrsanbindung auch zur Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben entlang der Vogelfluglinie führen. In unserem Interesse müssen wir dafür sorgen, dass unsere Firmen jetzt an diesem Achsenverlauf investieren, Gewerbegebiete dort geschaffen werden sowie Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen und gesichert werden.

(Bernd Schröder)

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Deshalb hat der Bau der Hinterlandanbindung für die feste Fehmarnbelt-Querung höchste Priorität. Mitte 2011 wird die A 1 bis Heiligenhafen-Ost fertiggestellt sein. Nördlich der Anschlussstelle Heiligenhafen-Ost ist der Ausbau der B 207 zur vierspurigen Bundesstraße geplant. Hier laufen die Planungen bereits seit 2007. Die Fertigstellung dieses Abschnittes wird für 2015 angestrebt.

Zu den anderen **Straßenbaumaßnahmen**, die bereits begonnen worden sind, sind bereits Ausführungen gemacht worden. Das gilt auch für den Ausbau der **Schienenstrecke** mit einer Steigerung der Höchstgeschwindigkeit, um die Metropolen schneller zusammenzubringen. Diese Maßnahmen haben für uns erhebliche Bedeutung.

Heute ist in der Zeitung nachzulesen, dass der Kreistag von Ostholstein beschlossen hat, Landtag und Landesregierung aufzufordern, für eine zweite Querung über den Fehmarnsund zu sorgen. Dieser Beschluss ist zukunftsweisend für dieses Land. Ich begrüße ausdrücklich den Beschluss des Kreistages von Ostholstein - Herr Matthiessen, hier unterscheiden wir uns -, weil ich überzeugt bin, dass die Zukunftsfähigkeit dieses Landes, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen nur mit visionären Projekten zu erreichen sein wird. Ansonsten werden andere das für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es sind dieselben Leute, die dann fragen werden, wo die Arbeits- und Ausbildungsplätze für unsere Leute in Schleswig-Holstein sind. Das ist konsequent und im Interesse der Region.

Ich sage ganz deutlich, dass ich nichts von der neuen Art des Ablehnungstourismus nach Berlin halte. Ich erwarte, dass sich alle politischen Kräfte in unserem Land dafür einsetzen, dass Schleswig-Holstein zukunftsfähig gestaltet wird. Darüber hinaus erwarte ich von allen politisch Verantwortlichen, dass sie sich für die Realisierung der Infrastrukturmaßnahmen in diesem Land, auch für die A 20, einsetzen, damit wir nicht im Norden abgehängt und unsere Zukunftschancen gewahrt werden.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Heute kann man in der „taz“ lesen, dass sich die EU weigern wird, Geld zur Verfügung zu stellen, wenn nicht ein Lösungsvorschlag für eine zweite Fehmarnbelt-Querung erbracht wird. Das macht deutlich, wie ernst diese Diskussion zu nehmen ist und wie ernst und verantwortungsvoll wir diese Diskussion führen müssen. Die SPD-Landtagsfraktion

steht für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Scandlines. Fehmarnbelt-Querung und Fährverkehr schließen sich nicht gegenseitig aus. Es gibt in Europa Beispiele dafür, wo beides durchaus funktioniert.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Es kann nicht angehen, dass sich deutsche Firmen bereits für neue Gewerbegebiete auf dänischer Seite interessieren, weil sie glauben, dass die Gefahr besteht, dass dies alles wieder jahrelang kaputtdiskutiert wird und nicht zustande kommt. Das kann nicht in unserem Sinn sein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir setzen uns für die Interessen der Menschen in der Region ein. Wir stehen aber auch verantwortungsvoll für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins. Lassen Sie uns die Menschen in der Region mitnehmen. Lassen Sie uns aber auch die Chancen Schleswig-Holsteins bewahren.

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Bernd Schröder und bitte alle Kolleginnen und Kollegen, mit mir auf der Tribüne Vertreterinnen der Lübecker Frauen- und Sozialverbände sehr herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Offenbar ist den liberalen Kämpfern für das Jahrhundertprojekt jetzt aufgefallen, worauf wir seit Langem immer wieder hinweisen. Die FDP ist nun auch darauf gekommen und hat von der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden, Karl-Martin Hentschel, abgeschrieben.

(Widerspruch bei der FDP - Zurufe von der CDU)

Eine merkwürdige Koalition

(Holger Astrup [SPD]: Darüber würde ich mir keine Gedanken machen!)

in der Opposition, Sie mit der Motivation, das Projekt zu befürworten, wir mit der Motivation, dieses abzulehnen.



(Detlef Matthiessen)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam ist jedenfalls folgende Feststellung: Die Frage der **Finanzierung** der **Hinterlandanbindung** ist völlig offen. Die im Zusammenhang mit der **Fehmarnbelt-Querung** verbundenen zusätzlichen Baumaßnahmen gehen entweder zulasten anderer Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein, oder sie finden nicht statt, oder - darauf will die FDP offenbar hinaus, und das ist Wunschdenken des Sprechers der CDU - der Bund finanziert. Gar nicht zu reden davon, dass die Sund-Brücke zusätzlich als Nadelöhr bleibt und einen großen Finanzbedarf auslöst.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Zuruf)

- Ich will gar nicht kaputtreden. Ich trage Sachargumente vor. In der heutigen Tagespresse - Frau Präsidentin, ich darf zitieren - lesen Sie Folgendes:

„Signale aus Brüssel deuten nun darauf hin, dass die EU ihren Zuschuss von bis zu 1,6 Milliarden € lieber woanders in Europa verbuddeln lässt, wenn das programmierte Verkehrschaos auf dem Fehmarnsund nicht vermieden wird. Und dafür gäbe es zwei Varianten: eine zweite Brücke für etwa 100 Millionen € oder ein zweispuriger Tunnel für die etwa dreifache Summe.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und?)

Diese Finanzierung ist in keiner der Debatten hier erwähnt worden. Es steht in den Sternen, ob es finanziert wird und finanziert werden kann.

Da wir Grüne die feste Belt-Querung aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen ablehnen, gibt es keine grüne Zustimmung zu diesem Antrag der FDP.

Am 3. September - das sagten die Vorredner schon - haben Tiefensee und auf dänischer Seite Carina Christensen trotz massiver ökologischer und verkehrspolitischer Bedenken den **Staatsvertrag** über den geplanten Bau einer festen Belt-Querung unterschrieben. Dieser Vertrag stellt bislang jedoch lediglich eine Absichtserklärung dar. Erst jetzt beginnen der eigentliche Ratifizierungsprozess und die parlamentarische Beratung. Der Vertrag bedarf noch der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates.

Wir Grünen stellen fest, dass der Bau einer festen Querung über den Fehmarnbelt sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht unverantwortlich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir Grünen stellen fest, dass die Bundesregierung den Staatsvertrag unterzeichnet hat, ohne in ausreichendem Maß auf die massiven Bedenken ökologischer und ökonomischer Natur einzugehen.

Wir Grünen stellen fest, dass das Land Schleswig-Holstein bereits zugesagt hat, sich an den Kosten der Hinterlandanbindung mit circa 75 Millionen € zu beteiligen, ohne dass die Finanzierung der Hinterlandanbindung insgesamt bislang sichergestellt ist. Der Bund jedenfalls gibt keine Extramittel dafür.

Wir Grünen stellen fest, dass sowohl die Bewohnerinnen und Bewohner der Insel Fehmarn als auch ein Großteil der dänischen Bevölkerung den geplanten Brückenbau ablehnen. Wir beobachten, dass mehrere Umweltverbände bereits Klagen gegen das Bauprojekt angekündigt haben.

Wir Grünen stellen fest, dass es zunehmend gut frequentierte Fährverbindungen gibt, die lediglich zu 40 % ausgelastet sind.

Wir befürchten im Zuge des geplanten Brückenbaus irreparable Auswirkungen auf das sensible **Ökosystem** der Ostsee und den Vogelflug sowie einen drastischen Attraktivitätsverlust der Region als Tourismusstandort in der Bauphase und wahrscheinlich auch in der Nutzphase.

(Zuruf von der CDU: Im Gegenteil!)

Weiter sind sicher ein Verlust an Arbeitsplätzen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Matthiessen, was für ein Blödsinn!)

nämlich in der Fähr- und Hafenwirtschaft der Region, und eine fatale Priorisierung des bis zu 9 Milliarden € teuren Projekts gegenüber nachhaltigen Verkehrskonzepten in Schleswig-Holstein.

Vor einer Verabschiedung im Bundestag und im Bundesrat fordern wir die Bundesregierung und Landesregierung dringend auf, die Auswirkungen des Brückenbaus auf das sensible Ökosystem der Ostsee nachhaltig zu untersuchen und dabei sicherzustellen, dass irreparable Schäden im Zuge des Baus ausgeschlossen werden können,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

auf einer aktualisierten Datenlage beruhende Rentabilitätsberechnungen vorzunehmen, um Bedenken ökonomischer Art realistisch beurteilen zu können.

(Detlef Matthiessen)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Der Stahl, der dort verbaut werden soll, ist noch nicht gegossen. Das Zementpulver für den Beton ist noch nicht produziert.

Ich habe die Entwicklung der Kohlepreise recherchiert. 1996 38,21 €/t bei Grenzübergang, 2006 - -

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich komme gleich dazu. - Ich nehme es vorweg. Zumindest der Minister versteht mich. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Kohlepreisen und der Produktion von Zement, Beton und Stahl.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ich kläre Sie darüber auf, wie tief dieser Zusammenhang ist. 2006 61,76 €/t, 2008 2. Quartal 106,01 €/t. Jetzt, heutiger Preis - ich war gerade vor einigen Tagen bei den Stadtwerken in Neumünster -: Da haben sie für 146 €/t einkaufen müssen.

(Zuruf von der CDU: Wer ist dort Bürgermeister?)

Es ist völlig logisch, dass bei dieser Entwicklung von Kohlepreisen eventuelle Ersatzbrennstoffe ähnliche Preisentwicklungen nehmen. Das sind Dinge, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, wenn wir von einem Verkehrsprojekt reden, das in der Mitte des nächsten Jahrzehnts gebaut werden soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir erwarten von der Regierung, ein Konzept vorzulegen, durch das sichergestellt wird, dass der geplante Bau der Querung nicht zu einer Verhinderung anderer nachhaltig und dringend benötigter **Verkehrsprojekte** führt. Insofern sind wir in dieser Frage fest an der Seite der FDP.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Diese Inhalte entsprechen einem Beschluss des kleinen Parteitags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. September 2008. Wir haben viele Unterstützer für diese Resolution, das Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbelt-Querung, NABU, Nautischer Verein, DLRG, Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger. Auch der Betriebsrat von Scandlines Deutschland unterstützt diese Resolution und hat sie mitgezeichnet, Transnet, Bezirk Hamburg/Schleswig-Holstein ebenfalls.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen mit unserer Kritik also nicht allein. - Ich darf einmal einen Schluck Wasser nehmen.

(Zuruf von der CDU: Nicht wegspülen!)

Sie kennen aus der Presse das Buch des ehemaligen Verkehrsministers Hansen, der mit Tiefensee verhandelt hat. Er war entsetzt über dessen ablehnende Haltung. Auch die Kanzlerin hat das Ihrige getan - bis sie nicht mehr konnte -, den Bau der Brücke zu bremsen, so gut sie konnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Gabriel bezeichnet das als eine bekloppte Idee. Meine Damen und Herren, das ist die Bundesebene.

Nur hier auf Landesebene wird anders reagiert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und in Hamburg bauen die Grünen Kohlekraftwerke!)

Die Landespolitiker haben eine gigantische Vision.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Grünen bauen gigantische Kohlekraftwerke!)

Der Redner der CDU sprach eben von Wahnsinnsvorteilen. Meine Damen und Herren, falls solche Vorteile zu erschließen sind, erschließen wir die mit einem ertüchtigten Fährkonzept zu einem Teil der Kosten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da wird diese Brücke zum Jahrhundertprojekt emporgeredet, zum wirtschaftlichen Heilsbringer. Altkanzler Helmut Schmidt, den ich nicht in allen Punkten schätze, hat gesagt: Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. Ich teile das nicht, ich plädiere aber dafür, hier mit Vernunft heranzugehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Träumen ist schön, aber Traumtänzerie bei diesem Projekt kann volkswirtschaftlich ausgesprochen gefährlich werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Minister, lassen Sie untersuchen, aktualisieren Sie die Verkehrsprognose, untersuchen Sie die Baukostenentwicklung, die zu erwarten ist, und setzen Sie die in Relation zu den zu erwartenden Projektpreisen! Sehen Sie sich die Energiebilanz an, das heißt wie viel Energie in dieses Projekt hineingesteckt wird! Lassen Sie mal nachrechnen, ob durch die Nutzungsphase - -

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter, auch zehn Minuten gehen zu Ende.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Untersuchen Sie also die graue Energie daraufhin, ob die jemals durch die Nutzkosten wieder eingespielt wird!

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Bitte kommen Sie zum Schluss!

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Das Verhältnis von Aufwand und Nutzen bei diesem Projekt ist aberwitzig. Kommen Sie vom Schwebestadium auf den Teppich der Realität zurück, meine Damen und Herren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das politische Mammutprojekt feste **Fehmarnbelt-Querung** wirft seit Langem seine Schatten voraus, ohne dass das Bauwerk überhaupt steht. Wir haben uns in diesem Haus bereits mehrfach und eingehend mit dem Milliardenprojekt politisch auseinandergesetzt. Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages sind Fakten geschaffen worden, deren Auswirkungen letztendlich noch nicht absehbar sind. Deswegen ist der Antrag der FDP auch richtig.

So wird gebetsmühlenartig von einer Gesamtsumme von rund 5,5 Milliarden € ausgegangen, wovon Dänemark den Löwenanteil übernimmt. Die Hinterlandanbindung auf deutscher Seite soll noch einmal 840 Millionen € kosten.

Jeder von uns hat am eigenen Leib erfahren, wie die Energiepreise in den letzten Jahren gestiegen sind. Der Kollege Matthiessen hat das gerade noch einmal verdeutlicht. Diese Preisentwicklung ist bisher überhaupt noch nicht in die Kalkulation einge-

flossen. Das führt natürlich automatisch dazu, dass alles das, was wir bisher an Prognosen hatten, völliger Humbug ist. Das wird teurer werden, und zwar nicht nur der Gesamtbau, sondern selbstverständlich auch die **Hinterlandanbindung**. Wenn man das nicht berücksichtigt, handelt man finanzpolitisch fahrlässig. Genau dieses Verhalten macht deutlich, dass man hier auf politischem Wege etwas durchdrücken will, koste es was es wolle und wider besseres Wissen.

Daher begrüßen wir den Aspekt des vorliegenden Antrages, dass ein Finanzierungsplan zur Realisierung und Finanzierung der Hinterlandanbindung vorgelegt werden soll. Hierbei erwarte ich, dass aktuelle Zahlen für die **Finanzierung** zugrunde gelegt werden. Geschieht dies nicht, können wir am Ende von einem massiven Kostenanstieg für die Hinterlandanbindung ausgehen. Wir haben nur Schätzungen, aber wir brauchen genaue Zahlen. Damit würde nämlich die bisherige Finanzierung von Bund und Land wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

Fraglich ist bei der Finanzierung auch, ob die Förderung der EU proportional dem Kostenanstieg angeglichen wird oder ob das nicht geschehen wird. Dann würde unser Anteil noch höher werden. Dies kann ich mir aber nicht vorstellen, denn wir wissen, dass die EU-Mittel für verkehrspolitische Großprojekte drastisch gekürzt worden sind. Wie steht es nun mit den Fördermitteln der EU? Kein Mensch weiß es. Wir als Parlament haben einen Anspruch darauf, von der Landesregierung zu erfahren, wie sie das zu bearbeiten gedenkt.

Ich halte es für finanzpolitisch äußerst relevant, dass wir uns endlich ausführlich mit aktuellen Zahlen im Zusammenhang mit dem gesamten Projekt befassen. Wenn wir dies nicht tun, wird sich jeder Bürger auf der Straße zu Recht fragen: Wie rechnen die da oben überhaupt?

Fraglich ist auch, wie sich der Bund positionieren wird, wenn deutlich wird, dass die Hinterlandanbindung teurer wird, als bisher veranschlagt. Wird der Bund seine Zusagen einhalten und die Hinterlandanbindung finanzieren? Und welche Verkehrsprojekte werden dann möglicherweise diesem Prestigeobjekt zum Opfer fallen? Irgendwo muss man ja Prioritäten setzen. Dann muss man auch ehrlich sagen, was zunächst einmal hinten herunterfällt.

Wir haben in Schleswig-Holstein genügend **andere** und wichtigere **Verkehrsprojekte** als die Fehmarnbelt-Querung. Der SSW hat immer wieder darauf hingewiesen, dass diese für Schleswig-Holstein von größerer wirtschaftlicher und auch verkehrspoliti-

(Lars Harms)

scher Bedeutung sind, und hat gefordert, diese voranzubringen, bevor eine feste Fehmarnbelt-Querung gebaut wird. Wir brauchen zum Beispiel für den nördlichen Landesteil, Herr Kollege Kayenburg, und für die Westküste ein eigenes Infrastrukturbaukonzept, das auch eine grenzüberschreitende Dimension beinhaltet. Der Ministerpräsident weist immer wieder zu Recht auf die große Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hin und tut auch etwas dafür. Dazu gehört aber auch eine entsprechende Infrastruktur. Wir brauchen daher den Ausbau der A 7 bis zur Grenze; denn Schleswig-Holstein hört nicht bei Bordesholm auf, zumal es auf dänischer Seite Überlegungen gibt, die Jylland-Autobahn auszubauen. Wenn der Norden nicht abgekoppelt werden soll, dann kommen wir um den Ausbau der A 7 bis zur Grenze nicht herum.

Gleiches gilt für die Bundesstraße 5 in Nordfriesland. Da die Landesregierung angekündigt hat, die B 5 zwischen Tönning und Husum nun doch bis 2015 auszubauen, erwarte ich, dass es auch wirklich gilt, was der Verkehrsminister verkündet. Wir haben ja in der Vergangenheit andere Erfahrungen machen müssen. Die Landesregierung hat mit ihrem Hin und Her für große Unruhe in Nordfriesland gesorgt. Eine andere Entscheidung, als die B 5 auszubauen, wäre auch nicht akzeptabel gewesen, auch dies wieder vor dem Hintergrund, dass man in Dänemark bereit ist, die Verlängerung unserer B 5 nach Norden bis hin nach Esbjerg auszubauen. Wenn wir es nicht hinkriegen, etwas Adäquates hinzubauen, haben wir verkehrspolitisch versagt. Das dürfen wir uns zugunsten einer komischen Fehmarnbelt-Querung nicht leisten.

Wenn wir als SSW eine Querung wollen, dann ist es die westliche Elbquerung mit der A 20. Wie sieht es mit der Realisierung dieser für Schleswig-Holstein und Hamburg wichtigen Querung aus? Immer wieder werden wir von der Landesregierung vertröstet, dass die Entscheidung bei Niedersachsen liegt. Was tut die Landesregierung, um dieses Projekt voranzubringen? Für dieses Projekt sind der Enthusiasmus und der Umsetzungswille der Landesregierung gefragt. Es darf nicht sein, dass die **Elbquerung** den Bach runtergeht, weil sie nicht mehr finanzierbar ist, nur weil Schleswig-Holstein sein Kontingent durch die Hinterlandanbindung für die Fehmarnbelt-Querung aufgebraucht hat.

Für den **Schieneverkehr** in Nord-Süd-Richtung gilt das Gleiche. Auch hier hat Schleswig-Holstein Projekte, die weitaus wichtiger für das Land sind und die auch visionärer sind als die Belt-Querung. Wir haben Eisenbahnbrücken in Rendsburg und

Hochdonn, die den Schienenverkehr nicht reibungslos fließen lassen. Da kann die Instandsetzung der Brücken nur ein Anfang sein. Damit halten wir gerade nur den Status quo, schaffen es aber nicht, den Engpass über den Nord-Ostsee-Kanal zu beseitigen. Wir schaffen da große Probleme. Hier müssen wir visionärer vorgehen. Hier müssen wir planen, hier müssen wir Anträge stellen. Dann bekommen wir auch wirklich Verbesserungen.

Wir brauchen natürlich auch Verbesserungen beim Schienenengpass Pinneberg-Elmshorn. Bevor wir Hamburg und Kopenhagen/Malmö miteinander verbinden, sollten wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein vernünftig angebunden wird. Dies alles lässt sich aber kaum finanzieren, wenn das Geld für die Hinterlandanbindung des Milliardengrabes Fehmarnbelt zum Fenster rausgeworfen wird. Die feste Fehmarnbelt-Querung ist die größte verkehrspolitische Fehlentscheidung des Landes Schleswig-Holstein in den letzten 50 Jahren, meine Damen und Herren!

Die **Finanzierung der Hinterlandanbindung** ist aber nicht der einzig relevante Punkt. Ebenso gibt es mehr Fragen als Antworten in Bezug auf den Ausbau der diesseitigen Hinterlandanbindung. Hier gibt es aus Sicht des SSW zwei Szenarien. Entweder die prognostizierten enormen Verkehrszuwächse entstehen durch die Fehmarnbelt-Querung, dann sind der Ausbau der Hinterlandanbindung und hierbei insbesondere eine zusätzliche Sund-Querung unabdingbar. Sonst bräuchte man das nicht zu tun. Oder das Verkehrsaufkommen bleibt so, wie es ist, mit einem geringen Zuwachs, dann brauchen wir keine zusätzliche Sund-Querung und erst recht keine Fehmarnbelt-Querung. Dann reichen unsere Fährverbindungen.

Eine zusätzliche Sund-Querung wird von keiner offiziellen Seite befürwortet. Der Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass eine zweite **Fehmarnsund-Brücke** oder ein Tunnel aus verkehrlichen Gründen nach seiner Auffassung nicht erforderlich ist. Minister Marnette hat sich gegenüber dem „Fehmarnschen Tageblatt“ diesbezüglich so geäußert, dass die Fehmarnbelt-Brücke auf langfristig zu erwartende Verkehrszunahme ausgerichtet ist und deshalb mit vier Fahrspuren und zwei Bahngleisen ausgerüstet wird. Sollte sich herausstellen, dass die Fehmarnsund-Brücke zu einem Nadelöhr zu werden droht, wird man zu gegebener Zeit - wann immer das auch ist - auch hierfür eine Lösung finden, etwa durch eine parallele Brücke oder einen Tunnel.

(Lars Harms)

Mit dieser Argumentation macht Herr Marnette deutlich, dass dieses Milliardenprojekt überhaupt nicht durchdacht ist. Wenn überhaupt und wann ist denn damit zu rechnen, dass die prognostizierten Verkehrszahlen erreicht werden? Und wann ist beabsichtigt, eine verkehrliche Entlastung durch eine zusätzliche Sund-Querung zu schaffen?

Dies alles sind ungeklärte Fragen, die letztendlich zulasten der Bevölkerung gehen, sollte dieses Projekt gebaut werden. Sollten sich die Verkehrsprognosen erfüllen, dann prognostiziere ich Ihnen, dass wir über Jahre hinweg erleben werden, dass sich der Verkehr auf beiden Seiten des Fehmarnsunds stauen wird.

Diese Befürchtung haben auch die Menschen vor Ort. Es kann doch nicht sein, dass man erst „zu gegebener Zeit“ Überlegungen darüber anstellen will, ob eine weitere Sundquerung berechtigt ist, wenn der Bedarf durch Staus bereits nachgewiesen ist. Wir wissen alle, wie lange die Planungs- und Bauzeiten für Verkehrsprojekte sind. Dies dauert Jahre, die zulasten der Bevölkerung vor Ort gehen. Deshalb hat die EU auch mögliche Zuschüsse an Dänemark für den Bau der Beltquerung daran gekoppelt, dass die **Sundbrücke** ausgebaut wird.

Daran kann man sehen, wie dilettantisch dieses Mammutprojekt bisher auf deutscher Seite angegangen worden ist. Wenn die Sundbrücke nicht kommt und wenn wir dafür nichts tun, fliegt den Dänen die Finanzierungsgrundlage der Beltquerung um die Ohren.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist dann deren Problem!)

Ich als jemand, der das Ganze kritisch sieht, kann Sie nur darin bestärken, nichts zu tun, sodass die Sundbrücke auf keinen Fall kommt. Dann bleibt das Geld schön in Brüssel und wird vielleicht für vernünftige Dinge ausgegeben, und dann hat sich das Projekt der Fehmarnbelt-Querung hoffentlich erledigt.

Machen Sie also ruhig weiter so, Herr Minister! Legen Sie die Hände in den Schoß! Dann tun Sie das, was die Grünen und wir vom SSW haben wollen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend interessiert mich doch noch, was Minister Marnette in dem bereits angesprochenen Interview mit dem „Fehmarnschen Tageblatt“ gemeint hat, als er sich dahin gehend äußerte, dass der Ministerpräsident zugesagt habe, die Projekte - also die Wirtschaftsprojekte - aus der Region im Rah-

men der bestehenden Förderprogramme besonders zu unterstützen. Dies ist eine Bevorzugung. Entweder gibt es Förderprogramme und dazugehörige Richtlinien, die dann auch für alle gelten, oder es gibt sie nicht. Es kann aber nicht sein, dass die Landesregierung bereits jetzt ankündigt, dass künftig mit zweierlei Maß zu messen ist, wenn es darum geht, Projekte aus der Region Fehmarn und Ostholstein zu fördern.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter!

**Lars Harms [SSW]:**

Der Bau der Fehmarnbelt-Querung und die Hinterlandanbindung werden die Fördermittel für wichtigere Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Land aufzehren.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Lars Harms [SSW]:**

Ich bin ja gerade dabei, Frau Präsidentin. - Als wenn das noch nicht schlimm genug wäre, kündigt die Landesregierung an, dass verschiedene Regionen aufgrund dieser Tatsache auch noch ungleich behandelt werden sollen. Das heißt: Alle haben jetzt wieder die Nachteile zu tragen, nur um ein Prestigeobjekt irgendwo im Meer zu versenken. Ich finde, das ist nicht Aufgabe einer Landesregierung. Die Landesregierung soll das Land entwickeln und Schaden vom Land abhalten.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ihre Redezeit ist abgelaufen!

**Lars Harms [SSW]:**

Das tut sie derzeit nicht.

Ich fordere Sie auf: Gehen Sie von diesem Projekt ab, und sehen Sie zu, dass Sie unser Land erst einmal vernünftig anbinden! Das ist wesentlich wichtiger.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für einen Redebeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bedauerlicherweise hat der Herr Kollege Harms den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sagte: Wenn wir nichts tun, dann scheitert dieses Projekt. Genau dieses Scheitern können und wollen wir uns ja wohl nicht leisten.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Es ist erstaunlich, dass hier ausgerechnet der Kollege Arp Applaus klatscht. Er hat unseren Antrag ja so missbilligend zur Kenntnis genommen.

Lieber Kollege Arp, Sie haben nach der Aktualität gefragt und haben gefragt, warum wir uns zehn Minuten darüber unterhalten müssen. Erstens ist niemand verpflichtet, zehn Minuten zu reden. Sie sind frei, Ihre Meinung auch in nur fünf Minuten darzustellen. Ihren clownesken Auftritt, in dem Sie mich gefragt haben, was es eigentlich Neues gibt, finde ich verwunderlich angesichts der Tatsache, dass gestern der Kreistag von Ostholstein auch uns Landespolitiker aufgefordert hat, alles zu tun, damit dieses Projekt realisiert werden kann. Was ist aktueller als ein Kreistagsbeschluss von gestern, lieber Kollege Arp?

Zweitens frage ich Sie: Was ist aktueller als die Meldung der EU, dass sie sich möglicherweise von der **Finanzierung** zurückzieht, wenn es uns nicht gelingt klarzumachen, dass wir das Nadelöhr auf dem **Fehmarnsund** beseitigen wollen. Was ist aktueller, lieber Kollege Arp, als die Fragestellung: Wie finanzieren und projektieren wir eigentlich die notwendige **Hinterlandanbindung**? Darüber sollten Sie, wenn Sie weiterhin ernsthaft mit uns und den Sozialdemokraten - - Herr Kollege Schröder, ich bin Ihnen übrigens ausgesprochen dankbar für Ihre Rede, weil Sie das, was ich eigentlich vom Redner der Union erwartet hätte, auf den Punkt gebracht haben.

Was Sie heute hier veranstaltet haben, fand ich schlicht peinlich. Das war diesem Projekt mit Sicherheit nicht dienlich.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für einen weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Thomas Stritzl das Wort.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Garg, das, was man in den Mittelpunkt stellen sollte, ist die Gemeinsamkeit, die zwischen CDU, FDP und SPD bemerkenswert ist, man sollte in den Mittelpunkt stellen, dass wir Ja sagen zu dieser Jahrhundertchance der **Fehmarnbelt-Querung**. Ich finde es gut, dass auch der Kreistag von Ostholstein nach ursprünglichen und anfänglichen anderen Diskussionslagen auf der Insel jetzt sagt, er sei für die Fehmarnbelt-Querung, und dass man dabei die bekannte Position der EU unterstütze, dass die Fehmarnsund-Querung „entspannt“ werden muss. Auch das ist zwar nicht neu, aber wenn das die Position auch auf der Insel ist, dann hilft es dem gesamten Projekt.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Insofern sollten wir, lieber Herr Kollege Harms, die Gemeinsamkeiten betonen und nicht die Chancen zerreden. Das war der Eindruck, den ich bei Ihnen hatte.

Sehr geehrter Herr Kollege Matthiessen, ich konnte mich auch bei Ihnen dieses Eindrucks nicht erwehren.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber Sie haben ja auch ehrlich gesagt, Sie suchen Argumente, um abzulehnen.

Nun ist ja auch das eine Position. Die Grünen wollen das nicht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe ein paar Fragen gestellt! Das kann man durchrechnen!)

- Es ist ja in Ordnung. Sie wollen es nicht. Es geht aber darum, dass man Zukunft gestaltet. Wenn Sie immer nur auf die Bremse treten, werden Sie erkennen, dass Sie nicht vorwärtskommen.

Kollege Arp hat recht: Es geht darum, heute ein kräftiges Signal für dieses Brückenprojekt zu senden. Ich glaube, CDU, FDP und SPD sind dazu bereit.

Ich bin der Auffassung, dass dies in der Tat eine große Chance für unser Land wird. Vorhin ist von

(Thomas Stritzl)

Herrn Kollege Schröder unter den Stichworten Fehmarnbelt-Querung und A 20 darauf hingewiesen worden. Dort wird in Zukunft ein Großteil der Entwicklung für unser Land stattfinden.

Die A 20 ist übrigens ein Problem für den Landesentwicklungsplan. Wirtschaften muss auch an einer Achse möglich sein, die quer durchs Land geht. Aber das will ich jetzt nicht vertiefen. Allerdings will ich auf eines hinweisen: Wenn der wirtschaftliche Wind an dieser Magistrale der Zukunft bläst, dann müssen wir im Interesse einer gerechten Entwicklung im gesamten Land auch aufpassen, dass die Wirtschaftsregion um Kiel nicht in Lee gerät. Deswegen bitte ich darum, dass die Landesregierung das ihr Mögliche tut, um sicherzustellen, dass wir zeitgleich eine kreuzungsfreie Anbindung an diese neue Verkehrsschlagader der Zukunft auch für die Region Kiel realisieren.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Wackelt dein Wahlkreis? Musst du dich jetzt so einsetzen? - Thomas Stritzl [CDU]: Wir reden über die Menschen in der Region! - Zuruf von der CDU: Wer im Glashaushaus sitzt!)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für einen weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Johannes Callsen das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Argumente für die feste **Fehmarnbelt-Querung** haben die Kollegen Hans-Jörn Arp und Bernd Schröder ausgesprochen deutlich hervorgehoben. Dies waren insbesondere Argumente für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, aber auch für zusätzliche Wirtschaftskraft, die wir, lieber Kollege Harms, nämlich brauchen, um für die schwächeren Landesteile in Schleswig-Holstein Strukturförderung zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Insofern finde ich es bedenklich und will es auch nicht hinnehmen, dass dieses Projekt der Fehmarnbelt-Querung offenbar genutzt wird, um Schleswig-Holstein in einen Teil Holstein und einen strukturschwächeren Landesteil Schleswig zu spalten.

Wir haben in einer Debatte vor einigen Wochen, als es um die **Verkehrsinfrastruktur** im Landesteil Schleswig ging, sehr deutlich gemacht, dass die Projekte im Norden und an der Westküste vorange-

hen. Das gilt für die A 7. Die Planung wird angeschoben. Bei der B 5 geht es weiter. Das hat der Minister vor einigen Tagen noch einmal klargestellt. Alle anderen Projekte befinden sich ebenfalls in der Umsetzungs- oder Planungsphase.

Ich bin sehr sicher, dass das Land und wir gemeinsam in der Großen Koalition die Verantwortung für den Landesteil Schleswig wahrnehmen und weiter wahrnehmen werden, sowohl was die Verkehrsinfrastrukturprojekte, aber natürlich auch was die wirtschaftliche Entwicklung und die Förderung von Projekten angeht. Diese Gemeinsamkeit, lieber Kollege Herr Harms, sollten wir nicht verlassen.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für die Landesregierung erhält der Herr Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dr. Werner Marnette, das Wort.

**Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann eigentlich nur hoffen, dass heute wenige Dänen zugehört haben. Wir würden sie arg verunsichern.

Im Übrigen wissen wir alle: Die EU hat dieses zukunftsweisende Projekt zu einem der prioritären TEN-Projekte erklärt. Soweit ich weiß, haben die Dänen inzwischen schon den ersten Bescheid erhalten, und die Dänen sind auch schon fleißig dabei, auf dänischer Seite für die Ansiedlung zu kämpfen.

Meine Damen und Herren, es ist gerade kurze Zeit her - es war der 3. September 2008 -, dass dieser historische Staatsvertrag unterzeichnet worden ist. Herr Garg, ich wäre liebend gern in der Lage, Ihnen heute einen Finanzierungs- und Projektplan - das haben Sie in Ihrem Antrag gefordert; ich befürworte dies - vorlegen zu können. Ich kann es allerdings nicht, da es in dem Zeitraum vom 3. September bis heute nicht realisierbar ist. Bestimmte Dinge liegen nämlich nicht vor.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es steht auch nicht drin, dass Sie es heute tun sollen!)

Nun besteht seit dem 3. September Klarheit darüber, dass das Projekt kommt. Die Planungen können jetzt beginnen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns davor hüten - und ich tue dies -, dass wir einzelne Projekte gegeneinander ausspielen.

(Minister Dr. Werner Marnette)

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Schleswig-Holstein hat ein Riesendefizit in der **Verkehrsinfrastruktur**. Herr Arp hat es erwähnt: Wir schieben Investitionen in der Größenordnung von 5,3 Milliarden € in Straßen, in Wasserwege und in die Schiene vor uns her, und das benachteiligt letzten Endes die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich verspreche Ihnen: Solange ich in diesem Amt bin, werde ich die Hände nicht in den Schoß legen. Vielmehr werde ich alles daransetzen, dass diese wichtigen Verkehrsprojekte angeschoben und auch realisiert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß natürlich, dass es eine ganze Reihe von Zweiflern an diesem großen und meiner Meinung nach richtungweisenden Projekt der Fehmarnbelt-Querung gibt. Zu diesem Zweck habe ich in der vergangenen Woche mit Bundesverkehrsminister Tiefensee ein persönliches Gespräch in Hamburg geführt. Ich habe mit meinem Abteilungsleiter für den Bereich Verkehr ganz eindeutig darauf hingewiesen, wie stark unterfinanziert unsere Projekte sind, und wir haben uns am Montag der vergangenen Woche im Kreise der Verkehrsminister des Nordens fest die Treue geschworen, dass wir uns dagegen wehren müssen, dass uns die südlicheren Länder das Wasser abgraben. Wir müssen hier zusammenhalten, um Projekte, die für unser Land von essenzieller Bedeutung sind, durchzuboxen.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Herr Tiefensee hat mir zugesichert, dass die **Ratifizierung des Staatsvertrages zur Fehmarnbelt-Querung** zügig auf den Weg gebracht wird. Er geht davon aus, dass diese dann im Frühjahr 2009 im Bundestag verabschiedet wird. Ich kann leider nicht beschleunigend einwirken, aber Sie können sich sicher sein, dass wir immer wieder nachfassen werden.

Zur Unterstützung des Projektes und um zu dokumentieren, dass wir hier nicht untätig sind, werden wir in den nächsten Monaten mit der Öffentlichkeitsarbeit gerade im betroffenen Raum massiv beginnen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden im Raum Lübeck insbesondere mit Firmen, die in der Logistikbranche und anderen Industriebereichen tätig sind, Informationsveranstaltungen durchführen. Dies gucken wir uns eigentlich bei den Dänen ab. Denn die Dänen haben längst damit begonnen; das musste ich leider aus der Zeitung erfahren. Auch wir hätten eher beginnen können - das räume ich ein -, aber wir machen es letztendlich doch. Die Dänen geben uns ein richtiges Zeichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, parallel zu dem Ratifizierungsverfahren wird in Schleswig-Holstein bereits intensiv an der Planung der **Hinterlandanbindung** gearbeitet. Für den Ausbau der B 207 - ich meine die 20 km zwischen Heiligenhafen und Puttgarden - hat der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr als Auftragsverwaltung die Planung bereits im Juli 2007 unmittelbar nach der Unterzeichnung des „Memorandums of Understanding“ zur festen Fehmarnbelt-Querung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal klar zu sagen: Hier sind keine Mittel zulasten der B 5 weggezogen worden.

(Beifall der Abgeordneten Johannes Callsen [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Diesbezüglich lasse ich mich auch nicht instrumentalisieren, und wir dürfen nicht zulassen, dass wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte gegeneinander ausgespielt werden.

Für die Umweltuntersuchung wurde bereits ein Scoping-Termin durchgeführt. Ferner wurde der Auftrag für die technische Vorplanung der Verkehrsanlagen gegeben. Das Planfeststellungsverfahren soll Mitte 2010 eingeleitet und der Planfeststellungsbeschluss Ende 2011 erreicht werden. Geplanter Baubeginn wäre dann Anfang 2012 und Fertigstellung Ende 2015, also noch drei Jahre vor dem vertraglich vereinbarten Termin 2018.

Für den Ausbau der Schienenstrecke hat das Bundesverkehrsministerium kürzlich eine Planungsvereinbarung mit der DB Netz AG geschlossen. Auch hierfür gibt es eine konkrete Zeitschiene. Sie beginnt mit einer Vorstudie, in der alternative Varianten untersucht und bewertet werden. Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir alle sind kräftig dabei, das Projekt mit großem Elan voranzubringen.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein an der **Finanzierung**. Die Landesregierung hat in den Verhandlungen zum Staatsvertrag eine finanzielle Beteiligung von bis zu 60 Millionen € für die infrastrukturellen



**(Minister Dr. Werner Marnette)**

Maßnahmen für den Ausbau der Hinterlandanbindung gegenüber dem Bund zugesagt - vorbehaltlich natürlich der Zustimmung des Landtags. Diese Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2013 enthalten. Wir stehen zurzeit in Verhandlungen mit der Bundesregierung, in welcher Form diese 60 Millionen € eingebracht werden sollen. Herr Garg, wenn wir dies abgeschlossen haben, werden wir auch einen konkreten Projekt- und Finanzierungsplan vorlegen können. Das liegt in meinem eigenen Interesse. Ich habe schließlich genügend Projekte in meinem früheren Leben durchgeführt.

Ich möchte nun kurz auf die **Fehmarnsund-Brücke** eingehen. Die Fehmarnsundbrücke stellt zwischen der Autobahnseite von Deutschland kommend und der Fehmarnbelt-Querung zweifellos einen Engpass dar. Das ist nicht wegzudiskutieren; das ist eben so. Ich kann es leider nicht ändern. Deshalb werden wir in den weiteren Planungsüberlegungen einvernehmlich mit dem Bund darüber reden müssen, ob die Fehmarnsund-Brücke von heute zwei Fahrspuren auf vier zum Beispiel durch eine weitere Brücke ausgebaut werden muss. Ich halte dies auch mit Blick auf die sich dann möglicherweise sehr schnell abzeichnende Verkehrsentwicklung für dringend geboten.

Nach Expertenmeinung ist zurzeit noch kein Verkehrsengpass, das heißt ein Nadelöhr, zu befürchten, da die Verkehrsabläufe auf diesem relativ kurzen Teilstück durch betriebliche Maßnahmen optimiert werden können. Ich gebe allerdings zu: Das schwächste Glied in einer Kette bestimmt immer die Gesamtstärke. Sollte sich herausstellen, dass die Fehmarnsund-Brücke aufgrund steigender Verkehrszahlen zu einem Nadelöhr zu werden droht, muss dies natürlich schnellstmöglich beseitigt werden.

Momentan ist die Vorlage eines detaillierten Projekt- und Finanzierungsplans noch nicht möglich. Sobald wir einen detaillierten Projekt- und Finanzierungsplan erarbeitet haben, werden wir ihn Ihnen vorstellen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir ein Zeichen nach außen geben sollten, dass diese Aorta des Nord-Süd-Verkehrs für Schleswig-Holstein, für Norddeutschland, für Deutschland, für die Ostseeregion, aber auch für Europa von ganz herausragender Bedeutung ist. Dies ist ein ganz wichtiger Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft, unseres Landes und unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2249 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause. Wir treffen uns um 15 Uhr wieder und fahren mit Tagesordnungspunkt 16 fort.

(Unterbrechung: 13:19 bis 15:00 Uhr)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung fort. Ich begrüße Sie nach der Mittagspause. Wir machen in der Tagesordnung weiter mit dem Tagesordnungspunkt 16:

**Umsetzung der Resolution der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Bekanntmachung des Landtagspräsidenten  
[Drucksache 16/2225](#)

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 16/2256](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten der CDU-Fraktion, Herrn Hartmut Hamerich, das Wort.

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Schleswig-Holstein gern mit seinen weiten Horizonten wirbt, gibt es dafür gute Gründe: Der Blick auf größere Zusammenhänge ist angesichts der internationalen und globalen Verflechtungen von Wirtschaft und Politik unerlässlich. Begegnung, Zusammenarbeit und internationale **Netzwerke** sind unabdingbare Voraussetzungen für wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen.

Die jährliche Konferenz der Parlamente der Ostseeanrainerstaaten ist aus meiner Sicht ein ebenso gelungenes wie notwendiges Beispiel für die Vernetzung und den Informationsaustausch von Abgeord-

(Hartmut Hamerich)

neten aus der **Ostseeregion**. Ihr besonderer Wert liegt vor allem darin, dass Landtage und regionale Parlamente in Augenhöhe mit den nationalen Parlamenten des Ostseeraumes und ihren Regierungen Politik gestalten.

Schleswig-Holstein, der Schleswig-Holsteinische Landtag, ebenso wie die Landesregierung gehören zu den Pionieren der Zusammenarbeit im Ostseeraum, und sie sind aus der Entstehungsgeschichte von Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseerat nicht fortzudenken.

(Beifall des Abgeordneten Niclas Herbst [CDU])

Von diesen Grundlagen, von diesem Kapital zehren wir noch heute: Unser Land hat einen guten Namen im Ostseeraum. Wirtschaft und Politik ebenso wie zahlreiche **Nichtregierungsorganisationen** sind präsent, und sie sind geschätzte Partner.

Damit sind meine Eindrücke von der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz in **Visby** auf der Ostseeinsel Gotland umrissen. Die Konferenz hat von Jahr zu Jahr an Profil gewonnen. Dazu dürften vor allem die vom Ständigen Ausschuss eingesetzten Arbeitsgruppen beigetragen haben. In sie haben sowohl Abgeordnete aller Ostseeparlamente als auch Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft ihr Wissen und ihre Erkenntnisse zu aktuellen Themenschwerpunkten eingebracht. Diese standen auch im Mittelpunkt der Erörterungen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz: Klimawandel und Energieeffizienz, Energieversorgung und Versorgungssicherheit, Eutrophierung, maritime Politik sowie Arbeitsmarktfragen und soziale Angelegenheiten.

Der fraktionsübergreifende Antrag Drucksache 16/2256 nennt die wichtigsten Aussagen und Ergebnisse aus der umfangreichen **Konferenzresolution**. Die Resolution mag Außenstehenden vielleicht an einigen Punkten recht generell und zu wenig verbindlich erscheinen. Möglicherweise stellt die eine oder der andere auch die Frage nach ihrer Wirkungsmöglichkeit und Durchsetzungskraft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solche Einschätzungen und kritischen Stimmen begleiten die Ostseeparlamentarierkonferenz - wie im Übrigen alle anderen internationalen Gremien - von Anfang an. Wer aber Gelegenheit hat, ein wenig tiefer in die Strukturen und Verfahrensprozesse dieser internationalen Konferenz einzudringen, wird nicht umhin kommen, das Ergebnis zu würdigen.

(Beifall der Abgeordneten Niclas Herbst [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Es ist schon etwas Besonderes, und es hat politisches Gewicht, wenn mehr als zwanzig Parlamente und Parlamentarische Versammlungen einen gemeinsamen Willen äußern. Es ist schon etwas Besonderes, wenn Abgeordnete aus Parlamenten der EU-Staaten und von Nichtmitgliedern, Abgeordnete von nationalen Parlamenten und Regionalparlamenten, Vertreter des Europarates und des Europäischen Parlaments absolut gleichberechtigt zusammenwirken. Es ist auch etwas Besonderes, wenn die Regierungen des Ostseeraumes dieser Versammlung in der Person des Vertreters des **Ostseerats** Rede und Antwort stehen und diese Zusammenarbeit vertiefen wollen.

Ich hatte erstmals Gelegenheit, den Schleswig-Holsteinischen Landtag in dem Redaktionskomitee zu vertreten, das mit der Ausarbeitung der Schlussresolution beauftragt war. Ich möchte es nicht versäumen, mich in diesem Zusammenhang für die hervorragende Zusammenarbeit mit unserem Landtagsdirektor, Herrn Dr. Schöning, zu bedanken.

(Beifall bei CDU, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Es wird niemanden und schon gar keinen Parlamentarier verwundern, dass Konsens und Konflikt auch hier oftmals eng zusammenliegen. Erwartungsgemäß gab es eine breite Übereinstimmung in allen Fragen des Meeres- und des Umweltschutzes und den ehrgeizigen Plan, die Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln.

Die in der Resolution erwähnte schrittweise Entwicklung einer **landgestützten Stromversorgung** für Fracht- und Passagierschiffe während der Hafenliegezeit trägt erkennbar eine norddeutsche Handschrift. Sie zeigt auch die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit, die inhaltlichen Schwerpunkte des Parlamentsforums Südliche Ostsee mit denen der Ostseeparlamentarierkonferenz zu verbinden. Das ist in Visby in hervorragender Weise inhaltlich gelungen. Darüber hinaus war es eine Premiere, dass der amtierende Vorsitzende des Parlamentsforums Südliche Ostsee und Präsident des Sejmiks der Woiwodschaft Westpommern die Arbeit des Forums erläutern und seine Ergebnisse vorstellen konnte. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern in dem **Parlamentsforum Südliche Ostsee** ist mit Sicherheit ein wichtiges und tragendes Element dieser erfolgreichen parlamentarischen Kooperation.

Es ist auch kein Zufall, dass diese von enger Nachbarschaft und gleichen Interessen geprägte Zusam-

**(Hartmut Hamerich)**

menarbeit im südlichen Ostseeraum durch Konsens und Harmonie geprägt ist. Aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen - und die Erfahrungen von Visby hindern uns auch daran -, dass **geopolitische Konflikte**, an denen Ostseeanrainerstaaten beteiligt sind, die Ostseeregion insgesamt nicht unberührt lassen: Der russische Militäreinsatz in Georgien führte spürbar zu einer atmosphärischen Anspannung zwischen der russischen Delegation einerseits und den Parlamentsdelegationen aus dem Baltikum und Polen andererseits. Mochten die Kollegen aus der Staatsduma und den ostseenahe Regionalparlamenten der russischen Föderation noch so zurückhaltend sein, es war naheliegend und mit Händen zu greifen, dass die Vertreter der baltischen Parlamente und des Nachbarlandes Polen vor allem von der Frage berührt waren, was der von der russischen Seite in Anspruch genommene Interventionsanspruch im Kaukasus unter bestimmten Konstellationen für ihre Länder bedeuten könnte.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Ich versuche, meinen letzten Satz zu formulieren, und verzichte dabei auf das eine oder andere Komma.

(Heiterkeit)

Diese Anspannung prägte die Diskussion über die **Ostseepipeline**, die vom russischen Vyborg über finnische, schwedische und dänische Gewässer und durch deren jeweils ausschließliche Wirtschaftszonen zur deutschen Ostseeküste im Raum Greifswald als Anlandepunkt verlaufen soll.

(Zurufe - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von mir kriegt er auch eine Minute!)

- Das ist gut, ich danke meinen Kollegen - wenn das vom Präsidium anerkannt wird.

Für die einen ist das eine willkommene Diversifizierung der Transportwege für russisches Erdgas und somit ein Beitrag zur Sicherung der Gasversorgung Europas, für die anderen ist es ein Faustpfand und Stellschraube für Abhängigkeiten von einem unkalkulierbaren Regime mit zunehmend aggressivem Weltmachtgehabe.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter, trotz der Unterstützung der anderen Fraktionen bitte ich Sie, jetzt Ihren letzten Satz zu formulieren.

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Innerhalb dieser Spannbreite bewegen sich die Diskussionsbeiträge.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall)

Ich formuliere jetzt wirklich meinen letzten Satz: Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat nicht nur ihre Entscheidungs- und Artikulationsfähigkeit auch unter schwierigen Bedingungen bewiesen. Sie hat auch ein weiteres Mal zur Horizonterweiterung beigetragen. Ich wünsche mir, dass das in die Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtags mit einfließt.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter!

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und schließe hiermit meinen Redebeitrag.

(Beifall bei CDU, SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie jetzt mit mir auf der Tribüne Mitglieder des Deutschen Hausfrauenbundes, Ortsverband Mölln, sowie Mitglieder des 1. Instandsetzungsbataillons 166 der Graf-Rantzau-Kaserne in Boostedt. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Astrid Höfs.

**Astrid Höfs [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz in Visby wurden mehrere bedeutende Schwerpunkte diskutiert, nämlich Energieeffizienz und Klimawandel, Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten sowie die maritime Politik und der Helcom-Baltic-Sea-Action-Plan.

(Astrid Höfs)

Durch die **Globalisierung** wird jetzt auch immer deutlicher, dass wir die großen Aufgaben unserer Zeit nicht nur gemeinsam auf den Weg bringen, sondern auch die Ziele gemeinsam umsetzen müssen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass in diesem Jahr die **soziale Situation** der Ostseeanrainerstaaten beraten wurde. Auf Initiative des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, und dem dann folgenden Beschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin wurde die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ eingerichtet, die sich schwerpunktmäßig mit der Jugendarbeitslosigkeit und der Situation der Grenzpendler beschäftigt hat. Die Arbeit der Gruppe richtet sich an der Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz aus, die gefordert hat, vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Grenzgängern politische Maßnahmen zur Einrichtung von **Informationszentren** in der Region an stark frequentierten **Grenzübergängen** zu unterstützen. Diese sollen die **Mobilität** von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fördern, und sie sollen in Sozialversicherungsfragen beraten, die in den EU Staaten bekanntlich sehr unterschiedlich sind. Ebenso sollen sie Arbeitsmärkte fördern, die auch benachteiligte Gruppen sowie junge Menschen integrieren.

Erste Ergebnisse wurden bereits in Visby präsentiert. In der Ostseeregion gibt es vor allem zwischen den westlichen und den nördlichen Anrainern gut institutionalisierte Informationszentren und Projekte zur Förderung des grenzüberschreitenden **Arbeitsmarktes**. Dagegen sind die Informationsstrukturen für **Grenzpendler** an den Grenzen zwischen den östlichen und den südlichen Ostseeanrainern bisher nur wenig entwickelt. Hier gibt es in jedem Fall einen Nachholbedarf. In Schleswig-Holstein arbeitet das Infocenter Grænse, das wir sehr gut kennen, seit 2004 sehr erfolgreich daran, die Grenze für Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durchlässiger zu gestalten.

In Schleswig-Holstein ist die Bekämpfung der **Jugendarbeitslosigkeit** das wichtigste arbeitsmarktpolitische Ziel der Landesregierung. Mit den Projekten „Schule und Arbeitswelt“ und „Bündnis für Arbeit“ wird versucht, der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Diese Erfahrungen konnten dort aus Schleswig-Holstein eingebracht werden. Positiv zu bewerten ist auch die Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ mit den **Sozialpartnern**, unter anderem mit dem interregionalen Gewerkschaftsverband BASTUN. Geplant ist, die verschiedenen Strukturen, Projekte

und Aktivitäten der Regionen zu analysieren. Auf der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 wird die Arbeitsgruppe eine Zusammenfassung vorlegen und Empfehlungen für die Umsetzung geben.

Ingesamt ist es angesichts der zurzeit stattfindenden Diskussion über die soziale Dimension Europas zu begrüßen, dass sich die Ostseeparlamentarierkonferenz verstärkt auch mit sozialen Themen beschäftigt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist gerade in der Ostseeregion, die vor der enormen Herausforderung steht, das große **sozio-ökonomische Gefälle** zwischen **östlichen und westlichen Ostseeanrainern** zu verringern, eine wichtige und nicht zu vernachlässigende Befassung. Die wachsende Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirft neue Fragen im Bereich der Portabilität von Sozial- und Arbeitslosenversicherung auf, die geklärt werden müssen. Diese Fragen können nur geklärt werden, wenn die Mitglieder auch in diesem Bereich stärker zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen austauschen.

Gute Bildung und Ausbildung, gute Arbeit - das bedeutet auch, dass man von seiner Arbeit leben können muss - und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sowie die Förderung der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sind wichtige sozialpolitische Herausforderungen, denen sich alle Ostseeanrainer stellen müssen, um den erreichten Wohlstand der Menschen in der Ostseeregion und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu sichern. Dazu gehören auch die Unterstützung des **sozialen Dialogs** und der Mitbestimmung, die Eindämmung der Leiharbeit und der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. **Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit** ist nachhaltig nur durch soziale Gerechtigkeit zu erreichen und zu erhalten. Der Austausch von Erfahrungen kann dazu beitragen, Modelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes und zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erarbeiten. Er sollte deshalb fortgeführt und ausgebaut werden. So kann die Ostseeregion auch zu einer Modellregion für die Ausgestaltung eines sozialen Europas werden.

Bereits bei den Diskussionen über die integrierte Meerespolitik haben wir das Ziel benannt, die **Ostsee** zu einer **maritimen Modellregion** Europas zu entwickeln. Auch im Bereich Klimawandel und Energiefragen soll enger zusammengearbeitet werden. Das ist auch ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer Modellregion Ostsee in Europa.

(Astrid Höfs)

(Beifall bei SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Astrid Höfs. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es wirklich kurz machen, denn Herr Kollege Hamerich und Frau Kollegin Höfs haben die Inhalte, um die es auf der Ostseeparlamentarierkonferenz in Visby auf der Insel Gotland ging, hier eingehend dargelegt. Ich möchte bekräftigen, dass wir als Mittragsteller der gemeinsamen interfraktionellen Resolution die Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz unterstützen. Abschließend möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass die isländischen Kollegen in der Lage sein werden, auch an der im kommenden Jahr stattfindenden Ostseeparlamentarierkonferenz teilnehmen zu können.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Klug und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen die Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz und freuen uns, dass die Konferenz der Ostseeanrainerstaaten in Visby so produktiv und mit gutem Ergebnis verlief. Die Beschlüsse der Kolberg-Konferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee wurden in den wichtigsten Teilen übernommen.

Dass im Bereich des **Klimaschutzes** dringend gehandelt werden muss, wurde von der Konferenz einmütig erkannt. Die von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen müssen in signifikantem Maße reduziert werden. Wenn wir auf dem derzeitigen Level verbleiben, verbrauchen wir innerhalb von drei Generationen sämtliche fossilen Energievorräte dieser Welt. Unsere Vorräte sind begrenzt. Die atomaren Abfälle und der Klimawandel bedrohen als Ewigkeitskosten kommende Generationen. Die im Zusammenhang mit diesen **Emissionen** verbundenen Kilowattstunden Strom werden dann verbraucht sein, wenn sie die kommenden Generatio-

nen belasten. Es ist völlig klar, dass die nach uns kommenden Generationen ihre Energie nicht mehr so erzeugen können, wie wir das tun. Da helfen keine Kohlekraftwerksneubauten und auch keine AKW-Restlaufzeitverlängerungen.

Nach der Bundestagswahl 2005 vereinbarten die Koalitionsparteien das Folgende, das ich mit Ihrer freundlichen Erlaubnis zitiere, Frau Präsidentin:

„CDU/CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen, in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.“

Heute, am Ende des dritten Jahres der Legislaturperiode, müssen wir feststellen, dass die Große Koalition, die im Bundestag über eine Zweidrittelmehrheit und im Bundesrat ebenfalls über eine entsprechende Mehrheit verfügt, in der Frage der **Entsorgung abgebrannter Brennelemente** nicht einen einzigen Schritt vorangekommen ist. Dies gilt allerdings für die **Ostseeregion** insgesamt. Daher ist es sehr zu kritisieren, dass für das **Gebiet Kaliningrad** ein neues **Atomkraftwerk** projektiert wird. Nirgendwo auf der Welt ist die atomare Endlagerung bisher sicher in einem Modell dargestellt.

Auch für die Ostseeregion gilt: Wir brauchen die **ökologische Energiewende**. Der erste und entscheidende Schritt dabei ist die Einsparung von Energie. Hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Für uns nenne ich nur ein Beispiel, nämlich den Ersatz von alten Umwälzpumpen in unseren Heizsystemen durch hocheffiziente Modelle. Dies allein würde zwei oder mehr Großkraftwerke einsparen. Der Hersteller sitzt in Trappenkamp. Die Firma Grundfos stellt diese modernen Pumpen her, die weniger teuer sind als die normalen Pumpen. Im Ostseeraum warten insbesondere die ehemaligen Ostblockländer auf Thermostatventile für die Heizkörper und auf Wärmeschutzglas in neuen Fenstern. Hier hat die Konferenz - wie ich finde - wegweisende Grundsätze beschlossen. Wir empfehlen der Regierung, diese zu übernehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen und erteile für den SSW im Landtag Frau Anke Spoorendonk das Wort.

### Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwerpunktthema der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz war die Ostsee selbst. Fast symbolisch wirkte daher der Austragungsort der Konferenz Visby auf der schwedischen Insel Gotland. Man befand sich sozusagen im Herzen der Ostsee. Leider konnte ich in diesem Jahr nicht selbst an der BSPC teilnehmen. Der Grund war ein anderer schöner Anlass, nämlich die Einweihung des neuen dänischen Gymnasiums in Schleswig. Dennoch wäre ich gern dabei gewesen, weil das gesprochene Wort auf solchen Konferenzen - und damit meine ich nicht nur Statements und Referate - eine ganz andere Qualität hat als nachzulesende Texte.

Die verabschiedete **Resolution** macht deutlich, dass wir es bei den angepackten Arbeitsaufgaben mit dicken Brettern zu tun haben. Dabei ist es aus Sicht des SSW wichtig, daran festzuhalten, dass die **Umsetzung** - also die eigentliche Politik - in den **Parlamenten** der Ostseeanrainerstaaten erfolgen muss. Dort müssen Beschlüsse gefasst und Gesetze auf den Weg gebracht werden. Mit guten Absichten allein ist die Ostsee nicht zu retten.

Konkret gilt es unter anderem, den Ostseeaktionsplan von HELCOM in die nationale Gesetzgebung zu implementieren. Als Berichterstatterin für die BSPC-**Arbeitsgruppe „Eutrophierung“**, die sich seit 2006 mit der Verschmutzung der Ostsee auseinandersetzt, stellte die finnische Abgeordnete Christina Gestrin einen Fragenkatalog vor, den zu beantworten sowohl die Parlamente als auch die Regierungen der Ostseeländer aufgefordert waren. Damit verbunden war die Bitte um Rückmeldung bis März 2008.

Die zentrale Frage lautete: Was haben die Parlamente und Regierungen konkret getan, um den **HELCOM-Aktionsplan** in ihrem eigenen Land umzusetzen? - Wenn ich ihr Referat richtig gelesen habe, dann gibt es noch längst nicht von allen Ostseeanrainerstaaten Rückmeldungen - von Deutschland schon. Das ist gut so und sollte auch so sein. Ich hoffe aber, dass wir uns im Europaausschuss berichten lassen können, wie die Antworten im Einzelnen aussehen, was aus meiner Sicht auch so verstanden werden sollte, dass die **Zusammenarbeit** zwischen dem **Bund und den Ländern** in diesem Bereich noch verbesserungsfähig ist. Dazu gehört zum Beispiel auch die Frage, wie es mit der Formulierung eines nationalen Aktionsplans bis 2010 aussieht.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich in vielen Debatten mit dem Thema „**Integrierte Meerpolitik**“ befasst. Wir sind uns einig, dass Schleswig-Holstein hier viel zu bieten hat. Mit Europaminister Döring und seiner Arbeit im Ausschuss der Regionen sind wir in dieser Hinsicht auch gut aufgestellt. Ich bleibe aber dabei: Der Landtag darf sich nicht zurücklehnen und alle Initiativen der Regierung überlassen. Aus Sicht des SSW gehört die Ostseekooperation zu den Kernaufgaben unseres Parlaments. Das soll heißen: Es ist meiner Meinung nach höchste Zeit, dass wir uns überlegen, wie wir uns wieder aktiver in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz einbringen können - auch über das Standing Committee.

Die Resolution der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz enthält insgesamt eine Reihe von Punkten, die es verdient hätten, in einer Parlamentsdebatte gewürdigt zu werden. Ich denke dabei an die Maßnahmen zur Klimapolitik und zur Stärkung der regenerativen Energiequellen. Und ich denke nicht zuletzt an die Forderung nach Schaffung eines **IMO-Regelwerks** für mehr **Schiffssicherheit** auf der Ostsee und für mehr **Umweltschutz**.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Konrad Nabel [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Lars Harms [SSW])

Lassen Sie mich zuletzt aber noch ein anderes Thema ansprechen. Denn zu Recht enthält die Resolution auch die Forderung nach einer Stärkung der **sozialen Dimension** in der **Ostseekooperation**. Konkret geht es um transparente Spielregeln für die Mobilität von Arbeitskräften und um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die zuständige Arbeitsgruppe zu diesem Thema wird erst auf der Ostseeparlamentarierkonferenz im nächsten Jahr Bericht erstatten. Wir sollten uns aber im Europaausschuss über den Fortgang der Arbeit berichten lassen. Dabei möchte ich wiederholen, was ich schon letztes Jahr hervorhob: Die Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Grenzland über die Etablierung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts sollten in diese Arbeit einfließen. Spätestens seit ihrer Reise nach Breslau und Posen wissen die Mitglieder des Bildungsausschusses, wie groß der Umfang der sozialen Probleme ist, wenn Kinder und Jugendliche zu Hause zurückgelassen werden, wenn die Eltern im Ausland Arbeit gefunden haben.

Die diesjährige Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich auch mit der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit dem Ostseerat befasst. Solche Problemstellungen reißen natürlich selten die Menschen vom Hocker, dennoch sind sie wichtig. Und

**(Anke Spoorendonk)**

gerade im Verhältnis zum Ostseerat hakte es in der Vergangenheit immer wieder.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

- Ja, das tue ich, Frau Präsidentin.

Wenn aber die Ostseeparlamentarierkonferenz als **parlamentarische Dimension** in der Ostseekooperation verstärkt wahrgenommen werden soll, dann führt kein Weg daran vorbei, sich auch mit solchen Strukturen auseinanderzusetzen. Auch das ist ein Thema für den Europaausschuss, nicht zuletzt, weil vorgesehen ist, die Arbeit des Ostseerates an bestimmten Prioritäten auszurichten. In der Vergangenheit - das ist wirklich mein letzter Satz, Frau Präsidentin - hat sich Schleswig-Holstein mehrfach in den Bereichen Zivilgesellschaft und Minderheiten positiv hervorgehoben. Ich denke, wir müssen aufpassen, dass diese Themen bei der künftigen Ausrichtung des Ostseerates nicht hinten runterfallen.

(Beifall bei SSW, SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort für einen Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Manfred Ritzek.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaube ich nicht!)

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ein bisschen Zeit gewonnen durch die Kurzbeiträge derjenigen, die nicht dabei waren. Ich war bei der Ostseeparlamentarierkonferenz dabei und möchte auf Details nicht mehr eingehen. Aber einiges hat Frau Kollegin Spoorendonk schon erwähnt, was von entscheidender Bedeutung ist.

Diese Ostseeparlamentarierkonferenz hat bezogen auf die letzten beiden oder die letzten drei Konferenzen in Reykjavik, Berlin und jetzt Visby eine Entwicklung gezeigt, die unvorstellbar ist, wenn man an diesen Konferenzen nicht teilgenommen hat. Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat ein hohes Ansehen erreicht, auch bei den Institutionen,

die vor einigen Jahren der Ostseeparlamentarierkonferenz noch kritisch gegenüberstanden oder nicht - jedenfalls nicht umfassend - bereit waren, die Ostseeparlamentarierkonferenz zu unterstützen. Das gilt besonders auch für den **Nordischen Rat**, in dem die fünf Länder Island, Norwegen, Finnland, Dänemark und Schweden zusammenkommen. Das gilt insbesondere aber auch für den **Ostseerat**, der die Regierungen repräsentiert; in ihm sind die Außenminister von acht EU-Ländern vertreten und zusätzlich die Außenminister von Russland, Island und Norwegen. Das gilt auch für das Parlamentsforum Südliche Ostsee, das noch nicht so lange aktiv ist, sondern erst seit etwa fünf Jahren. Auch HELCOM muss erwähnt werden.

Diese Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen der Parlamentarier und der Regierungen ist das Entscheidende, das besonders bei diesem Mal zu spüren war, nämlich dass diese Institutionen zusammenarbeiten und für die Ostseeanrainerstaaten wirklich etwas erreichen wollen.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Rolf Fischer [SPD])

Es kommt nicht darauf an, dass wir über die Resolution sprechen oder dass wir sie gelesen haben, sondern es kommt darauf an, dass wir handeln. Und dieses Handeln ist von namhaften Rednern während dieser Ostseeparlamentarierkonferenz gefordert worden. Ich zitiere Herrn Westenberg, den Präsidenten des schwedischen Reichstags, der sagte: Das Ziel dieser Konferenz muss ergebnisorientiert sein.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Rolf Fischer [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und Frau Bohlin, die Vorsitzende des Baltic Sea Parliamentary Conference Standing Committee, sagte: Wir müssen uns deutlich den **Regierungen** gegenüber mit konkreten Forderungen ausdrücken, die wir an die Regierungen stellen. Sie sagte weiter: Wir müssen die Resolution auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall bei der FDP)

Ich ergänze das, was Kollegin Spoorendonk sagte: Wir haben mehrere Seiten Resolution. Lassen Sie uns die entscheidenden Passagen herausnehmen, bei denen wir wissenschaftlich und technologisch spitzenmäßig aufgestellt sind. Lassen Sie uns diese einzelnen Positionen, bei denen wir wirklich outstanding sind, in das Parlament tragen und die Regierung auffordern, sie umzusetzen. Das ist die

(Manfred Ritzek)

Aufgabe der Resolution. Dann handeln wir und hören nicht nur zu.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herr Uwe Döring.

**Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nur unterstreichen, was Frau Spoorendonk und Herr Ritzek gesagt haben. Wir würden uns freuen, wenn sich das Parlament hier stärker einbringt und wir das gemeinsam machen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Nur gemeinsam sind wir letztlich in dieser Frage stark, und wir brauchen auch eine entsprechende Öffentlichkeitswirkung, die das Parlament mindestens so gut erreichen kann wie die Regierung. Die Aktivitäten des Parlaments und der Regierung passen auch nahtlos aneinander. Wir sind da gar nicht auseinander. Gerade die **Resolution von Visby** zeigt das sehr deutlich.

Die **Schwerpunkte** berühren Bereiche, die eine wichtige Rolle im Bereich der EU-Ostseestrategie spielen werden, die nächstes Jahr unter schwedischem Vorsitz beschlossen werden soll. Lassen Sie mich in diesem Bereich nur drei Dinge herausstreichen, die aus meiner Sicht ganz wichtig sind und auch Bestandteil sein sollen.

Erstens. Es gilt, den **Klimaschutz** zu verbessern und die Energieeffizienz zu erhöhen. Hierzu sollten wir auch die neuen INTERREG-Projekte nutzen. Wir sollten sie entsprechend einbringen und Projekte nach vorn bringen, die dieses auch befördern.

Zweitens. Es geht darum, den dramatisch schlechten **ökologischen Zustand der Ostsee** zu verbessern. Hier gibt es einen ambitionierten Plan von HELCOM - den Ostseeaktionsplan. Dieser muss ein wichtiger Umweltteil einer EU-Ostseestrategie werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Drittens. Es gilt, die von Schleswig-Holstein formulierte und von der Ostseeparlamentarierkonfe-

renz bekräftigte Vision zu verwirklichen, die Ostsee bis 2015 zur **maritimen Modellregion** zu entwickeln.

Unter dem Strich geht es immer wieder um das Gleiche: die wirtschaftlichen Potenziale der maritimen Wirtschaft zu nutzen, gleichzeitig aber dafür Sorge zu tragen, dass marine Ressourcen und maritime Umwelt nachhaltig und dauerhaft geschützt werden.

Vor diesem Hintergrund sollte die regionale **Umsetzung der europäischen Meerespolitik** ein Schwerpunkt der EU-Ostseestrategie werden. Dafür setze ich mich auch entsprechend ein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Dies wird wiederum nur gelingen, wenn wichtige Ostseeinstitutionen einbezogen werden, und da spielt gerade der **Ostseerat** eine ganz, ganz wichtige Rolle. Es muss ein überwölbendes Dach und eine koordinierende Stelle für die ganzen Institutionen geben, die wir haben. Wichtig ist bei dieser EU-Ostseestrategie auch, dass die **Nicht-EU-Mitglieder** wie die Russische Föderation, wie Norwegen und auch Island entsprechend einbezogen werden.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir können es nur gemeinsam machen, und wir dürfen die nicht ausgrenzen. Eine alleinige EU-Strategie ist zu kurz gesprungen.

Angesichts der enormen **Wachstumsraten im Seeverkehr** spielt die Verbesserung der Umwelt- und Klimaverträglichkeit des Schiffsverkehrs eine Schlüsselrolle. Schiffe sind unbestritten im Umweltranking der beste Verkehrsträger. Aber im Bereich der **Emissionen** sind erhebliche Verbesserungen erforderlich. Wir haben jetzt in Lübeck die **Landstromanbindung**,

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

aber das ist nur ein Baustein. Wir müssen auch daran denken, dass es nicht nur um Luftqualität in Häfen geht. Die meisten **Emissionen** werden **auf See** produziert. Deswegen müssen wir in der Zukunft auf die Verwendung schwefelarmer Kraftstoffe, die Reduzierung der Menge des verbrauchten Treibstoffes,

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])



(Minister Uwe Döring)

die Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den **Emissionshandel** setzen.

Reduzierung des **Treibstoffverbrauchs** heißt aber auch verbesserte Energieeffizienz, Entwicklung alternativer Antriebssysteme, Einsatz alternativer Treibstoffe für die Schifffahrt bei Schiffsneubauten. Hier müssen Anreize geschaffen werden. Wir haben zukunftsweisende Ideen, Nutzung von Windkraft, aber insbesondere auch die Brennstoffzellentechnologie, von der ich annehme, dass sie die Technologie der Zukunft sein wird. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir auf europäischer Ebene über ein **Clean-Ship-Projekt** diskutieren, das so etwas miteinander verbindet.

(Beifall bei SPD und CDU)

Lassen Sie mich zum Bereich **Arbeitsmarkt** zwei Punkte sagen. Innerhalb der Europäischen Union haben wir rechtlich verbrieft die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In Wirklichkeit gibt es viele Hemmnisse. Es sind nicht nur die Sprachhemmnisse zu bewältigen, sondern es geht auch um rechtliche und kulturelle Probleme. Lassen Sie mich ein Beispiel hierzu nennen, insbesondere wenn ich an unsere Nachbarn in Dänemark denke. Wir haben das Problem der unterschiedlichen **Berufsabschlüsse**. Ich habe mich dafür eingesetzt und bin sehr froh, dass es auf meine Initiative hin inzwischen Gespräche zwischen der deutschen und der dänischen Regierung gibt, die dazu führen sollen, dass eine Vielzahl von Berufsabschlüssen wechselseitig automatisch anerkannt wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Auf diese Weise können wir versuchen, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Auch hier haben wir entsprechende grenzüberschreitende Projekte. Wir wollen Erfahrungen im Arbeitsmarkt bei unseren **skandinavischen Nachbarn** machen. Hierzu stellen wir in meinem Haus aus dem Zukunftsprogramm „Arbeit“ in den nächsten zwei Jahren 1,2 Millionen € bereit.

Insgesamt gilt für alles: Aus Visionen muss Wirklichkeit, müssen Aktionen werden. Zum Schluss gilt die Weisheit von Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2256 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2185

Ich erteile dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

**Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die biologische Vielfalt ist bedroht. Diese Aussage trifft nicht nur weltweit, sondern grundsätzlich auch auf Schleswig-Holstein zu. Wir sind zwar nicht Brennpunkt des Artensterbens - das sind sicherlich eher die äquatorialen Bereiche der Regenwälder -, aber auch bei uns gibt es **Artenrückgang**. Unsere Probleme haben wir in verschiedenen Lebensräumen. **Hochmoore** und **Heiden** sind entweder verschwunden oder in einem schlechten Zustand. Alte **Feuchtlebensräume** sind entwässert worden. Die Landwirtschaft - das wissen Sie - hat sich in den letzten 50 Jahren stark gewandelt. Es gibt nach wie vor den Preisdruck durch den Verbraucher, der leider immer noch nicht bereit ist, angemessen zu bezahlen. Darüber hinaus müssen sich Landwirte immer stärker einer globalisierten Welt stellen, in der die Umweltschutzelange, die wir heute geltend machen, leider nicht überall zählen.

Dennoch gibt es einige positive Nachrichten, die ich auch nicht verhehlen möchte. Wir haben eine ganze Menge von Vogelarten, die heute in einem guten Erhaltungszustand sind. Viele Entenarten, die Nonnengans, Habicht, Bussard und auch der Zaunkönig - immerhin 80.000 Stück in Schleswig-Holstein -, sprechen die eine Sprache. Wir haben einige **Großvogelarten**, die heute wieder in einem guten Zustand sind. Den Seeadler, Kranich und Uhu möchte ich an dieser Stelle nennen, aber auch der Otter und der Biber sind wieder da. Dies darf jedoch nicht verhehlen, dass wir andere Vogelarten haben, vor allem die Wiesenbrüter, die in einem sehr schlechten Erhaltungszustand sind. Storch,

**(Minister Dr. Christian von Boetticher)**

Wachtelkönig, Kiebitz, aber auch die hier bekannte Nachtigall und der Kuckuck sind in Schleswig-Holstein akut von dem Artenrückgang betroffen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie sprechen die Trauerseeschwalbe an. Diese steht im Gegensatz zur Flusseeeschwalbe, die in einem sehr guten Erhaltungszustand ist. Hieran erkennt man die regionalen Unterschiede, Herr Abgeordneter.

Wir stellen fest, dass Erfolge dort auftreten, wo wir einen breiten **Dialog mit der Bevölkerung** gesucht haben und wo der Staat starkes **privates Engagement** unterstützt. Das sind manches Mal wirklich kleine Gruppen. Ich denke hier an die Seeadler-schutzgruppe, die hervorragende Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Manches Mal sind es **Verbände** wie der NABU bei der Fledermaus, der mit seinem Einsatz dort dafür verantwortlich ist, dass viele Fledermausarten in Schleswig-Holstein wieder in einem guten Zustand sind.

Worum geht es? - Es geht darum, die großen Projekte, die wir europaweit für den **Artenschutz** auf den Weg gebracht haben, vor allem die Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, mit dem **ökosystematischen Ansatz** fortzusetzen, ein Ansatz, der von Anfang an auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange Rücksicht nimmt und der die Menschen ganz stark in die Projekte mit einbezieht. Darum glauben wir, dass die **natürliche Vielfalt** in Schleswig-Holstein vor allem wieder dann auf die Beine kommt, wenn wir bei den Projekten, die wir jetzt zur Umsetzung von **FFH** und **Vogelschutz** vornehmen, die Menschen mit einbinden, wenn wir gerade in den Schutzgebieten NATURA 2000 die Menschen mitnehmen.

Ganz konkret stehen die Maßnahmen zur **Umsetzung** an, die den Erhaltungszustand in den Lebensräumen und bei den Arten verbessern sollen. Unser Ansatz, das Ganze über **lokale Aktionen** und **Bündnisse** zu machen, die fachlich vom Ministerium begleitet und finanziell vom Ministerium unterstützt werden, aber die eine große Arbeit vor Ort leisten, zum Beispiel im Gebiet der Treene oder im Aukrug, sind zukunftsweisend und wird mittlerweile von der Kommission als best practice für Europa anerkannt. Kommissar Dimas hat uns bei der **Artenschutzkonferenz** in Bonn ganz ausdrücklich für

diesen Ansatz auf einer gemeinsamen Pressekonferenz gelobt, weil auch dort erkannt worden ist, dass wir die Menschen für die Umsetzung am Ende brauchen und dass sich Arten immer dann besonders helfen lassen, wenn vor Ort Engagement vorhanden ist.

Das alles wollen wir durchführen, insbesondere auf unseren Naturschutzflächen. Wir müssen weiterhin die **Nährstoffeinträge** vermindern. Dafür ist eine verbesserte **Beratung** gerade in der Landwirtschaft notwendig. Das betrifft vor allem Grünlandflächen, auf denen seltene Amphibien, Pflanzen oder auch die Wiesenvögel leben. Hier werden wir einen stärkeren Ansatz im Vertragsnaturschutz haben. Dafür haben wir die Mittel für den Vertragsnaturschutz in der nächsten Förderperiode sehr stark erhöht. Das ist sicherlich ein wichtiger Baustein.

Unsere Naturschutzstrategie muss daher erreichbare praxisgerechte Ziele beschreiben, effektive Methoden und Instrumente entwickeln, flexibel auf neue Entwicklungen reagieren und die Menschen in die Entscheidung mit einbeziehen. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Minister und erteile für die antragstellende Fraktion dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich meine kirchenchorerprobte Stimme nicht als das erwies, was man ihr normalerweise abverlangen kann, hat mir die Kollegin Anette Langner ein Lutschdragee gegeben. Ich hoffe, dass ich mit neuer stimmlicher Kraft zur Biodiversitätsstrategie reden kann.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für den Bericht zur Biodiversität. Er liest sich auf den ersten Blick wie aus grüner Feder diktiert und dokumentiert in eindrucksvoller Weise gleichermaßen die Gefährdung der Natur als auch gute Gründe für deren Schutz, Gründe, die selbst den letzten Betonkopf überzeugen müssten.

Das **Ökosystem Erde** liefert Jahr für Jahr einen Wert von 64 Millionen \$. Davon könnte man rund

(Detlef Matthiessen)

100-mal den Turbokapitalismus der US-Banken vor dem Untergang retten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Schutz der **biologischen Vielfalt** muss uns also nicht nur ein Anliegen sozusagen aus Respekt vor der Natur und der Schöpfung sein, sondern er hat auch eine ganz harte ökonomische Komponente. Es bedarf in einigen Fällen harter Entscheidungen und Maßnahmen, um diesen Schatz der Natur, die unendlichen Werte, vor der Zerstörung zu retten.

Die **Situation** der biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, mehr als besorgniserregend. Jede dritte Säugetierart, jede zweite Vogelart, zwei Drittel aller Amphibienarten und beinahe jede zweite Gefäßpflanze sind bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht. Das ist ein dramatischer Verlust, ein Aderlass, den wir uns nicht länger leisten können und dürfen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Was wir jetzt brauchen, sind ganz konkrete Maßnahmen und Zielvereinbarungen mit definierten Etappenzielen. Wie auch beim Klimaschutz haben wir kein Wissensproblem; wir haben ein **Umsetzungsproblem**.

Herr Minister, Sie erwähnten eine Reihe durchaus lobenswerter und auch erfolgreicher Maßnahmen und Projekte. Das wollen wir nicht kleinreden oder schmälern.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers  
[CDU])

Schließlich sind viele dieser Projekte und Schutzmaßnahmen unter Leitung Ihrer Amtsvorgänger auf den Weg gebracht worden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Was wir vermissen, sind konkrete, überprüfbare - nicht nur Absichtserklärungen - Programme und Aktionen. So fordern wir zum Beispiel die Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Flächenverbrauch und die **Reduzierung des Flächenverbrauchs** von derzeit 120 ha pro Tag - meine Damen und Herren, 120 ha pro Tag! - auf 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020. Schöner wäre fast kein Flächenverbrauch. Eine Landschaft, die immer mehr in Stücke geschnitten wird, kann die Vielfalt von Ar-

ten nicht erhalten. Sie schreiben das ganz richtig selbst in Ihrem Bericht. Bis wann soll der Flächenverbrauch und der Schwund von Arten des Ökosystems gestoppt werden? Bedauern allein hilft nicht weiter.

Wir fordern die **Umsetzung** der FFH-Vogelschutzrichtlinie,

(Der Abgeordnete Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] trinkt einen Schluck Wasser - Minister Dr. Christian von Boetticher: Ausgerechnet an dieser Stelle!)

den Abschluss der Schutzgebietsausweisungen bis 2010, die Erstellung von Managementplänen für alle Gebiete und die Verbesserung des Erhaltungszustandes aller Arten und Lebensraumtypen bis 2020.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir fordern die Präzisierung und Ökologisierung beziehungsweise Festlegung einer guten fachlichen Praxis in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft bis 2010 und die Schaffung eines Systems von Wäldern mit natürlicher Entwicklung auf 5 % unserer Waldfläche.

Eine Vogelart haben Sie in Ihrem Bericht nicht erwähnt, Herr Minister. Das ist die **Trauerseeschwalbe**. Die Trauerseeschwalbe - ich sagte es schon - ist Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzung hier im Landtag gewesen. Ich habe immer gesagt: Ich will mich gar nicht um Methoden streiten, darüber, welchen Weg wir gehen. Sie sagen immer, Sie gingen mit den Menschen. Wir haben Reihen von Anhörungen durchgeführt, Verbände einbezogen. Maßstab kann doch nur eines sein, nämlich der Erhalt der Trauerseeschwalbe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter Matthiessen, zum Schutz Ihrer Stimme: Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz. - Herr Minister, wenn ich erlebe, dass im Verantwortungsbereich Ihres Hauses auf **Eiderstedt** ein **Wasserregime** mit Pegelständen gemacht wird, die dazu führt, dass Maulwürfe am Grunde von Entwässerungsgräben zu finden sind, wo die Trauerseeschwalbe eigentlich ihr Nahrungsreservoir auf Was-

**(Detlef Matthiessen)**

serflächen hat, dann stelle ich fest, in Ihrem Verantwortungsbereich ist durch Ihre Politik ein sehr großer Beitrag zum tatsächlich zu beobachtenden Artenschwund geleistet worden.

(Ursula Sassen [CDU]: Das steht alles unter Wasser!)

Das ist der einzige Maßstab, über den ich mit Ihnen reden will: das Vorkommen.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Bitte kommen Sie zum Schluss!

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Haben wir steigende Bestände von Trauerseeschwalben, die wir schützen wollen, auf Eiderstedt? Wir haben sie nicht. Wir haben geradezu ein Erliegen auf dem Stand von fast null.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Minister Dr. Christian von Boetticher: Was sagen Sie zu den anderen 200 Arten? Offensichtlich ist er sonst mit uns zufrieden!)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese das Wort.

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an den Anfang einen herzlichen Dank an Sie, Herr Minister Dr. von Boetticher, und an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für Ihre Rede hier heute in diesem Hohen Haus, aber auch für den abgelieferten Bericht und die Bilanz, für die dieser Bericht spricht, stellen. Ich komme im Einzelnen darauf zurück.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Matthiessen, ich danke Ihnen dafür, dass Sie im Großen und Ganzen - so war mein Eindruck - diesem Bericht doch einen gewissen Respekt gezollt haben. Ich erinnere Sie doch gern daran - auch wenn Sie jetzt ein paar Jahre in der Opposition sind -, dass all die Forderungen, die Sie aufgestellt haben, bereits seit Langem hätten erfüllt werden können in der Zeit, in der wir grüne Umweltminister in diesem Land hatten. Leider haben Sie da eine grottenschlechte Bilanz.

(Beifall bei der CDU)

Der **Verlust von Biodiversität**, das heißt der Verlust von Lebensräumen und damit der Verlust von Arten und damit verbunden der Verlust genetischer Vielfalt ist nach wie vor Thema. Darum bin ich dankbar, dass Sie als Grüne dieses Thema ins Parlament gebracht haben. Wir müssen das Thema weiterhin ernst nehmen. Wir diskutieren das vor folgendem Hintergrund: Kürzlich hat der **Weltnaturschutzkongress IUCN** in Barcelona Feststellungen getroffen. Um es zu verdeutlichen, zitiere ich aus der „FAZ“ vom 7. Oktober 2008:

„Mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten der Erde sind vom Aussterben bedroht.“

- Mehr als ein Drittel! -

„Dies geht aus der Roten Liste der IUCN hervor, die am Montag, am 6. Oktober, in Barcelona vorgelegt worden ist. Mehr als 16.900 der untersuchten Arten sind in Gefahr. Das sind 1.300 mehr als noch vor einem Jahr.“

Damit will ich deutlich machen, dass dieser Prozess rapide vorangeht. In dem vorgelegten Bericht haben wir die Zahlen auf Schleswig-Holstein runtergebrochen. Das kann jeder nachlesen.

Insgesamt ist es eine bedrohliche **Bilanz**. Ich begrüße außerordentlich, Herr Minister, dass Sie keine Augenwischerei betrieben haben, weder in dem Bericht noch mit dem, was Sie gesagt haben, dass Sie diese Situation und auch die Ursachen benannt haben. In einem Agrarland wie Schleswig-Holstein ist es nicht immer leicht, dies klar zu benennen, nämlich **Ursachen** wie Stoffeinträge, wie Entwässerungsmaßnahmen, aber auch wie Flächenverbrauch, für den der Straßenbau steht, für den die Siedlungsentwicklung steht, oder Themen wie Klimaveränderung, insbesondere das Thema Erwärmung.

Ich möchte zwei Punkte herausheben, weil ich hoffe, dass wir alle gemeinsam erkennen, dass wir vor diesem Thema die Augen nicht verschließen können und dass wir einen großen Konsens brauchen in diesem Haus und querschnittsorientiert in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen in unserem Land.

Wir haben heute Morgen eine intensive Diskussion zum Thema feste Belt-Querung geführt. Wir haben eine Diskussion zum Thema Straßenbau geführt. Auch ich als Umweltpolitikerin stehe dafür, dass wir in Schleswig-Holstein den Anschluss an den Rest der Welt nicht verlieren dürfen. Das bedeutet Straßenbau. Ich stehe dafür, dass wir Entwicklung

(Herlich Marie Todsens-Reese)

brauchen. Das heißt auch Siedlungsentwicklung. Ich stehe aber auch dafür, dass wir dies gemeinsam mit Augenmaß betreiben, um den **Flächenverbrauch** so gering wie möglich zu halten und um über Eingriffs-/Ausgleichsregelungen zu versuchen, die **ökologischen Belastungen** so gering wie möglich zu halten. Das ist verbunden mit Artensterben. Das ist verbunden mit dem Verlust von genetischer Vielfalt. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Entwicklung unseres Landes sorgfältig planen, konsequent voranbringen, es aber auch endlich schaffen - darum ist der Konsens fraktionsübergreifend in diesem Haus erforderlich -, das vielbeschworene Thema **Zusammenbringen von Ökonomie und Ökologie** zu verwirklichen.

Dafür bietet dieser Bericht, glaube ich, eine hervorragende Grundlage. Die vielen Instrumente, die der Naturschutz im Laufe der Jahre entwickelt hat, werden aufgezählt, ob es die **Landschaftsplanung** ist, ob es die **Schutzgebietsausweisungen** sind, ob es die Umsetzung von **NATURA 2000** oder die Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie** ist. Die Bilanz macht deutlich, dass das Haus hier in den letzten Jahren ganz wesentlich vorangekommen ist. Das Haus und auch Sie persönlich, Herr Minister, haben es geschafft, die Verbindung mit den betroffenen Menschen herzustellen und hier zu Gemeinsamkeiten zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Darin sehe ich eine große Chance, das Thema Stopp des Verlustes der Biodiversität voranzubringen. Dazu gehören in der Tat - da, lieber Herr Kollege Matthiessen, stimmen wir wieder überein - nicht nur Instrumente und viele Worte, sondern endlich auch die Taten. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in dem Bericht auch zu finden ist, dass Sie das Artenschutzprogramm aus dem Jahre 1983, also noch ein Artenschutzprogramm aus der Feder von Günther Flessner und Peter Uwe Conrad, überarbeitet haben und jetzt ein **Artenhilfeprogramm 2008** neu auflegen, weil wir darüber dann endlich zu konkreter Umsetzung kommen können.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Ich komme zum Schluss. - Die Unterstützung der CDU-Fraktion ist Ihnen dabei gewiss. Dies ist nicht zuletzt auch Ursache und Grundlage für die Überlegung, ein **Hochmoorschutzprogramm** aufzulegen, - -

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

- natürlich mit Unterstützung Ihres Hauses, um ganz konkret daranzugehen, Artenverluste in diesem Lande zu stoppen und die Biodiversität für die Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Es scheint in dieser Oktober-Tagung außerordentlich schwierig zu sein, die Abgeordneten zu stoppen. Ich appelliere noch einmal an Ihre Disziplin, sich an die verabredeten Redezeiten zu halten.

Das Wort für die SPD-Fraktion erhält jetzt der Herr Abgeordnete Konrad Nabel.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn einige Sprecherinnen und Sprecher für Umwelt etwas stimmlos sind, werden sie doch die Bissfestigkeit nicht verlieren.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen, genau wie meine Vorrednerin und mein Vorredner, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums für den informativen Bericht über den Stand der Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie in unserem Land danken. Es werden die bei uns vorkommenden Ökosysteme und Tier- und Pflanzenarten beschrieben, Instrumente und Maßnahmen, die seit vielen Jahren erfolgreich laufen, dargestellt, und es wird auf einige neuere Aspekte wie Vertragsnaturschutz und Ökokonto eingegangen. Regionale Maßnahmen und Pläne lokaler Aktionen werden beschrieben. Aber leider, meine Damen und Herren und Herr Minister, fehlt ein **übergreifender programmatischer Ansatz**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden hier in der Ausschussberatung noch einiges zu tun haben. Aber der Bericht ist eine gute Arbeitsgrundlage.

Der **Klimawandel** und seine möglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen stehen im Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Diskussion. Wesentlich dazu beigetragen haben der Stern-

**(Konrad Nabel)**

Report, die Berichte des IPCC sowie Al Gores Film „Eine unbequeme Wahrheit“.

Die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels auch auf die **biologische Vielfalt** waren sicherlich ein Anlass dafür, dass Ende letzten Jahres endlich, über 15 Jahre nach dem Beschluss des Übereinkommens über die biologische Vielfalt 1992 in Rio, eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vorgelegt wurde, die den internationalen Vergleich nicht scheuen muss. Keine andere international vorgelegte Strategie hat ein derart konsistentes System von Visionen, konkreten Qualitäts- und Handlungszielen, meist mit genauen Zieljahren zur Erreichung der rund 330 Ziele und rund 430 Maßnahmen zu allen biodiversitätsrelevanten Themen. Ich wünschte, Sie hätten an dieser Stelle etwas mehr abgeschrieben.

Seit der Diskussion der großen Anfragen der CDU zum Klimaschutz im Herbst vergangenen Jahres, als wir den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Rückgang der biologischen Vielfalt bereits thematisierten, haben sich die Hinweise darauf verdichtet, dass vor allem durch die Änderung des **Umgangs mit der Fläche** im kommunalen Bereich, beim Verkehr und in der Land- und Forstwirtschaft wesentliche Erfolge zu erzielen sein werden. Die Landnutzung, ihre notwendige Veränderung und die Rolle des Waldes sowohl in der Klimadebatte als auch bei der **Biodiversität** ist IPCC und IUCN jeweils ein eigenes, umfangreiches Kapitel wert, überschrieben mit der Abkürzung LULUCF - „Land use, land use change and forest“. Mit diesen etwas kryptischen Buchstaben überschrieben beschreibt es die negativen Einflüsse konventioneller Landnutzung auf das Klima und die biologische Vielfalt.

Weltweit verbrauchen wir pro Jahr mehr **natürliche Ressourcen**, als die Natur überhaupt produzieren kann. Wir leben also auf Pump. Und wir leben auf Kosten der kommenden Generationen. Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Leistungen der Natur für das Dasein der Menschen sind von unschätzbarem und lebensnotwendigem Wert. Wir müssen die zu erhaltenden Ökosysteme aber auch aus wirtschaftlichen Gründen schützen und weiterentwickeln. Eine Studie aus dem Jahr 1997 schätzt den **ökonomischen Nutzen der Ökosysteme** pro Jahr auf bis zu 64 Billionen US-

Dollar. Kollege Matthiessen hatte diese Zahl schon genannt.

Die biologische Vielfalt ist bedroht, weltweit, national und auch regional. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein. Hier setzen wir uns seit Langem mit Erfolg dafür ein, mit geeigneten Strategien, Programmen und Maßnahmen des Naturschutzes auf den Verlust der biologischen Vielfalt zu reagieren und ihm entgegenzuwirken. Ein wichtiger Eckpfeiler ist die Umsetzung der europäischen ökologischen Richtlinie **NATURA 2000** und der daran ansetzenden weiteren Ausweisung von Naturschutzgebieten und auch von Managementplänen. Vorhin hatte das ein Kollege nicht verstanden; ich glaube, das war der Kollege Kalinka.

Angesichts der jüngst veröffentlichten **Roten Liste** mit der Feststellung, dass über ein Viertel aller Arten bei uns auszusterben droht, schließen wir uns den Forderungen des Naturschutzes an, ein umfassendes integriertes Programm zur Entwicklung der Biodiversität auch in Schleswig-Holstein vorzulegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der vorliegende Bericht stellt hierfür wichtige Handlungsfelder heraus, auf die ich im Folgenden kurz eingehen wollte, es aber nicht mehr schaffe, weil mir die Zeit davonläuft. Ich will daher nur noch zu zwei Aspekten etwas sagen.

Zum Thema **Moore!** Seit 2001 wird in Schleswig-Holstein das Niedermoorprogramm durchgeführt. Wir haben uns mit unserem Koalitionspartner darüber geeinigt, dieses Programm um die Hochmoore zu erweitern. 170.000 ha Moore hatten wir mal in Schleswig-Holstein. Jetzt ist weniger als ein Viertel überhaupt noch als Moor zu bezeichnen. Davon wird immer noch ein großer Teil entwässert und landwirtschaftlich genutzt. Da muss etwas passieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Bericht zeigt auf, dass in den vergangenen 50 Jahren die Zahl der **Arten**, die in der **Agrarlandschaft** leben, um 80 % abgenommen hat. Die Knicks, Kleingewässer und andere im Bericht neu-deutsch als „Hotspots“ bezeichneten Horte der Artenvielfalt haben an Qualität und Zahl deutlich abgenommen. Wir müssen daher in diesem Bereich besonders folgende Maßnahmen ergreifen: Erhalt der Stilllegungsflächen, statt sie wieder unter den Pflug zu nehmen. Die Biomasse angemessen zu

(Konrad Nabel)

nutzen, statt massenweise Mais anzubauen. Das Grünland ist zu erhalten. Zum Moor habe ich etwas gesagt.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss!

**Konrad Nabel [SPD]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Landschaftszerschneidungen müssen beachtet werden. Ich finde es beachtlich, dass vonseiten des Bundes Programme unterstützt werden, um die Wirkungen von Zerschneidungen dahin gehend zu überprüfen, dass die biologische Vielfalt an dieser Stelle stark leidet.

Meine Damen und Herren, die Instrumente des Naturschutzes zur **Änderung der Landnutzung** müssen bei uns im Fokus stehen. Wir müssen uns anstrengen. Ich hoffe, dass wir dazu in den Beratungen im Ausschuss einen Beitrag leisten können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort für die FDP-Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Günther Hildebrand.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich feststellen, dass der Bericht mit großem Engagement geschrieben wurde. Ich hatte nach der Lektüre folgenden Eindruck: Schleswig-Holstein ist die Vielfalt der Ökosysteme und Lebensräume, die Vielfalt der Pflanzen- und Tierarten wichtig. In Schleswig-Holstein passiert auch etwas, um die **Funktionsfähigkeit des Ökosystems** und damit auch die Lebensgrundlagen der Menschen zu schützen und zu bewahren. Dafür noch einmal vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich habe mich darüber sehr gefreut, und ich erachte diese Grundeinstellung auch für zwingend. Denn Biodiversität ist für uns unverzichtbar um der Vielfalt des Lebens auf der Erde wegen und nicht zuletzt auch unserer wegen. Deshalb muss es unser Ziel sein, mit möglichst vielen und möglichst konkreten Maßnahmen den **Verlust von Arten**, von Ökosystemen und der genetischen Vielfalt zu bremsen. - Ich sage bewusst „bremsen“ und nicht „stoppen“, wie es die Grünen in ihrem ersten Antrag formuliert und leider auch noch in ih-

rem Berichtsantrag aufrechterhalten haben. Artensterben kann auch ein natürlicher Prozess sein.

Welche Maßnahmen können das nun sein, mit denen der rasend schnell voranschreitenden Zerstörung der Artenvielfalt Einhalt geboten werden kann? - Der Bericht ist voll von einer Vielzahl grundsätzlicher Regelungen und von Beispielen zum **Naturschutz**. Das ist der Bereich, für den die **Länder** im Rahmen der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt gemäß der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zuständig sind. Regelungen zur **nachhaltigen Naturnutzung** sind dagegen **Bundessache**. Dennoch hätte ich mir gewünscht - ich hoffe, wir holen das im Ausschuss nach -, dass das Zusammenspiel von Naturschutz und Naturnutzungsmaßnahmen deutlicher zum Ausdruck gekommen wäre, als es im Bericht der Fall ist.

Wir alle wissen, dass der im Ergebnis erfolgreiche Weg zum **Vertragsnaturschutz** bisweilen steinig war, dass der **Vogelschutz auf Eiderstedt** mit Schwierigkeiten behaftet war, dass die heute zu Recht gerühmte „Erfolgsstory“ der Wattenmeerzusammenarbeit ihre Hindernisse zu überwinden hatte. Wir wissen auch, dass wir aufgrund von unterschiedlichen **Zielsetzungen**, die sich beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft aus artenschutzrechtlichen Bestimmungen einerseits und Vorgaben zur guten fachlichen Praxis andererseits oder im Bereich der Wasserwirtschaft aus dem guten ökologischen Zustand und der Badewasserqualität ergeben können, nur gemeinsam zu Lösungen kommen können.

Diese Zusammenhänge dürfen wir bei aller Begeisterung über das Thema Biodiversität nicht ausblenden. Wenn es uns wirklich ernst damit ist, die „Arche Erde“ davor zu bewahren, immer leerer zu werden, wie es der „sh:z“ gerade formulierte, müssen wir die Menschen mit ins Boot nehmen.

Zu Recht würdigt der Bericht an vielen Stellen das Engagement der Menschen im Naturschutz. Ich schließe mich dem Dank an die vielen Ehrenamtlichen gern an.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss, ohne Wasser in den Wein gießen zu wollen, zwei weitere kritische Punkte zum Bericht anmerken.

Zum einen sind dies die nicht unerheblichen Lücken bei der **systematischen Erfassung** verschiedener Arten mit einheitlicher Methodik. An mehreren Stellen im Bericht fand ich den Hinweis, dass **Zahlen** von Arten nur geschätzt waren, dass

(Günther Hildebrand)

ein Gesamtzensus fehlt oder **Wissenslücken** bestehen. In der Roten Liste der Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins findet sich sogar der ausdrückliche Hinweis, dass bislang keine systematische landesweite Erfassung der Herpetofauna durchgeführt wurde. Insoweit kann Schleswig-Holstein noch einiges tun, um zu verlässlicheren Aussagen und Schlussfolgerungen zu kommen.

Das Zweite betrifft gleich zu Beginn des Berichts den Hinweis auf die **Anpassungsfähigkeit der Arten** an sich ändernde Umweltbedingungen. Leider wird dieser Hinweis nicht weiter vertieft. Ich halte ihn jedoch für entscheidend.

Wie halten wir es denn mit der Biodiversität bei gleichzeitigem Klimawandel? Welche Arten aus welchen Zeiten und in welchen Lebensräumen haben wir im Fokus, wenn wir die Vielfalt der Ökosysteme auf allen Ebenen schützen wollen? Ist es beispielsweise im Rahmen waldbaulicher Maßnahmen sinnvoll, den Anbau von Eiche und Buche als heimische Baumarten zu fördern, wenn Fachleute bereits heute darauf hinweisen, dass diese Bäume infolge des Klimawandels bei uns auf Dauer keinen standortgerechten Lebensraum haben werden? Welchen Status schützen wir also, und welchen **Schutzstatus** können wir uns leisten?

Bereits heute müssen beispielsweise für Maßnahmen zur naturnahen Gestaltung von **Fließgewässern** alle verfügbaren Ressourcen konzentriert werden, um auch nur annähernd den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie nahekomen zu können. Wenn es um Antworten auf die Frage geht, was Schleswig-Holstein in Sachen Biodiversität leistet und was es leisten kann, sollten wir diese Überlegung unbedingt aufgreifen.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und glaube, wir haben dort noch viele Dinge zu vertiefen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten der SSW erhält Herr Kollege Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, wie weit gefasst der Begriff der Biodiversität im eigentlichen Sinne ist. Er beschränkt sich nicht nur auf Artenvielfalt, sondern er ist weiter gefasst. Zu diesem Begriff gehören Lebensräume,

Ökosysteme und die genetische Vielfalt innerhalb der Arten. Wenn wir also über Biodiversität, über nationale Strategien und darüber sprechen, wie diese umgesetzt werden sollen, dürfen wir die **Komplexität** dieses Themas nicht außer Acht lassen.

Eine grundsätzliche Aussage des Berichts lautet - ich zitiere -: „Die biologische Vielfalt ist bedroht: weltweit, national, regional.“ Diese Aussage trifft somit auch auf Schleswig-Holstein zu. Maßgeblich beteiligt an der Gefährdung der biologischen Vielfalt sind der **Mensch** und sein Handeln.

Da die Problematik hinlänglich bekannt ist, wurde bereits 1992 in der **Konferenz in Rio de Janeiro** das Übereinkommen über die biologische Vielfalt beschlossen und von 190 Staaten ratifiziert. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich, „nationale Strategien, Pläne oder Programme zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt zu entwickeln.“ Damit sind diese Staaten eine **Selbstverpflichtung** eingegangen, die sie auch umzusetzen haben. Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bundesländer.

Im November des letzten Jahres, also 15 Jahre nach der Verpflichtung von Rio und ein halbes Jahr vor der Vertragsstaatenkonferenz in Bonn zu diesem Thema, verabschiedete das **Bundeskabinett** eine „**Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt**“. Diese Nationale Strategie beinhaltet 330 Ziele und 430 Maßnahmen zu allen relevanten Themen. Damit wurde auch ein mehrjähriger dialogorientierter Prozess mit entsprechenden regionalen Workshops und Foren auf den Weg gebracht. Dieser Prozess steht noch ganz am Anfang, aber auf Bundesebene ist man im Gange.

Angesichts der Tatsache, dass wir bereits vor 15 Jahren eine Selbstverpflichtung eingegangen sind, weil man sich der Problematik schon damals bewusst war, müssen wir leider feststellen, dass die Umsetzung nur schleppend in Gang gekommen ist und dass dies nun wieder auf die politische Agenda gesetzt wurde.

Wie sieht es nun mit Schleswig-Holstein und seiner Verpflichtung aus, etwas für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu tun? Der Bericht führt umfangreich auf, in welchen Bereichen die Landesregierung überall tätig ist, was sie bisher alles geleistet hat und künftig noch leisten will. Dafür gebührt der Landesregierung auch unser Dank.

Im Bericht macht die Landesregierung deutlich, dass das europäische ökologische Netz „**NATURA 2000**“ ein zentrales Element der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt ist. Aufbau, Unter-



(Lars Harms)

haltung und Sicherung des Netzes sind von der EU geregelt, aber die **politische Wirklichkeit** in Schleswig-Holstein sieht meines Erachtens leider etwas anders aus. Gerade im Zusammenhang mit der Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten hat sich diese Landesregierung auf Eiderstedt und in der ETS-Region nicht gerade als Naturschützer hervorgetan.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt auch für eine Reihe weiterer politischer Initiativen der Landesregierung, wie zum Beispiel die Änderung des Landesnaturschutzgesetzes, das wesentliche naturschutzfachliche Standards aufgeweicht hat, die Abschaffung des Knickerlasses mit den Schäden, die hieraus resultieren, der geplante Komplettverkauf des Landeswaldes, der von der Opposition glücklicherweise gerade noch verhindert werden konnte,

(Lachen bei der CDU)

die Änderung der Jagdzeitenverordnung und die ruhige Hand der Landesregierung derzeit, wenn es um Ölbohrungen im Nationalpark geht, um nur einige Punkte zu nennen. Diese Liste lässt sich wirklich ewig fortsetzen.

Nach dieser naturschutzfachlichen Bankrotterklärung der Landesregierung stellt sich nun die Frage, wie es weitergehen soll. Uns läuft die Zeit davon, und der vor kurzem herausgebrachte **Bericht zum Artensterben** macht noch einmal deutlich, dass dringend etwas getan werden muss. Auch bei uns ist ein Viertel der Arten gefährdet. Das Sterben der Arten ist auch im Zusammenhang mit dem Verschwinden von Lebensräumen und Ökosystemen zu sehen. Diese gilt es zu erhalten. Das muss unser vordringliches Ziel sein.

Ich gebe zu, dass wir in Schleswig-Holstein nicht allein die biologische Vielfalt retten können, aber wir sollten unseren Beitrag dazu leisten. Die Landesregierung muss die Selbstverpflichtung ernst nehmen und endlich anfangen, eine Natur-, Umwelt- und Artenschutzpolitik zu machen, die diesen Namen auch wirklich verdient.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2185, dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

### **Berichterstattung zur Praxisausführung des Gesundheitsdienstgesetzes**

Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 16/2227](#)

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

**Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst** bildet seit Anfang 2002 den Rahmen für ein modernes Gesundheitsdienstleistungssystem. Dieses Gesetz wendet sich insbesondere an Menschen, deren gesundheitliche Probleme aus belasteten sozialen Lagen und beschränkter Verfügung über persönliche gesundheitsförderliche Ressourcen resultieren. Es geht also um **Bevölkerungsgruppen**, die von einem stark auf eigenverantwortlich-aktives Handeln setzenden Gesundheitswesen nicht genügend erreicht werden. Beispiele sind von sozialen Notlagen Betroffene, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund, Wohnungslose, psychisch Kranke, Sucht- und Drogenabhängige oder HIV-positive Menschen.

Bei dem Gesundheitsdienstgesetz hat der Landtag auch die Aufgabe der **Gesundheitsberichterstattung** des Landes und der Kommunen festgeschrieben. Dabei wurde die kommunale Gesundheitsberichterstattung gestärkt und zur pflichtigen Selbstverpflichtungsaufgabe erklärt. Sowohl die Landesregierung als auch die **Kreise und kreisfreien Städte** haben sich dieser Aufgabe - ohne Zweifel - mit unterschiedlichem Engagement gestellt, aber im Großen und Ganzen kann man auch anhand dieses Berichtes sagen, dass sie sich dieser, auch neueren Aufgabe gestellt haben. Gesundheitsberichterstattung spielt inzwischen eine fest etablierte Rolle - das ist mir besonders wichtig - als Grundlage politischen Handelns.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Die Landesregierung hat seit Inkrafttreten des Gesundheitsdienstgesetzes mehrere **Gesundheitsberichte** vorgelegt. Der letzte Bericht - diesen haben wir hier auch debattiert - kam zum Thema Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein. Wir haben die Ergebnisse dieser Berichte zur Grundlage für gesundheitspolitisches Handeln gemacht. Ich will Beispiele nennen: unser Gesundheitsziel Verringerung der vorzeitigen Sterblichkeit an koronaren Herzerkrankungen, aber auch verschiedene Aktivitäten im Bereich Brustkrebs wie das bundesweit einmalige Projekt „Qualitätsgesicherte Mamma-Diagnostik“ oder das Netzwerk BE-TRIFFT BRUST unter dem Dach der Gesundheitsinitiative der Landesregierung.

Schließlich greife ich noch einmal den Bereich **Kinder- und Jugendgesundheit** auf. Politische Konsequenzen, die wir aus dem Bericht gezogen haben, sind beispielsweise familienunterstützende Projekte, das verbindliche Einladungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen, aber auch zur Gesundheitsförderung sozial benachteiligter Menschen, die sogenannten Gesundheitsknoten, sowie Hilfen für Alleinerziehende.

Sie wissen, dass wir unter dem Dach des **Kinder- und JugendAktionsplans** Gesundheitsförderung, Kinderschutz und Armutsbekämpfung gleichermaßen anstreben, um mit diesem Querschnittsansatz der Abwärtsspirale aus materieller Not, sozialer und kultureller Verarmung und gesundheitlichen Risiken entgegenzutreten. Das ist auch eine Konsequenz aus der Berichterstattung: Wir bringen integrierte Ansätze stärker auf den Weg.

Meine Damen und Herren, Land und Kommunen arbeiten in der Gesundheitsberichterstattung eng zusammen. Es wurden einheitliche **Kriterien** für eine **kommunale Gesundheitsberichterstattung** entwickelt. Und obwohl einige Kommunen durchaus Anlaufschwierigkeiten hatten, hat sich die Zahl der Berichte über die Jahre erfreulich entwickelt. Die höchste Anzahl an Berichten verzeichnen wir nun seit 2004. Ganz offensichtlich bedurfte es erst einmal in einigen Bereichen des Anlaufs und möglicherweise auch des Anreizes.

Besonders gut funktioniert die Zusammenarbeit von Land und Kommunen bei den **Schuleingangsuntersuchungen**, deren Ergebnisse in jährlichen Berichten dargestellt und dem Haus regelmäßig zur Kenntnis gebracht werden.

Der heutige vorliegende Bericht zeigt, wie Kommunen ihre Zuständigkeit für eigene **Schwerpunktsetzungen** in ihrer Gesundheitsberichterstattung ge-

nutzt haben. Dies war mir wichtig. Denn wenn man die Berichte aus den Kommunen liest, dann stellt man fest, dass diese eine unglaubliche Bandbreite an Themen umspannen. Es gibt Mortalitätsberichte, Berichte über Zahngesundheit, lokale Gesundheitsberichte zur Lage der Senioren, zur Kindergesundheit, zur Darstellung von Ressourcen im öffentlichen Gesundheitswesen.

Auch auf kommunaler Ebene hat sich gezeigt, dass die Gesundheitsberichte nicht nur geduldiges Papier füllen, sondern Ausgangspunkt für **gesundheitspolitisches Handeln** sind. Konkret: Beispielsweise verfolgt das Projekt „Gesundheit an der Westküste“ das Ziel, auch künftig überall im Land eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Es ist damit Ergebnis des Schwerpunktes des Gesundheitsberichtes des Kreises Nordfriesland.

In der Gesundheitsregion Segeberg haben sich ambulante und stationäre Gesundheitsdienstleister auf Initiative des Kreises zusammengeschlossen. Auch das ist ein Resultat aus der lokalen Berichterstattung.

Ebenfalls abgeleitet aus lokalen Berichten über die Gesundheit von Senioren, unterstützt die Landesregierung in den vier Modellregionen Lübeck, Flensburg, Heide und Itzehoe das bundesweit einmalige Modellprojekt zur ambulanten geriatrischen Versorgung.

Meine Damen und Herren, der Antrag, dem die Landesregierung mit dem vorliegenden Bericht heute entspricht, zeigt, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag die Bedeutung der Gesundheitsberichterstattung würdigt, wahrnimmt und dass die Berichte diskutiert werden. Ich sehe darin eine Anerkennung des bisher Geleisteten, glaube allerdings auch, dass die Tatsache, dass wir dieses Thema hier und heute debattieren, Anreiz sein wird, es noch einmal vor Ort aufzugreifen. Dafür gibt es in der einen oder anderen Region auch Anlass, um die Gesundheitsberichterstattung weiterzuentwickeln und zu forcieren.

Ich freue mich über diese Diskussion und interpretiere dies als Aufforderung an Landesregierung und Kommunen, in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Ich will dies meinerseits mit dem Appell verbinden, auch weiterhin die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um dem Auftrag des Gesetzgebers kontinuierlich nachkommen zu können.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, obwohl ich nun einige kritische Bemerkungen zum Bericht machen werde, weiß ich den Arbeitsaufwand, den er verursacht hat, zu würdigen. Und bei einem Blick in den Haushalt sehen wir, dass es ein sehr kostbarer Bericht ist.

(Heiterkeit bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Das **Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst** vom 14. Dezember 2001 sieht unter § 6 vor, dass mindestens einmal in der Legislaturperiode Landesgesundheitsberichte über einzelne Themen oder Bevölkerungsgruppen durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren abgegeben werden. Dieser **Berichtspflicht** ist das Ministerium auf Antrag der Regierungsfractionen nun nachgekommen.

Mit dem Gesundheitsdienstgesetz werden die Träger des Öffentlichen Gesundheitsdienstes verpflichtet, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Berichterstattung dafür Sorge zu tragen, dass Untersuchungen oder Erhebungen durchgeführt werden, um gesundheitsschädigende Beeinträchtigungen abzuwenden oder ihnen präventiv begegnen zu können. Daher sollten auch die Berichte der Kreise und kreisfreien Städte besondere Beachtung finden. Diese Berichte und Untersuchungsergebnisse liefern **Daten und Fakten**, auf die das Land als Aufsicht mit entsprechenden Maßnahmen reagieren kann.

Zu Recht nehmen „Kinder- und Jugendgesundheit“ in § 7 sowie die „Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen“ in § 7 a einen besonderen Stellenwert im Gesetz ein. Um Kindesmisshandlungen oder Entwicklungsstörungen noch wirkungsvoller begegnen beziehungsweise vermeiden zu können, haben wir uns seinerzeit nicht für die Änderung des § 7 a entschieden, sondern sind mit dem **Kinderschutzgesetz** noch einen Schritt weiter gegangen. Im Bericht der Landesregierung wird dieses Thema ausführlich behandelt.

Die Gesundheitsberichtserstattung wird zunehmend auch als Grundlage für **gesundheitpolitisches Handeln** verstanden; da sind wir uns alle einig. Dies spiegelt sich insbesondere bei den Themen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Brustkrebs und Kin-

der- und Jugendgesundheit wider. Ich vermisse hingegen Rückschlüsse aus der zweifellos interessanten Auswahl an Berichten der Kreise und kreisfreien Städte.

Es wird auch nicht deutlich, ob das **Land** als **Aufsicht** anhand der eingegangenen Berichte aus den Kreisen und kreisfreien Städten diese ermuntert beziehungsweise aufgefordert und unterstützt hat,

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen oder dass diese Themen auf Landesebene politisch begleitet werden. Vielleicht steckt dies noch in den Kinderschuhen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es ist begrüßenswert, dass sich die **Kreise und kreisfreien Städte** mit einer Vielfalt von **gesundheitsrelevanten Fragen** beschäftigt haben, die es verdienen, politisch bewertet zu werden. Es wurde schon lobend erwähnt: Der Kreis Nordfriesland hat zum Beispiel neben vielen anderen Themen die ärztliche Versorgung unter Berücksichtigung der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte und deren Altersstruktur in der Zeit von 2003 bis 2007 aufgegriffen und trifft damit angesichts der jüngsten Entwicklung voll ins Schwarze.

So gibt es auch in anderen Kreisen und Städten Anregungen zur politischen Umsetzung. Dies muss besser kommuniziert werden, damit zeit- und kostenaufwendige Berichte nicht um das Berichtswesens willen ihren Zweck verfehlen. Für manche Entwicklung im Gesundheitswesen gibt es akuten Handlungsbedarf für die Politik. Insofern kann nicht erst abgewartet werden, bis der Bericht der Landesregierung einmal innerhalb von fünf Jahren erfolgt. Dabei möchte ich nicht schmälern, dass Sie mit den Landesgesundheitsberichten sehr viel erreicht haben.

Das Gesundheitsdienstgesetz ist ein gutes Instrument, Entwicklungen im Land aufmerksam zu beobachten, die der Gesundheit schaden. Unter Punkt 5 des Berichts der Landesregierung sind **„zukünftige Initiativen** des Landes und Ausblick“ benannt. Hier wird darauf hingewiesen - Frau Dr. Trauernicht hat es gerade ausdrücklich betont -, dass die Kommunen in der Wahl ihrer Themen für ihre Gesundheitsberichterstattung - wie vom Gesetzgeber gewünscht - frei sind. Ich bin mir nicht sicher, ob dies wirklich der richtige Weg ist. Jede Region hat

(Ursula Sassen)

zwar ihre eigenen Strukturen und Probleme. Dennoch sollte man zwischen Pflicht und Kür unterscheiden, um bei herausragenden Themen zu vergleichbaren Ergebnissen zu kommen. Es geht letztlich nicht darum, dass ein Gesundheitsbericht zu irgend einem Thema pflichtgemäß erstellt wird, sondern darum, wie wir mit begrenzten Mitteln bei herausragenden Problemen Abhilfe schaffen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Jutta Schümann das Wort.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2002 haben wir für die kommunale Gesundheitspolitik die Weichen neu gestellt. Mit dem Gesundheitsdienstgesetz haben wir die Aufgaben des Gesundheitsdienstes in die unmittelbare eigene Verantwortung der Kreise und kreisfreien Städte als pflichtige kommunale Selbstverwaltungsaufgabe gegeben.

Seinerzeit war zentraler neuer Bestandteil, dass wir von einem öffentlichen Gesundheitsdienst abgekehrt sind, der sich an festgelegten Zielen auszurichten hatte. Das neue Gesetz betont nunmehr die eigene Steuerung, die **Gesundheitsziele** werden jeweils durch die **Kommunen vor Ort** selbst definiert, und auch die Erreichung dieser Ziele wird von kommunaler Seite aus initiiert und koordiniert, wobei die **Umsetzung** nicht unbedingt nur durch die Kommune allein erfolgen muss.

Damit wollten wir die Voraussetzungen schaffen, um für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein flexibles, modernes **Dienstleistungssystem** organisieren zu können.

Der uns vorliegende Bericht zur Praxisausführung des Gesundheitsdienstgesetzes, für den ich mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei der Ministerin, insbesondere aber auch bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bedanken muss, zeigt auch, dass wir zwischenzeitlich eine gut funktionierende **Gesundheitsberichterstattung** haben. Das Land und auch die Kommunen arbeiten eng zusammen. Positiv bei aller Freiwilligkeit der Kommunen ist, dass sich die Beteiligten bemühen, **einheitliche Standards** zu entwickeln, damit es möglich wird, über die jeweiligen Kreisgrenzen hinweg vergleichbare Ergebnisse zu erzielen und auch analoge Angebote zu schaffen.

Ein Beispiel in diesem Zusammenhang sind die **Schuleingangsuntersuchungen**, über deren Ergebnisse jährlich berichtet wird, und die ganz offensichtlich relativ einheitlich in den Kommunen durchgeführt werden.

Andererseits wird auch deutlich, wie die **Kommunen** in ihrer Eigenverantwortung auch eigene **gesundheitspolitische Akzente** gesetzt haben. Das gilt zum Beispiel für das umfassende Thema der Kindergesundheit. Einige Kommunen haben ihren Schwerpunkt insbesondere auf den Bereich der Kinderzahnheilkunde ausgerichtet, andere haben ihr Spektrum auf weitere gesundheitliche Störungen wie Entwicklungsstörungen, gesunde Ernährung oder Übergewichtigkeit erweitert. Zum Beispiel in Neumünster: Dort gibt es einen hohen Anteil, den höchsten in Schleswig-Holstein, an übergewichtigen Kindern. Dort wurden inzwischen präventive gesundheitspolitische Maßnahmen vonseiten der Kommunen mit Partnern, zum Beispiel Kitas und Schulen, eingeleitet.

Auffällig ist, dass nur einige Kommunen das Thema **Gesundheit für ältere Menschen** bearbeiten, wie zum Beispiel die Stadt Lübeck, die bereits seit mehreren Jahren Berichterstattungen über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erkrankungen auch im Zusammenhang mit stationärer Behandlung und Pflege veröffentlicht. Sie hat auch die allgemeinen Lebensbedingungen von Seniorinnen und Senioren besonders aufgearbeitet.

Warum dies in anderen Kreisen und kreisfreien Städten nicht in dieser Intensität erfolgt, kann man dem Bericht leider nicht entnehmen. Das gilt zum Beispiel auch für das Thema Basisgesundheitsberichterstattung für die gesamte Bevölkerung.

Neumünster hat seine Schwerpunkte im Bereich der Kindergesundheit. Lübeck, die Kreise Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg und Nordfriesland haben sich zusätzlich zu der gesundheitlichen Situation der gesamten Bevölkerung geäußert, zum Beispiel zu Teilschwerpunkten wie die Inanspruchnahme von Angeboten und Leistungen des Gesundheitswesens, die ambulante Suchtkrankenhilfe, Beratung und Unterstützung von Patienten und Angehörigen, Selbsthilfegruppen, die gesundheitliche Lage der Bevölkerung, zum Beispiel Todesursachen und Verkehrsunfälle. Das sind also eine Vielzahl von Teilaspekten.

Mir ist deutlich geworden, dass diese unterschiedlichen Aussagen leider nicht vergleichbar sind. Das ist eben die Gratwanderung, wenn man einerseits den Kommunen freie Hand gibt, andererseits aber

(Jutta Schümann)

sagt, wir wollen dieses möglicherweise irgendwann auch zusammenführen. Ich glaube, deshalb besteht an dieser Stelle Nachbesserungsbedarf, wenn wir für Schleswig-Holstein ein **einheitliches Bild** haben wollen.

Die bisherige Berichterstattung ermöglicht uns aber jetzt schon dort, wo Auffälligkeiten festgestellt wurden, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ich möchte hier beispielhaft das Thema Verringerung der vorzeitigen Sterblichkeit an koronaren Herzerkrankungen nennen. Dieses können wir dem Bericht entnehmen. Ich will das hier nicht ausführen, weil meine Zeit ein bisschen knapp ist. Die Ministerin hat aber darauf hingewiesen.

Ich meine, dass wir mit der Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und dem Gesetz in der letzten Legislaturperiode einen richtigen, neuen Weg beschritten haben. Allerdings zeigt dieser Bericht auch auf, an welchen Stellen wir nachbessern müssten und könnten, zum Beispiel bei der Erstellung von einheitlichen Kriterien, **Erhebungsdaten** oder auch bei dem Thema **Erhebungstichtag**. Der ist in den Kommunen ganz unterschiedlich festgelegt worden. Möglicherweise kann man sich an diesen Stellen annähern.

Ich frage mich auch, ob es nicht möglich ist, mit den **Kommunen** an einigen Stellen **Schwerpunkte** inhaltlich noch genauer zu vereinbaren, und zwar bei gesundheitspolitischen Themen, die landesweit gleichermaßen von Interesse sein könnten, wie zum Beispiel die Themen Älterwerden, Pflege, Seniorengesundheit, allgemeine Sterblichkeitsrate oder zum Beispiel das Thema Armut und gesundheitliche Beeinträchtigung. Solche Fragen und darüber, wie **einheitliche Standards** bei aller Freiwilligkeit und Selbstständigkeit der Kommunen gemeinsam entwickelt werden können, sollten wir im Ausschuss beraten.

(vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die beiden Kolleginnen, die vor mir geredet haben, haben hinreichend erklärt, warum, weshalb und wieso wir uns heute mit diesem Bericht auseinandersetzen müssen. Ich will mich deswegen - aus

Sicht meiner Fraktion - auf die Schlussfolgerungen, die der Bericht zulässt, beschränken:

Erstens. Die **Freiheit der Kommunen**, eigene Gesundheitsziele vor Ort wahrzunehmen, geht nicht ganz so weit, wie es im Rahmen der Gesetzesberatung damals dargestellt worden ist. Denn - durchaus sinnvolle - **Landesvorgaben** zur einheitlichen Datenerhebung im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit, zur einheitlichen Durchführung von Einschulungsuntersuchungen oder zu Infektionskrankheiten schränken diese Freiheiten selbstverständlich ein.

Zweitens. Die **Gesundheitsberichterstattung** einzelner Kreise scheint sich auf die Erhebung der vom Land vorgegebenen **Daten** zu erschöpfen - oder sie befindet sich auch nach 6 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes immer noch in der Aufbauphase. Liebe Kollegin Sassen, da von Kinderschuh zu sprechen, haben Sie noch charmant ausgedrückt, ich würde sagen: Diese Kinderschuhe sind schon ziemlich ausgelatscht. So liegen beispielsweise von einigen Kreisen, etwa vom Kreis Plön oder vom Kreis Pinneberg, keine weitergehenden Berichte vor.

Drittens. Die Vielfalt der speziellen Gesundheitsberichte zu unterschiedlichen Themenbereichen machten deutlich, dass **Kommunen** nicht nur ihre Freiheiten genutzt, sondern auch **spezifische Schwerpunkte** gesetzt haben: Sei es über den Gesundheitsstatus von Kindergartenkindern, die Sterblichkeit und Mortalität, die Zahngesundheit, den Gesundheitsstatus von Senioren oder über die Ressourcen im öffentlichen Gesundheitswesen.

Viertens. Die Abteilung von **Handlungsempfehlungen** aus den einzelnen Berichten kommt in dem Bericht der Landesregierung eindeutig zu kurz. Wenn die Gesundheitsberichte auch als Grundlage für gesundheitspolitisches Handeln verstanden werden sollen, dann wäre es sinnvoll gewesen, auch umfassender darzustellen, welche Maßnahmen bisher konkret vor Ort getroffen worden sind, um die Handlungsempfehlungen auch **umzusetzen**.

(vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich nehme gern das Beispiel von übergewichtigen Kindern aus dem Raum Neumünster auf. Denn hier reicht eine exemplarische Darstellung allein nicht aus. Es wird in dem Bericht auf Seite 37 noch einmal auf die Kampagne „OptiKids“ eingegangen. Auf die Fragen der FDP-Fraktion im Rahmen der jetzigen Haushaltsberatungen, warum diese Kampagne weggefallen sei, lautete die Antwort - ich zi-

**(Dr. Heiner Garg)**

tiere -: „Das geplante Projekt wurde nicht umgesetzt.“

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Unglaublich!)

Auf eine fast gleichlautende Frage von Bündnis 90/Die Grünen wurde geantwortet: „Mit dem Projekt ‚OptiKids-lebensleicht‘ ist nicht begonnen worden“.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Frau Ministerin, ich frage Sie: Wurde das Programm nicht umgesetzt oder wurde damit noch nicht begonnen? Haben Sie vor, es umzusetzen, oder haben Sie vor, damit irgendwann zu beginnen? Hat das Projekt stattgefunden, sodass die Region Neumünster davon profitieren konnte - ja oder nein? Das würden wir ganz gern wissen.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Welche weitere Hilfestellung und Unterstützung vonseiten des Landes den Kommunen beim Aufbau ihrer Gesundheitsberichterstattung gegeben werden kann, sollte im Ausschuss noch einmal etwas ausführlicher besprochen werden, als Sie das heute in Ihrer Berichterstattung getan haben.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben sehr charmant, ausführlich und anschaulich beschrieben, was die Landesregierung und einzelne Kommunen tun. Diese Dingen finden sich in dem Bericht in dieser konkreten Ausgestaltung leider nur in ganz wenigen Beispielen wieder. Vielleicht hätten Sie den Bericht schreiben sollen. Ich sage das in aller Vorsicht, denn ich weiß, wie viel Arbeit es ist, die Zahlen von den Kommunen zu bekommen. Als Quintessenz kann ich nur sagen: Die meisten **Gesundheitsämter** werden - soweit es dem Bericht zu entnehmen ist - ihren strategischen Aufgaben nach dem Gesundheitsdienstgesetz nicht gerecht.

Wir von Rot-Grün haben die Gesundheitsämter damals bewusst von historisch überholten **Pflichtauf-**

**gaben** entlastet, damit sie sich moderner Gesundheitspräventionen und Intervention widmen können. Dazu gehören zum Beispiel die Kooperation und Koordination von Institutionen und Versorgungsanbietern im Gesundheitsbereich, die Verhaltens- und Verhältnisprävention, die konkrete Gesundheitshilfe für Menschen mit Behinderung, für Obdachlose und zum Teil auch für sich in prekären Gesundheitssituationen befindende Migrantinnen und Migranten sowie der umweltbezogene Gesundheitsschutz. Die Gesundheitsämter sollten explizit **sektorenübergreifend** - das heißt sowohl was ambulante und stationäre Angebote als auch was die einzelnen Ressorts der Kommunalverwaltung betrifft - Initiativen für gesunde Lebensbedingungen vorantreiben. Die **kommunale Gesundheitsberichterstattung** ist also kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für ein gemeinsames Handeln der verschiedenen Gesundheitsdienstleister und kommunalen Akteure.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehören Kindertagesstätten, Schulen und soziale Beratungseinrichtungen ebenso wie die Bereiche Verkehrsplanung und Umweltämter. Wir haben hier schon reichlich über das Thema **Kinderarmut** gestritten. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, wie wenig man zu diesem Thema in diesem Bericht findet.

Eine **regelmäßige Berichterstattung** kann gezielte Schwerpunkte setzen und hat den Zweck, alle paar Jahre Auskunft über den Erfolg der Bemühungen zu geben. So weit scheinen wir aber noch nicht gekommen zu sein.

Die Hansestadt Lübeck wurde hier lobend erwähnt. Ich kenne die Berichte, die Sie hier angesprochen haben. Das sind wunderbare Statistikberichte, aber darin steht nicht: Wir haben Maßnahme X im Jahr 2000 begonnen, im Jahr 2005 hatten wir dieses oder jenes Ergebnis. So etwas findet sich leider nicht in dem Bericht, weil die Maßnahme X im Zweifelsfall nicht von der Kommune finanziert worden ist. Das ist also das Problem. Eine tabellarische Auswertung ist zwar interessant und wichtig, sie ist aber nicht das, was wir mit dem **Ziel Gesundheitsberichterstattung** verbunden haben. Es geht nicht um reine Statistiken, es geht um ein **strategisches Instrument** für gesundheitsförderndes Handeln.

An dieser Stelle haben wir vielleicht noch einige positive Dinge herauszuheben. Es wird gesagt, Armut wirke sich negativ auf die Gesundheit aus; sie wird auch über den Impfstatus verbessert. Hier ist

(Angelika Birk)

noch am ehesten ein Handlungsziel zu erkennen. Natürlich werden auch allgemeine Ziele der Gerontopsychiatrie genannt. Es wird aber wenig dazu gesagt, was die Kommunen getan haben. Ich muss positiv hervorheben: Am besten steht noch das **Land** da. Die Situation ist tatsächlich so, dass das Land eine Reihe von Initiativen losgetreten hat; ob es nun um die Hospize oder um die Palliativversorgung oder auch um unser Projekt QuaMadi geht, über das wir hier schon viel gesprochen haben. Das sind Dinge, die vom Land vorangetrieben wurden. Hier haben die Kommunen durch finanzielle Anreize oder durch politische Initiativen mitgezogen.

Das aber, was wir uns vom **Gesundheitsdienstgesetz** erhofft haben, ist nicht erreicht worden. Das ist für uns eine ernste und besorgniserregende Situation, über die wir im Ausschuss reden müssen. Entweder müssen wir mit den Kommunen darüber reden, woran es liegt, oder wir müssen das Gesetz ändern. Wir sind uns darüber noch nicht im Klaren. So ist das jedenfalls kein zufriedenstellender Zustand. Gerade angesichts der großen Armut vor Ort brauchen wir eine Berichterstattung, die Zielen dient. Wir brauchen eine **Zielbestimmung**, die möglichst **einheitlich** bestimmte **Grundlagen** schafft und realistisch und überprüfbar ist. Meine Kollegen haben dies ebenfalls gesagt.

In welchem Ausmaß man hier zu Erfolgen kommen kann, haben die von mir genannten Initiativen gezeigt. Wir haben zum Beispiel im Bereich der Brustkrebsdiagnose aufgrund eines **landeseinheitlichen Projekts** deutliche Verbesserungen erreicht. Wir haben aufgrund der ersten Anstrengungen, die in diesem Bereich gemacht worden sind, eine Verbesserung im Palliativbereich erreicht. Vergleichbare Dinge würde ich mir auch auf **kommunaler Ebene** wünschen. Ich denke, die Details besprechen wir im Ausschuss.

Frau Sassen, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar. Sie sind in Ihrer Sichtweise immer sehr optimistisch, aber selbst Sie haben an diesem Bericht Kritik geäußert. Das zeigt, dass wir hier auf einer Linie sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort. - Die Redner wären dankbar, wenn wir ihnen etwas mehr Aufmerksamkeit widmen könnten.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein ambitioniertes Gesetz, das der Landtag am 14. Dezember 2001 beschlossen hat. Der **öffentliche Gesundheitsdienst** in Schleswig-Holstein sollte zu einem modernen Bestandteil der Gesundheitspolitik mit einem eigenständigen **Aufgabenprofil** umgestaltet werden. Die originären - eher gesundheitspolizeilichen - Aufgaben der Gesundheitsämter sollten zu einer kommunalen Gesundheitspolitik weiterentwickelt werden, die nicht nur Angebote koordiniert und vorbeugend die Gesundheit der Menschen fördert, sondern die langfristig auch die Ressourcenprobleme im traditionellen, kurativen Gesundheitswesen abmildern könnte.

Knapp acht Jahre später ist das Ergebnis im vorliegenden Bericht nachzulesen. Dabei erscheint die Berichtslage noch außerordentlich dünn und uneinheitlich. Die teilweise fehlende **Vergleichbarkeit** ist insofern nachvollziehbar, als gerade gewünscht wird, dass Fachverwaltung und Politik sich vor Ort mit kommunalen Besonderheiten und Bedürfnissen auseinandersetzen. Die vergleichsweise dünne **Datenlage** lässt sich aber auch damit erklären, dass zu wenig passiert ist. Von einer regelmäßigen **Berichterstattung über die gesundheitliche Lage** der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken, Versorgungsziele, Ressourceneinsatz, Leistungen und Ergebnisse des Gesundheitswesens - das ist die explizite Definition in diesem Bericht - sind wir noch Welten entfernt.

(Beifall bei SSW und FDP)

Bei den kommunalen Gesundheitsberichten geht es zuerst einmal darum, die epidemiologischen und soziostrukturellen Fakten zusammenzustellen. Allein dies stellt vielerorts schon eine Herkulesaufgabe dar, weil die Daten zwar vielfach schon in der Verwaltung vorhanden sind, aber nicht immer problemlos für einen Bericht greifbar sind. Generell gilt, dass für die bestehenden **Berichte** zumeist **Daten** verwandt wurden, die standardmäßig durch die traditionellen Tätigkeiten des Gesundheitsamtes und anderer Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitsbereichs anfallen. Beispiele dafür sind Schuleingangsuntersuchungen, schulzahnärztliche Befunde, Sterbedaten oder die Daten des sozialpsychiatrischen Dienstes und der Drogenhilfe. Außerdem wurden die regionalisierten Daten des landesweiten Sterblichkeitsberichts genutzt. Es wurde

(Lars Harms)

also all das genutzt, was ohnehin schon vorhanden war.

Positiv hervorzuheben sind Ausnahmen wie Flensburg, wo auch Reihenuntersuchungen in den Kindergärten durchgeführt wurden, oder Lübeck, wo man die Senioren besonders in den Blick nahm. Heraus sticht auch die Basisberichterstattung, die trotz ihres Namens bei Weitem nicht überall zugrunde gelegt wird. Nur vier Kreise und die Stadt Lübeck haben damit nicht nur die epidemiologischen Daten, sondern auch die soziodemografischen und sozioökonomischen Lebensverhältnisse sowie die Ressourcen im regionalen Gesundheitswesen im Blick. Damit ermöglichen sie erst den **Ableich von Bedarf und Angebot**. Dies fehlt allerdings in vielen kommunalen Bereichen noch. Gerade die Berücksichtigung soziostruktureller und sozialraumbezogener Daten ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Kommunen eigene Strategien entwickeln können. Der im Bericht ausführlich zitierte Lübecker Seniorenbericht mag hier als herausragendes und ziemlich allein stehendes Beispiel dienen.

Trotzdem ist die Bilanz ernüchternd. Über eine grundlegende Berichterstattung sind nur wenige Regionen hinausgekommen. Einige **Kreise** haben mit ihrer Arbeit bisher kaum etwas auf die Beine gestellt, was das Prädikat Gesundheitsberichterstattung verdient hat. Schlusslicht ist leider der Kreis Schleswig-Flensburg, der bislang nur über die Trink- und Badewasserqualität sowie über die Hygiene der Lippingau berichtet hat. Das sind Aufgaben, die schon vorher bestanden und nichts mit dem Gesundheitsdienstgesetz zu tun haben.

Die im Bericht der Landesregierung angesprochene **kommunale Gesundheitsplanung** anhand der Berichterstattung und die Erstellung von Gesundheitsprofilen zum Beispiel für einzelne **Sozialräume** finden so gut wie gar nicht statt. Offensichtlich gibt es in vielen Kreisen und kreisfreien Städten das Problem, dass die medizinischen Gesundheitsdienste auf eine andere, traditionelle Art des öffentlichen Gesundheitsdienstes ausgerichtet sind, die nicht unbedingt mit den neuen Vorstellungen von einer aktiven, sozialwissenschaftlich geprägten kommunalen Gesundheitspolitik kompatibel sind.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Gesundheitsberichterstattung stellt aber nur einen Wert an sich dar, wenn sich der Erkenntnisgewinn auch in einer entsprechenden Politik, Pla-

nung und Handlung auswirkt. Die Landesregierung kommt in dem Bericht zu dem Schluss, dass es sich um einen dynamischen Prozess handelt. Ich möchte es eher als einen großen **Nachholbedarf** charakterisieren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei wäre es zu leicht, dies nur den **Kommunen** in die Schuhe zu schieben. Natürlich können die Politiker und die Verwaltungen vor Ort entsprechende Prioritäten setzen, wie es zum Beispiel Flensburg auf Initiative des SSW hin getan hat, aber die kommunale Ebene stößt dabei leicht an Grenzen. Der SSW hat bereits 2001 gewarnt: Wenn die Kommunen nicht die entsprechenden **Ressourcen** bekommen, wird der Effekt des Grundgesundheitsdienstgesetzes begrenzt sein. Dann hängt es vom persönlichen Engagement Einzelner ab. Als das Gesetz beschlossen wurde, hat die damalige rot-grüne Regierung eine verbindliche Regelung vermieden, weil dann finanzielle Forderungen nach dem **Konnexitätsprinzip** zu erwarten gewesen wären. Hieran krankt das Gesundheitsdienstgesetz bis heute.

Die Sozialministerin will nun die Nachzügler nur dadurch motivieren, dass sie ihnen die Drucksache 16/2227 zuschickt. Das ist eine Lachnummer, aber so steht es ausdrücklich in einem Absatz des Berichts. Alleine 25 Seiten des Berichts handeln davon, was die Kommunen tun. Und das kriegen sie jetzt wieder schriftlich zugeschickt. Das ist mir ein bisschen zu wenig. Die Landesregierung muss konkrete Anreize dafür setzen, dass die Kreise und kreisfreien Städte die grundlegende Berichterstattung auf die Beine stellen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie muss Ressourcen bereitstellen, damit aus Berichten Pläne und aus Plänen auch Projekte werden können. Ansonsten bleibt das Gesundheitsdienstgesetz eines der ambitioniertesten Vorhaben dieses Jahrzehnts, das aber nie in die Praxis umgesetzt worden ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich glaube, Sie haben den Sinn des GDG nicht ganz verstanden!)



**Präsident Martin Kayenburg:**

Für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Jutta Schümann das Wort.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man macht sich zwar nicht gerade beliebt, wenn man zu diesem Zeitpunkt noch schnell einen Dreiminutenbeitrag macht, aber ich würde das doch gern tun, um vielleicht noch einmal ein paar Dinge ins Licht zu rücken.

Beim Hören der einzelnen Beiträge von Kolleginnen und Kollegen ist bei mir ein bisschen der Eindruck entstanden, es könne vonseiten der Landesregierung alles gehandelt werden, was auf kommunaler Seite nicht eingelöst worden ist. Genau da ist der Knackpunkt, und genau das ist das Problem. Die Kollegin Birk hat darauf hingewiesen: In dem Moment, in dem es landespolitisch eine Initiative gibt - wie zum Beispiel bei der geriatrischen Versorgung oder bei der Palliativversorgung und so weiter -, tut sich etwas auf kommunaler Ebene. Das war aber nicht unser Ziel.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Unser **Ziel** war, von unten, von kommunaler Ebene eine öffentliche Gesundheitsvorsorge, ein **Gesundheitsbewusstsein für Menschen vor Ort** zu schaffen und dies auch durch die Kommunalpolitik initiieren zu lassen. Das ist uns wirklich noch nicht gelungen, mal abgesehen von den seinerzeit geäußerten skeptischen Sätzen des Kollegen Garg, die ich in dem Plenarprotokoll noch einmal nachgelesen habe, der auch gesagt hat, wir wollen mal sehen, wie die Kommunen mit diesen Freiheiten umgehen und ob sie dieses nicht nur nutzen, um ihre personellen Ressourcen zu reduzieren, um an anderer Stelle etwas zu finanzieren. Insofern wäre es auch spannend gewesen, sich noch einmal anzugucken, wie die personellen Ausstattungen in den Gesundheitsämtern vor Ort sind.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das heißt, die Kritik und die Zweifel an den Ergebnissen die wir äußern, müssen wir an die Kommunen durchreichen, und mit denen müssen wir kritisch diskutieren und sie in die **Pflicht** nehmen, dass sie auch im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge eine wichtige Aufgabe zu übernehmen haben. Das können wir nicht vonseiten der

Landesebene allein initiieren. Das ist auch nicht unser Ziel gewesen. Sonst müssen wir unser Gesetz ändern. Wir müssen vielleicht auch in der Tat noch einmal überlegen, ob wir nicht an bestimmten Stellen etwas restriktiver vorgehen, insbesondere wenn ich an das Thema Versorgung Älterer, Demenzpflege, geriatrische Versorgung vor Ort und ambulante Angebote denke. Da sollten wir noch einmal kritisch an unser eigenes Gesetz herangehen und das noch einmal überprüfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2227, dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

**Internationaler Jugendaustausch/Jugendbegegnung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2236

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

**Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Internationale Begegnungen und internationale Verständigung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben eine lang gewachsene Tradition. Sie geht im Kern auf das Bestreben zurück, nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Weg der Begegnung zu Verständigung und Versöhnung zu kommen. Ich meine, man übertreibt nicht, wenn man sagt, dass die Pioniere der internationalen Jugendbegegnung maßgeblichen Anteil daran hatten, dass wir heute in einem friedlichen Europa der guten Nachbarn leben. Auch heute im Zeitalter der **europäischen Einigung** und der intensiven **globalen Beziehungen** hat der internationale Jugendaustausch eine große und auch immer noch eine zunehmende Bedeutung.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Internationale Jugendarbeit gehört zu Recht zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit. Sie ist als Teil der **nationalen Jugendpolitik** rechtlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert, mit dem Ziel, die Mobilität der Jugendlichen anzuregen. Eigeninitiative soll gestärkt werden, interkulturelles Lernen soll gefördert werden. Dies schafft zugleich ein Lernfeld für gesellschaftliche Mitverantwortung und das Verständnis für andere Kulturen und Lebensweisen.

Internationale Jugendbegegnungen tragen durch das Zusammenkommen von Gleichaltrigen aus verschiedenen Ländern dazu bei, die eigene Situation zu reflektieren und einen eigenen Standpunkt in Europa und in der Welt zu bestimmen. Neben persönlichkeitsbildenden Aspekten gewinnt unter dem Vorzeichen immer engerer transnationaler Austausch- und globaler Kooperationsbeziehungen **interkulturelle Kompetenz** zunehmend an Bedeutung, individuell als Voraussetzung für die Teilhabe und Gesellschaft als sogenannter weicher Standortfaktor.

Internationale Mobilität und Erfahrung gewinnt darum auch im Hinblick auf die Ausbildung von **Arbeitsmarktchancen** junger Menschen steigende Relevanz. Nicht zuletzt deshalb hat die Förderung von Jugendbegegnungen durch die öffentliche Hand auch den Sinn, breiten Schichten der nachwachsenden Generation eine solche Erfahrung zu ermöglichen. Ich sage ausdrücklich, sie darf kein soziales Privileg von Wenigen sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Internationale Begegnungen zeichnen sich - das zeigt auch der Bericht - durch eine große Vielfalt der Träger und Programmformen aus. Sie spannen einen Bogen von gemeinsamen Aktivitäten bei Spiel, Sport und kulturellen Programmen bis zu Schulpartnerschaften und beruflicher Orientierung über Grenzen hinweg.

So finden in der Jugendarbeit **Begegnungen** im Bereich der sprachlichen und sportlichen Jugendbildung ebenso statt wie im Rahmen von Städtepartnerschaften, die historische und kulturelle Eindrücke durch den Besuch von Museen, Gedenkstätten und die Teilnahme an landestypischen Kulturveranstaltungen vermitteln. In allen **Schulformen** werden internationale Jugendbildungsangebote mit gemeinsamen unterrichtsbezogenen Veranstaltungen gefördert. Sie behandeln politische, soziale, kulturelle und geschichtliche Themen. Von besonderer Bedeutung sind dabei natürlich die sprachli-

che Verständigung, insbesondere das Erlernen der jeweils anderen Sprache.

Schließlich wird den jungen Menschen in der **Ausbildungsphase** in Auslandspraktika, durch Arbeit an gemeinsamen Projekten, aber auch durch den Besuch von Kultur und Bildungseinrichtungen im Gastland die Möglichkeit eröffnet, ihre interkulturelle Kompetenz zu verbessern.

Das Land fördert internationale Jugendaustauschmaßnahmen vielfältig und in der Zuständigkeit mehrere Ressorts - das Sozialministerium, das Bildungsministerium, das Europaministerium und das Umweltministerium. Im Bericht der Landesregierung werden unterschiedliche **Wege und Programme** zur individuellen und institutionellen **Förderung** internationaler Jugendbegegnungen dargestellt, ebenso die verschiedenen Förderprogramme aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln, von Jugendwerken und Stiftungen.

Über den staatlichen Rahmen hinaus gibt es selbstverständlich viele weitere Formen des Austauschs, von **gesellschaftlichem Engagement** getragen, finanziert beispielsweise aus privatrechtlichen Stiftungen und anderen. Auch das will ich an dieser Stelle ausdrücklich würdigen, auch wenn der Bericht der Landesregierung nur die Teilbereiche abdecken kann, die der Landesregierung bekannt sind, insbesondere durch Förderprogramme. Aber ich glaube, diejenigen, die den Bericht gelesen haben, sehen, wie viel das schon ist. Es ist ein wirklich unglaubliches Kompendium, das dort zusammengekommen ist.

Allen Programmen in ihrer Vielfältigkeit ist eines gemeinsam: Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Verständigung und zur Zusammenarbeit junger Menschen in Europa und der ganzen Welt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung bekennt sich zu ihrer Förderung und freut sich über die Befassung hier im Parlament zu diesem wichtigen Thema.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für den Antragsteller hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass jeder von Ihnen in seiner Familie oder seinem Freundeskreis einen jungen Menschen kennt, der das Glück hatte oder hat, an einem Schüleraustausch teilzunehmen, der ein Auslandssemester absolviert oder im Rahmen von internationaler Jugendbegegnung im Ausland gewesen ist. In bestimmten Kreisen unserer Gesellschaft ist es unter Jugendlichen geradezu selbstverständlich, ein Schuljahr oder zumindest einige Monate im Ausland zu verbringen, auch wenn damit hohe Kosten verbunden sind.

Bis zu 10.000 € sind Eltern bereit, für ein Schuljahr ihrer Kinder im Ausland zu bezahlen. Eltern zahlen, weil sie wissen, dass Sprachen erlernen und andere Kulturkreise kennenlernen gerade in unserer globalisierten Welt wichtige Erfahrungen für junge Menschen sind.

Wer sich solch teure Exkursionen nicht leisten kann, ist darauf angewiesen, dass sein Kind im Rahmen des **internationalen Jugendaustausches** und der **Jugendbegegnung** diese Erfahrungen mithilfe von staatlich und durch Vereine organisierten und geförderte Programme machen kann. Der vorliegende Bericht gibt einen guten Überblick über die öffentlich bezuschussten Angebote in Schleswig-Holstein. Vielen Dank dafür.

Die Palette der verschiedenen **Angebote** ist breit und bunt: Förderprogramme auf Europa-, Bundes- und Landesebene, Kooperationen mit internationalen Jugendwerken, Schüler- und Studentenaustausch, Schulpartnerschaften, Ausbildungskooperationen, projektbezogene Austauschprogramme, Angebote über Stiftungen, Austausch von Begegnung im Freizeit- und Verbandsbereich und vieles mehr.

Die Vielfalt des Angebotes macht aber auch deutlich: Es ist schwierig, einen Gesamtüberblick zu bekommen. Für Familien, Schüler und Lehrerinnen und Lehrer sowie Jugendbetreuer ist es aber unabdingbar zu wissen: Was ist das richtige Angebot für mich? Wo kann ich mich informieren? Wie erhalte ich Zuschüsse? Was kann ich mir leisten? Deshalb begrüße ich die Absicht der Landesregierung, einen Infolyer der Förderprogramme ins Netz zu stellen und die Übersicht der von der EU geförderten Angebote zu überarbeiten.

Internationale Jugendbegegnung ist uns sehr wichtig. Sie zeigt Gemeinsamkeiten der verschiedenen Nationen auf und gibt Einblicke in Unterschiedlichkeiten. Sie öffnet den eigenen Horizont, baut Vorurteile ab und Verständnis auf. Wenn junge Men-

schen die Chance erhalten, sich im Rahmen einer internationalen Begegnung aktiv und mit unterschiedlichen Lebensweisen, Sprachen, Kulturen und Religionen auseinanderzusetzen, ist das oftmals eine prägende Erfahrung für das ganze Leben. Wer gewohnt ist, über den eigenen Tellerrand zu gucken, wer andere Sprachen, Sitten und Gebräuche als bereichernd erfahren hat, der hat keine Angst vor Überfremdung, sondern sieht das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten als Chance. Deshalb muss es unser Ziel sein, dass möglichst viele junge Menschen diese **Erfahrungen** sammeln können, mithilfe von Austauschprogrammen und Begegnungsprojekten, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und organisiert von Schulen oder Vereinen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei CDU und SPD)

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es findet schon viel statt, aber es kann nicht genug stattfinden. Der internationale Jugendaustausch darf kein Programm für Besserverdienende und für Gymnasiasten sein. Er muss möglichst **alle Jugendlichen** erreichen. Deshalb sollten wir in der Ausschussberatung einige Fragen klären, zum Beispiel welche Schulen und welche Schularten zurzeit überwiegend an den **Austauschprogrammen** teilnehmen. Was können wir tun, damit alle Schulen, alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen erhalten? Ein Schwerpunkt muss sein, wie wir es erreichen können, dass gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten an den geförderten Programmen partizipieren können. **Chancengleichheit** muss auch hier unsere Linie sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Niclas Herbst das Wort.

**Niclas Herbst [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich weitgehend Ihren Worten anschließen. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es eben nicht nur kommerzielle und staatlich geförderte Angebote gibt. Gerade der Bereich Jugendaustausch ist ein klassisches Gebiet für **bürgerchaftliches Engagement**. Das geschieht ja auch.

(Niclas Herbst)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt viele Vereine und Verbände, zum Beispiel CISV, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern die sich dort sehr stark engagieren. Das ist wirklich ein klassisches Feld bürgerschaftlichen Engagements. Dies ist ein Lob wert. Diejenigen, die noch zuhören, werden das sicherlich genauso sehen.

(Beifall)

Zum Bericht und zur Qualität des Berichts kann ich mich meiner Vorrednerin anschließen. Ich möchte das nur ein wenig ergänzen. Ich finde es richtig, dass die Landesregierung einen **Schwerpunkt** auf die Ostseeanrainerstaaten beziehungsweise auf die **nordischen Staaten** legt. Sicherlich kann man darüber diskutieren, ob das sinnvoll ist. Ich persönlich halte es für gut und für sinnvoll. Als Land haben wir sicherlich einen Mehrwert davon.

Dass es eine **Querschnittsaufgabe** ist, erkennt man daran, dass dies so breit gefächert und bei vielen Ministerien aufgehängt ist. Das halte ich auch für besser, als wenn dies zentral gesteuert würde. Es geschieht also eine ganze Menge.

Ich möchte nun noch auf einen kleinen Punkt eingehen. Die **Ostseejugendstiftung** wird Anfang nächsten Jahres - auch das in dem Bericht vermerkt - Geld sammeln. Die Stiftung selber hat lediglich ein Kapital in Höhe von etwa 46.000 €, aber bedeutende Landespolitiker im Kuratorium. Deshalb wäre es wichtig und gut, wenn möglichst viele von uns dies unterstützen. Es wird sicherlich die Möglichkeit geben, dort aktiv nicht nur mit Geld beim Werben zu helfen. Dann würden wir etwas erreichen.

(Beifall)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Sandra Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand wird bezweifeln, dass Auslandsaufenthalte ganz besonders für junge Menschen eine gute Sache sind,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

zumindest im Regelfall; Fußballfans stellen manchmal die Ausnahme dar. Der Bericht der Landesregierung benennt die verschiedenen **Aspekte** bei der

persönlichen, intellektuellen ebenso wie emotionalen **Weiterentwicklung der Jugendlichen**. Es liegt im Interesse unseres Landes, dass die Dinge, die wir hier häufig politisch hoch halten, wie Kooperation im Ost- und Nordseeraum, sich nicht in Treffen von Parlamentariern erschöpfen, sondern von unten gelebt werden. Das gilt ganz besonders für den **deutsch-polnischen Jugendaustausch**, nachdem es auf der staatlichen Ebene ja vor nicht allzu langer Zeit Irritationen gab, die von gewissen Massenmedien angeheizt wurden.

Der Bericht der Landesregierung zeigt, dass der **internationale Jugendaustausch** nicht etwa Domäne der beiden klassischen Ministerien ist, die verantwortlich für die jungen Menschen sind, also des Jugendministeriums und des Bildungsministeriums, sondern dass auch die Staatskanzlei und drei weitere Ressorts hierin eingebunden sind. Zudem gibt es ein neues **Förderprogramm** des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für den entwicklungspolitischen **Freiwilligendienst „Weltwärts“**.

Es geht ja auch darum, den Jugendaustausch, soweit er mehr als Schüleraustausch ist, mit Inhalten zu füllen. Gerade Entwicklungsprojekte sind nichts, was wir ausschließlich als Aufgabe des BMZ ansehen können. Unsere Fraktion hat ihren Auftritt beim Tag des offenen Landeshauses bewusst unter das Thema „Eine Welt“ gestellt. Auch hier gilt der Grundsatz der Evaluation. In Großbritannien wird breit über unseriöse Anbieter von Programmen für das gap year zwischen Schule und Studium berichtet, die weder sinnvolle Programme noch eine adäquate Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Entwicklungsprogrammen sicherstellen.

So vielfältig die angebotenen Programme sind, sind die in den Statistiken aufgeführten Zahlen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schleswig-Holstein nicht sehr hoch. In diesem Zusammenhang möchte ich den 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung von 2005 zitieren:

„Die Ergebnisse lassen die Feststellung zu, dass Auslandsaufenthalte über künftige Karriere- und Lebenschancen mitentscheiden dürften, gleichzeitig aber sozial sehr ungleich verteilt sind. Da die Entscheidung für oder gegen einen Auslandsaufenthalt sowohl institutionell als auch sozioökonomisch bestimmt ist, werden SchülerInnen aus ohnehin sozial benachteiligten und bildungsschwachen Familien die Zugangschancen noch erschwert.“

(Sandra Redmann)

Auch der **soziale Ausschluss** von Schüleraustauschen und Jugendbegegnungen ist einer von vielen Aspekten der Kinderarmut, über die wir hier häufig debattieren. Der Bericht weist ausdrücklich darauf hin, dass das SGB VIII keine einschlägigen Statistiken vorsieht und dass es eine große Zahl von Maßnahmen und Programmen gibt, die von der Landesregierung gar nicht erfasst werden können.

In der **Offensive** der Landesregierung **gegen Kinderarmut** ist das Programm „Kein Kind ohne Ferienerholung“ eine der Säulen. Nun ist Ferienerholung nicht mit internationaler Jugendbegegnung zwangsläufig identisch, kann aber damit verbunden werden.

Ich habe, auch mit Rücksicht auf das Nervenköstüm unserer in diesen Tagen ohnehin dauergestressten Finanzpolitiker, nicht vor, ein umfassendes Stipendienprogramm des Landes für Programme der Jugendbegegnung zu fordern. Wir sollten jedoch nach geeigneten Wegen suchen, auch für ein solches Programm in noch höherem Maße private **Fördergelder** zu mobilisieren.

Ich schlage vor, den Bericht, für den wir uns herzlich bedanken, an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann der Kollegin Redmann nicht böse sein. Es freut mich immer wieder, wenn ich sie hier reden hören darf. Trotzdem möchte ich ganz deutlich sagen: Man hätte eigentlich einen Bericht erwarten dürfen, der ein buntes Bild von dem liefert, was Jugendliche über die Grenzen Deutschlands und Europas hinweg unternehmen können, um ganz persönliche Erfahrungen und Erkenntnisse zu sammeln und gleichzeitig einen Beitrag zu leisten zu mehr Toleranz, zu mehr Völkerverständigung und zu mehr Friedensarbeit. Denn genau das sind die **Ziele**, mit denen sich **internationale Jugendarbeit** zusammenfassen lässt und derentwegen sie seinerzeit ins Leben gerufen wurde. Es geht darum, das gegenseitige Verständnis junger Menschen aus verschiedenen Ländern und **Kulturkreisen** zu erwei-

tern, ihre **Beziehungen** zueinander zu festigen und **Vorurteile** abzubauen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Leider beschränkt sich - das will ich ganz deutlich sagen - der Bericht in großen Teilen auf eine eher technokratische Beschreibung der finanziellen Förderangebote des Landes. Da ist von „Maßnahmen von besonderer jugendpolitischer Bedeutung“ die Rede, für die beispielsweise neben den Landesmitteln auch Mittel aus dem Kinder- und JugendAktionsplan des Bundes zur Verfügung gestellt werden. An diesen „Maßnahmen“ haben in den letzten Jahren immer weniger Teilnehmer aus Schleswig-Holstein teilgenommen; die zur Verfügung gestellten Mittel für diese „Maßnahmen“ sind ebenfalls immer weniger geworden.

Das ist an sich schon wenig erfreulich. Aber wie sieht es aus, wenn sich herausstellt, dass sich hinter diesen „Maßnahmen“ beispielsweise auch internationale Aktivitäten der Sportjugend verbergen? Die „Maßnahme“ hat dann plötzlich ein Gesicht, und die Frage, warum weniger Jugendliche weniger Mittel für Sportveranstaltungen erhalten, stellt sich wesentlich dringlicher. Frau Ministerin, hier hätte ich mir eine aussagekräftigere Darstellung gewünscht.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte mir insgesamt eine übersichtlichere **Darstellung** gewünscht, eine Darstellung, die sich - passend zur Fragestellung und zum Thema - nicht auf die Förderangebote aus dem Bereich der Landesverwaltung beschränkt, sondern Organisation und **Inhalt des Jugendaustausches** mehr berücksichtigt. Wir alle wissen, dass die Art des Jugendaustausches vielseitig sein kann: Au pair, Freiwilligendienst, Job und Praktikum, Schulaufenthalt und Ferienfreizeit, Jugendbegegnung, Sprachkurs, Studium - es gibt so viele Möglichkeiten.

Um sich in dieser Vielfalt an Möglichkeiten zurechtzufinden, haben der Bund und die EU zwei zentrale **Fachstellen** zum Thema eingerichtet, die Fachstelle **für Internationale Jugendarbeit** der Bundesrepublik Deutschland und **das Informationssystem für die Jugendarbeit und den Jugendaustausch** in der Europäischen Union. Hier erhält jede und jeder Interessierte - beispielsweise auch über die Webadresse [www.rausvonzuhaus.de](http://www.rausvonzuhaus.de) - neben ganz allgemeinen Tipps zu Auslandsaufenthalten Informationen mit **Auslandangeboten** und anbietenden Organisationen, Finanzierungshinweisen, Erfahrungsberichten von jungen Menschen, Lände-

**(Dr. Heiner Garg)**

Informationen und so weiter und sofort. Diese **Plattformen** geben einen guten ersten Überblick, bevor man in das Informationsangebot des Landes einsteigt, beispielsweise das Ostsee-Jugendbüro, das speziell Kontakte im Ostseeraum aufbaut, unterstützt und pflegt.

Lieber Kollege Herbst, ohne Frage ist es ein guter Ansatz, wenn sich Schleswig-Holstein aufgrund seiner geografischen Lage besonders bei Maßnahmen mit den skandinavischen Ländern und den übrigen Ostsee-Anrainerstaaten engagiert. Aber der internationale Jugendaustausch ist auch in Schleswig-Holstein nicht nur auf diese Länder beschränkt, auch wenn aktuell die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Süddänemark auf dem Arbeitsmarkt enger wird.

Ich will ganz deutlich sagen, warum ich ein bisschen kritischer war als die Vorredner. Ich erinnere an die Rede von gestern, die wir zur Jugendpolitik geführt haben. Wenn wir einen solchen Bericht ernst nehmen und wenn auch die Verfasser das Arbeiten an einem solchen Bericht ernst nehmen, muss es in unserem Interesse sein, hoch zu halten und zu fordern, dass man Lust darauf macht, dass Jugendliche Lust auf Jugendaustausch bekommen, dass sie die Möglichkeiten, die Breite der Möglichkeiten, die Vielfalt und das bunte Drumherum wirklich erfahren können. Mit einem Bericht mit einer solch **technokratischen Herangehensweise**, die sich zum Glück nicht in dieser Debatte widerspiegelt hat - das will ich ausdrücklich sagen -, aber in diesem Bericht sehr wohl widerspiegelt, macht man wenig Lust auf das, was es zu entdecken gilt. Wir sollten auch Lust darauf machen, welche Möglichkeiten es in diesem Land für junge Menschen immer noch gibt.

Vielleicht können wir im Ausschuss Möglichkeiten finden, wie wir in Zukunft bei solchen Berichten etwas mehr die Wirklichkeit widerspiegeln und weniger den „technokratischen Finanzkram“ - um das einmal in Anführung zu setzen. Ich gucke da Frau Herdejürgen an. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass mit solch einem Bericht bestenfalls eine Pflichtübung erledigt wird, aber die Kür noch aussteht.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Frank Sauter [CDU])

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Kollege Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zimmerleute wissen es schon lange: Wer sich einmal auf der Walz in der Fremde bewährt hat, legt damit einen soliden Grundstein für seine berufliche Zukunft zu Hause.

(Jürgen Weber [SPD]: Wer schreibt bloß solche Reden? - Heiterkeit)

Andere Techniken und die Neugier auf fremde Menschen sind die Gründe, die Gesellen auf Wanderschaft treiben. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein konnte man in einigen Berufen ohne die entsprechenden Wanderjahre, also Auslandserfahrung, gar keinen Meister machen.

Heutzutage ist es genau anders herum. Oftmals müssen Beschäftigte kleiner und mittlerer Betriebe kündigen, um überhaupt eine gewisse Zeit im Ausland Erfahrungen sammeln zu können. Weiterbildung gilt vielerorts immer noch als betriebswirtschaftliche Belastung. Das müssen wir dringend ändern, denn Auslandserfahrungen schützen nicht nur junge Menschen vor Arbeitslosigkeit, sondern sind auch ein echter Gewinn für den Betrieb und für ältere Beschäftigte.

Ich möchte das kurz an einem Beispiel erläutern, und zwar dem Besuch angehender junger Landwirte aus Westfriesland im Frühling in Nordfriesland. Sie kommen aus Großbetrieben -

(Heiterkeit)

die sind völlig anders strukturiert -, die sich weitgehend auf Ackerbau spezialisiert haben. Bei hiesigen Betrieben gewannen sie einen Einblick in die Tierzucht, die sie bisher nicht kannten, die Veredlung im eigenen Betrieb und die direkte Vermarktung, die wir immer fordern. Was sie aber vor allem mitbekommen haben, waren viele Tipps, die man in keinem Handbuch nachlesen kann. Einige überlegen, sich auf neue, für sie bisher völlig unbekannte Techniken einzulassen.

Die Leistungen des kulturellen Jugendaustausches der Chöre und Jugendorchester will ich nicht in Abrede stellen, doch die **beruflichen Austauschmöglichkeiten** zahlen sich für junge Schleswig-Holsteiner irgendwann einmal in barer Münze aus. So paradox es klingt: Wer weggeht, kann in seiner Heimat wieder Fuß fassen. Man muss das Rad nicht neu erfinden, sondern kann sich bei der Erschließung neuer Märkte auf **Erfahrungen anderer Länder** stützen. Das sichert den rohstoffarmen Standort Schleswig-Holstein am besten.

(Lars Harms)

Der Landesregierung sind diese Zusammenhänge bekannt. Sie unterstützt mehrere **transnationale Austauschprogramme für Auszubildende**. Nahe liegend sind da natürlich vor allem Projekte auf dem deutsch-dänischen Arbeitsmarkt, von denen der Bericht vier näher ausführt. Leider vermisste ich konkrete Zahlen, also Angaben darüber, wie viele Azubis wirklich die Chance nutzen und einen kurzfristigen Arbeitsaufenthalt im Nachbarland haben. Sind es mehr oder weniger als die angegebenen nur 20 Auszubildenden, die im Zuge des Projekts „Grenzenlose Berufsausbildung“ nach Frankreich, Österreich oder Dänemark gingen? 20 Leute in der Berufsausbildung im Ausland ist eine Katastrophe und nicht ein Ruhmeszeichen einer Landesregierung.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die kleine **Fallzahl** zeigt überdeutlich, dass die **berufliche Bildung** im Rahmen des **Jugendaustausches** ein Stiefkind ist. Sie kann weder inhaltlich noch von der Breitenwirkung her mit den traditionellen Programmen des Jugendaustausches mithalten. Das EU-Programm LEONARDO führt in Deutschland im Vergleich zu COMENIUS und ERASMUS ein Schattendasein. Das unflexible deutsche System der **dualen Ausbildung** verhindert einen Erfahrungsaustausch während der Ausbildungsphase.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann es einem auszubildenden **Betrieb** kaum verdenken, dass er neben den Berufsschulzeiten nicht noch vier oder fünf Monate auf seinen Azubi verzichten möchte. Lediglich die Großkonzerne schicken ihre Auszubildenden regelmäßig ins Ausland, weil diese dort ebenfalls Filialen haben und so kein Geld zusetzen müssen - die Mitarbeiter bleiben ja trotzdem, auch bei einem Auslandsaufenthalt, immer noch im Konzern, dem dann die Arbeitsleistung, wenn auch an einem anderen Standort, zugute kommt.

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

Besonders ideal ist das beispielsweise für die **Firma Danfoss**, denn von Nordborg in Dänemark bis nach Flensburg ist es nur ein Katzensprung. Die jungen Danfoss-Azubis nutzen diese besondere Chance gern, und der Konzern erweitert sein Kompetenzniveau. Betriebliche und individuelle Interessen gehen hier Hand in Hand.

Junge Menschen, deren Horizont nicht hinter der nächsten Kreisstadt endet, sind für jeden Betrieb eine Bereicherung. Die Landesregierung muss in die Hufe kommen: Wir brauchen schleunigst Konzepte, die auch kleinen und mittleren Betrieben den Jugendaustausch schmackhaft macht. Sie müssen für die Zeit des Austausches finanziell entlastet werden. Anders geht es nicht, weil unser System nun einmal so ist, wie es ist. Es muss darauf ankommen, möglichst allen Jugendlichen im Land internationale Erfahrungen zu ermöglichen. Maßgeschneiderte Gymnasial- und Studienaustauschprogramme sprechen nämlich nur eine Minderheit der jungen Menschen an,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kostenloser Auslandsaufenthalt! Ein Jahr Australien finde ich gut!)

nämlich die, die es sich leisten können und die ohnehin schon besser gestellt sind. Gerade die Jugendlichen, die sich in einer stinknormalen Ausbildung befinden, sollen auch die Chance haben, Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Das ist nicht nur für sie ein Vorteil, sondern auch für unser Land.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei der CDU)

#### Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2236, dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

#### Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 16/2263

Antrag der Volksinitiative  
Drucksache 16/2267

Ich unterstelle, dass der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses auf die Vorlage verweist.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Herr Präsident, Sie nehmen mir das Wort aus dem Mund. - Ich verweise gern auf die Vorlage.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich danke dem Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 16/2263, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Vorlage einstimmig angenommen worden.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag der Volksinitiative, Drucksache 16/2267, federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss und dem Petitionsausschuss zu überweisen, dem Petitionsausschuss deswegen, weil die Volksinitiative den Anspruch hat, dort gehört zu werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags****Drucksache 16/2266**

Wir werden über die Punkte der Tagesordnung, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist, in einer Gesamtabstimmung beschließen. Voraussetzung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Es widerspricht offenbar niemand. Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte dieser Drucksache 16/2266.

Wir kommen damit, meine Herren Kollegen von der FDP, zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen gemäß der Sammeldrucksache 16/2266 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig angenommen.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die nächste Tagung des Landtags, die 37. Tagung, am 12. November 2008 um 10 Uhr beginnen wird.

Ich wünsche Ihnen noch ein gutes Wochenende und gute Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:12 Uhr**